

Preis 85 Pf. monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezugs 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postzinsen etc. und 72 M. Postbezugsgebühren. Auslandsabonnement 6.- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckfacenporto 6.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Montags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ enthält die Beilage „Welt und Zeit“, „Berliner Neuzeit“, „Tagebuch“, „Bilder in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Kompartimentierung des Preises, Kassenpreise 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das eingedruckte Wort 25 Pfennig (außer für festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengeluche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro 3. monatlich von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Tel. D. u. Dist.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Die Mörderhilfszentrale.

Schwere Belastung der Hitlerschen SA.

Von zuständiger Stelle erfahren wir: Das heute vormittag in der Geschäftsstelle des Gausturmes Berlin des NSDAP. vorgefundene umfangreiche Schriftmaterial unterliegt zur Zeit noch der Durchsicht.

Es hat sich bis jetzt die unmittelbare enge Beziehung der heutigen nationalsozialistischen Zeitung zu derjenigen ausländischen Stelle ergeben, zu der die flüchtigen Becker und Hauschke und auch der inzwischen verhaftete Kollath ihre Schritte gelenkt haben.

Die vorgefundenen Unterlagen lassen eindeutig erkennen, daß das Zusammenarbeiten beider Stellen bereits seit längerer Zeit besteht und daß auch in anderen Fällen geflüchtete Personen durch Vermittlung ausländischer nationalsozialistischer Mittelstellen Unterschlupf gefunden haben.

Das Ergebnis der Hausfuchung.

Die Durchsicht des bei den gestrigen Hausfuchungen beschlagnahmten Materials der NSDAP. wird voraussichtlich noch den ganzen Freitag in Anspruch nehmen. Die polizeiliche Aktion hat den erwarteten Erfolg gehabt, denn es ist u. a. erwiesen, daß zwischen der Berliner Leitung der SA. und der Innsbrucker Stelle enge Verbindungen bestanden haben, die verfolgten Hatentkrenzler die Flucht nach Oesterreich ermöglichten. Daß diese Verbindung bis in die letzten Tage weiterbestand, bewies der SA.-Befehl an den Mauererichtling Kollath, dessen Ziel Innsbruck sein sollte, wo er von dem Hauptmann a. D. von Kallitz weitere Weisungen erhalten sollte.

Kollath ist vorher abgefangen worden. Becker und Hauschke dagegen, die beiden anderen flüchtigen Mörder aus der Hufelandstraße, dürften das Ziel ihrer vorgeschriebenen Reise erreicht und von Kallitz die notwendige Unterstützung erhalten haben. Die österreichischen Polizeibehörden haben inzwischen in Innsbruck auf Erfragen der Berliner Polizei Ermittlungen angestellt. Man geht wohl keineswegs fehl in der Annahme, daß die flüchtigen Mörder Becker und Hauschke mit Hilfe dieses Kallitz den österreichischen Boden schon wieder verlassen haben.

Aus einer zwischen der Berliner SA.-Leitung und Kallitz geführten Korrespondenz geht einwandfrei hervor,

daß vor einiger Zeit ein gewisser Nationalsozialist Roach bei Kallitz Zuflucht gesucht hat.

Kallitz fragte in Berlin an, ob es mit R. seine Richtigkeit habe, worauf von der SA.-Leitung in Berlin die Bestätigung eintraf. Kurze Zeit darauf jedoch ging an Kallitz nach Innsbruck ein Schreiben ab, worin gesagt wurde, daß Roach gegenüber Vorsicht am Platze sei, da er inzwischen von der SA. ausgeschlossen sei. Roach dürfte jedoch bereits die Unterstützung des Kallitz erhalten haben und „weiterbefördert“ sein. Es wird vermutet, daß er sich einen falschen Namen zugelegt hat, weil er eines der nicht aufgefakten nationalsozialistischen Verbrechen auf dem Gewissen hat.

Der in Feldberg verhaftete SA.-Führer Scheibner, der inzwischen nach Berlin übergeführt wurde und sich in Polizei-

gewahrsam befindet, bestreitet zunächst, sich der Begünstigung bei der Flucht der Mörder schuldig gemacht zu haben.

Im Laufe des heutigen Tages wird er dem Mauererichtling Kollath im Untersuchungsgefängnis gegenübergestellt werden.

Uebrigens hat die Polizei in der Wohnung des „Opa“ Hauptmann a. D. Stennes, der zur Zeit auf Reisen ist, eine Armeepistole 08 gefunden und beschlagnahmt. Da Waffen dieser Art bekanntlich abgabepflichtig sind, wird gegen Stennes deswegen ein besonderes Verfahren eingeleitet.

Die Räume der SA.-Leitung in der Hedemannstraße und der im selben Hause befindlichen „Gefangenen- und Verwundetenhilfe“ der NSDAP. wurden gestern erst gegen 13 Uhr von der Polizei wieder freigegeben und das starke Aufgebot der Schutzpolizei zurückgezogen.

Das preussische Innenministerium verfolgt die Angelegenheit auf das eifrigste und Minister Severing hat bereits gestern Mittag von der Berliner Polizei einen beschleunigten Bericht über die Art und den Umfang des beschlagnahmten Materials angefordert. Dieser Bericht wird aber erst im Laufe des heutigen Freitags erstattet werden können, da die Sichtung der zahlreichen Urkunden, Schriftstücke und des Karteimaterials der SA. noch einige Zeit dauern wird.

Lustgartenkundgebungen verboten.

Hatentkrenzler und Kommunisten dürfen nicht demonstrieren.

Der Berliner Polizeipräsident hat die von den Nationalsozialisten und Kommunisten für den kommenden Sonntag im Lustgarten geplanten Kundgebungen verboten.

Das Verbot ist wie folgt begründet: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat für Sonntag, den 15. Februar dieses Jahres, mittags 12 Uhr, zu einem Massenprotest im Lustgarten aufgerufen. Die Kommunistische Partei Deutschlands fordert zu einem Massenaufmarsch am Sonntag, dem 15. Februar, vormittags 10.30 Uhr, im Lustgarten auf. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel sind erst nach den Stunden des Hauptgottesdienstes, frühestens um 12 Uhr, zugelassen. Die beiden Kundgebungen würden demnach zu gleicher Zeit und auf dem gleichen Platz stattfinden. Bei dem starken politischen Gegensatz, der nach außen zwischen den beiden veranstaltenden Parteien besteht und von beiden Seiten sorgfältig verschärft wird und Tag für Tag zu tödlichen Angriffen der beiderseitigen Anhänger, zu gefährlichen Körperverletzungen und sogar zu Totschlägen geführt hat, gefährden die beiden Versammlungen unter freiem Himmel unmittelbar die öffentliche Sicherheit, Leben und Gesundheit der Teilnehmer. Es kann diese Gefahr nicht dadurch abgemindert werden, daß nur eine der Veranstaltungen zugelassen wird, denn auch ihr friedlicher Verlauf ist nach dem aufreizenden Inhalt und Wortlaut der Ankündigungen nicht gesichert. Demgemäß wurde auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung für den 15. Februar 1931 jede Versammlung im Lustgarten verboten.

Reichstag zieht Konsequenzen.

Kardorff Vizepräsident. — Der Diätenschwindel der Nazis.

Der Reichstag hat gestern die Ersatzwahl für den nationalsozialistischen Vizepräsidenten des Reichstags, Stöhr, vorgenommen. Mit 258 Stimmen wurde der Abgeordnete von Kardorff (Deutsche Volkspartei) gewählt. Auf den Kommunisten Bieck entfielen 56, auf den Abgeordneten Eisenberger (Deutsche Bauernpartei) eine Stimme. 38 Stimmen waren ungültig.

Die Nationalsozialisten sind nicht nur dumm, sie sind auch bodenlos unehrlich. Nach ihrem Auszug aus dem Reichstag hat ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Fric dem Reichstagspräsidenten folgenden Antrag übermittelt:

„Die durch den Verzicht der nationalen Opposition auf Teilnahme an Parlamentssitzungen ersparten Beiträge an Diäten usw. sind reiflos den Bedürftigsten unter den ausgesteuerten Erwerbslosen zuzuführen.“

Wie Präsident Lohde am Donnerstag im Reichstag auf Anfrage erklärte, haben alle nationalsozialistischen Abgeordneten, Kranke wie Gesunde, am 1. Februar ihre Diäten für den ganzen Monat erhoben. Es sehe also kein roter

Pfennig durch Verzicht der Nazi-Abgeordneten zur Verfügung.

Das Schreiben von Fric stellt also den Gipfel der Unehrlichkeit und Irreführung dar. Es soll den Eindruck erwecken, als ob die Nationalsozialisten seit ihrem Auszug die Diäten des Reichstags nicht mehr beziehen würden und diese Beträge jetzt zur Unterstützung besonders bedürftiger Erwerbsloser zur Verfügung stehen. Das würde aber nur dann der Fall sein, wenn die Nazis die Diäten vom 10. bis zum 28. Februar, die sie bereits erhoben haben, zurückzahlen würden. Davon aber steht weder in dem Brief von Fric ein Wort, noch hat bisher irgendein Naziabgeordneter persönlich eine solche Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben!

1,8 Milliarden!

Die Darlehen für Arbeitslosenversicherung im englischen Budget.

Das englische Arbeitsministerium teilt in einer Denkschrift mit, daß die Regierung das Parlament um die Bewilligung von 20 Millionen Pfund Sterling für die Rasse der Arbeitslosenversicherung ersuchen werde. Dadurch erhöht sich der Gesamtbetrag der Arbeitslosendarlehen auf 90 Millionen Pfund Sterling oder rund 1,8 Milliarden Mark.

Ein sinnloser Kampf.

Die Hege gegen die arbeitende Frau.

Von Anna Geyer.

Mehr als vier Millionen Arbeitslose haben wir gegenwärtig in Deutschland und fast vier Millionen verheiratete Frauen sind erwerbstätig. Wie verlockt diese Gegenüberstellung zu der Forderung: Entlaste die verheirateten Frauen und stelle dafür arbeitslose Familienväter ein. Hier wird dem „Wohlleben der Doppelverdiener“ ein Ende bereitet und dort wird die größte Not gelindert. Das ist ein einfaches und glattes Rechenexempel. Nur ist es in der Praxis weniger leicht lösbar als in der Theorie.

Die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen läßt sich nur zu einem ganz geringen Teil durch die Arbeit männlicher Arbeitskräfte ersetzen. Bei der letzten Berufszählung im Jahre 1925 wurden in Deutschland 3 645 000 erwerbstätige Ehefrauen gezählt. Diese Zahl wird heute geringer sein, weil die Arbeitslosigkeit natürlich auch die Zahl der erwerbstätigen Frauen verringert hat. Aber es fehlen darüber genauere Angaben. Von den 3 645 000 erwerbstätigen Ehefrauen waren 2 368 000 in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Zum weitesten Teil sind das die Bauernfrauen, die in der Bauernwirtschaft ihres Mannes mithelfen und an die wohl kaum jemand denkt, wenn die Entlastung der verheirateten weiblichen Arbeitskräfte gefordert wird. Es bleiben also 1 277 000 erwerbstätige Ehefrauen. Das ist die Gesamtzahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen in allen anderen Erwerbszweigen außer Land- und Forstwirtschaft.

Aber auch von dieser Zahl von rund einundneinviertel Millionen Frauen sind unter dem Gesichtspunkt ihrer Ersetzung durch arbeitslose Familienväter noch einige Gruppen abzuziehen. 386 000 Frauen sind mithelfende Ehefrauen. Das sind die Frauen von Ladeninhabern, Gastwirten, Bäckern, Fleischern und Schneidern, die im Unternehmen ihres Mannes mitarbeiten, deren Entlastung wohl vergeblich gefordert, und die in keinem Fall durch arbeitslose Familienväter ersetzt würden. Es bleiben 891 000 Ehefrauen.

Aber auch hiervon kommt ein großer Teil für eine Entlastung nicht in Betracht. Das ist die Gruppe der „Selbständigen“, die 277 000 Ehefrauen umfaßt. Der statistische Begriff „Selbständige Erwerbstätige“ deckt sich hier meistens mit einem sehr proletarischen Lebensniveau. Fast die Hälfte der „Selbständigen“ — 110 000 Ehefrauen — sind selbständige Hausgewerbetreibende. 85 000 Frauen führen als Ladeninhaberinnen in der Regel eine recht bescheidene Existenz. Es sind die kleinsten Grünkrämer, Kolonialwaren-, Konfitüren-, Misch- und Tabaklädchen, die von Frauen betrieben werden. 10 000 Frauen betreiben eine Gastwirtschaft, meistens auf dem Lande, und 15 000 Frauen werden als Hebammen den „Selbständigen“ zugezählt.

Von den nunmehr verbleibenden 614 000 erwerbstätigen Ehefrauen, die gegen Lohn oder Gehalt (also in kündbarer Stellung) beschäftigt sind, arbeiten 44 000 als Hausangestellte. Ihre Stellungen kommen wohl ebenfalls nicht für arbeitslose Familienväter in Betracht.

Danach ergibt sich folgendes Bild:

Gesamtzahl der erwerbstätigen Ehefrauen	3 645 000
da von in Land- und Forstwirtschaft tätig	2 368 000
mithelf. Ehefrauen in and. Erwerbszweigen	386 000
Selbständige Erwerbstätige	277 000
Hausangestellte	44 000
zusammen	3 075 000
bleiben	570 000

Die Möglichkeit einer Entlastung besteht also, wenn man von den Hausangestellten und den landwirtschaftlichen Arbeiterinnen absieht, nur für rund eine halbe Million verheiratete Frauen.

Aber auch hier wäre noch zu prüfen, ob sie durch arbeitslose Familienväter ersetzt werden können. Es gehören zu dieser Gruppe Wäsche- und Kleidernäherinnen, Modistinnen, Putzfrauen, Stenotypistinnen, Krankenschwestern und Arbeiterinnen aus den verschiedensten Berufszweigen, deren Tätigkeit soviel Fingerfertigkeit erfordert, daß sie nicht von Männern ausgeführt werden können.

Von den 570 000 Frauen sind allein 289 000 in der Textilindustrie, im Bekleidungs- und im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe tätig. Sie stellen Kleidung und Nahrung her und arbeiten also in uralten Domänen der Frauenarbeit, die heute aus dem Haushalt heraus in die Industrie verlegt sind. Die Zahl der Männer, die mit der Herstellung von

Kleidung und Nahrung beschäftigt sind, beläuft sich auf 1,3 Millionen.

Bei der halben Million verheirateter Frauen, die überhaupt entlassen werden können, wäre weiter zu prüfen, ob es sich wirklich um Doppelverdiener handelt. Bei einer von mir im Auftrage des Enqueteausschusses durchgeführten Enquete über die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen ergab sich, daß mehr als die Hälfte der befragten Frauen Klein- oder Haupternährer ihrer Familie waren. Die Männer waren arbeitslos, Kurzarbeiter, krank, Trinker, sie kümmerten sich nicht um ihre Familie, oder sie waren als Invalide erwerbsbeschränkt, bekamen eine kleine Rente, konnten aber jahrelang keine Arbeit mehr finden.

Bei der Berufszählung von 1925 ergab sich, daß 740 000 verheiratete Männer von eigenem Vermögen, von Renten und Pensionen leben. Ein großer Teil dieser dreiviertel Million Ehemänner sind Rentenempfänger, deren Frauen zu den Renten hinzuverdienen müssen. 45 000 verheiratete Männer leben in den verschiedensten Versorgungsanstalten, Irrenanstalten oder sind Strafgefangene. Leisten ihre Frauen Erwerbsarbeit, dann sind sie nicht Doppelverdiener, sondern Kleinernährer ihrer Familie.

Eine Zusammenstellung dieser Zahlen zeigt, daß die viel diskutierte Patentlösung des Arbeitslosenproblems: Entlastung der verheirateten Frauen und stellt dafür Familienväter ein, so falsch und undurchführbar ist wie fast alle Patentlösungen.

Es wurde absichtlich nicht auf die in dieser Forderung enthaltene Ungerechtigkeit gegen die Frauen hingewiesen, und auf die wiederholten Beschlüsse sozialdemokratischer Parteitage und internationaler Kongresse, die den Frauen das gleiche Recht auf Arbeit zugestehen wie den Männern. Nicht erörtert wurde der Zusammenhang zwischen Frauenarbeit und der Höhe der Männerlöhne, der allgemeinen Unsicherheit der Existenz, der Wohnungsnot und der zunehmenden Ungewißheit der Ehe als Dauerverfugung für die Frau.

Stellt man die Zahl der Frauen, die überhaupt entlassen und durch arbeitslose Familienväter ersetzt werden könnten in Beziehung zu der allgemeinen Hege gegen die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen, so kommt man zu dem Resultat, daß hier mit Kanonen nach Spaggen geschossen wird.

Stellt man weiter die Tatsache, daß die Fraktion der Volkspartei in der Berliner Stadtverordnetenversammlung im Dezember in einem Dringlichkeitsantrag die Entlassung der verheirateten städtischen Beamtinnen, allerdings etwas verknäuelert, gefordert hat, und daß die Wirtschaftspartei im Reichstag einen Antrag eingebracht hat, nachdem nahezu alle Beamtinnen, ob verheiratet oder nicht, entlassen werden sollen, in Beziehung zu dem Umstand, daß noch nicht einmal 12 000 verheiratete Beamtinnen und Angestellte in sämtlichen Verwaltungen, einschließlich Schulwesen, beschäftigt sind, so gewinnt man den Eindruck, daß hier die Reaktion Mißbrauch zu treiben versucht mit der Stimmung gegen die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen. Sozialdemokratische Arbeiter haben allen Anlaß, dieser Stimmung überall entgegenzutreten.

Mang uns mang . . .

Keiner? Einer? Mehrere?

Der parteilich-deutschnationale Pressedienst meldet:

Eine Rede des Januschauer. Auf einer gefälligen Zusammenkunft der deutschnationalen Reichstagsfraktion, bei der die Arbeitsaufgaben der nächsten Zeit besprochen wurden, hielt der Senior der Fraktion, Kammerherr von Oldenburg, eine warmempfundene Ansprache, in der er dem Parteiführer, Dr. Hugenberg, sowie dem Fraktionsführer Dr. Oberfohren, den Dank der Fraktion für die zielklare und entschlossene Führung aussprach. Er schloß mit den launischen Worten: „Mang uns mang ist keiner mang, der nicht mang uns mang gehört.“

Im „Tag“ war zu lesen:

„In dem sonst von wimmelnden Scharen erfüllten Wandelgang der Rechten ist kein Abgeordneter zu sehen, sitzt einsam nur ein Hauptkrischleiter der „Deutschen Tageszeitung“:

Dazu schreibt nun die „Deutsche Tageszeitung“:

Die Tendenz dieses Satzes im übrigen Zusammenhang ist klar: der einsame Hauptkrischleiter soll in Gegensatz gestellt werden zu den hehrwürdigen Leuten, die das Parlament in diesen Tagen meiden. Nur daß diese Gegensatzlichkeit an den Tatsachen scheitert. Die Einsamkeit unseres Hauptkrischleiters im Wandelgang ist nämlich erstens gemindert worden durch deutschnationale Reichstagsabgeordnete, mit denen er sich zum Teil begrüßt, zum Teil sogar politisch interessant unterhalten hat, von Herren also, die damit offenbar auch dem Bannstrahl des „Tag“-Berichterstatters verfallen wären. Weshalb denn auch ihre Kamphastmachung hier einstimmen (!) unterbleiben soll.

Wir würden diese ganze Angelegenheit nicht für wichtig genug halten, öffentlich erörtert zu werden, wenn wir nicht allgemach zu der Ueberzeugung kämen, daß in diesen Angriffen der Scherl-Prese gegen uns ein gewisses System liegt. Ein System, gegen das wir uns nur ungern zur Wehr setzen, das aber bei seiner Fortführung uns zwingen würde, unserer schlichten Abwehr einen Inhalt zu geben, der für die Gegenseite wenig erfreulich sein dürfte.

So der Januschauer, so der „Tag“, so die „Deutsche Tageszeitung“. So, was sich sieht, das redt sich!

Und Graf Westarp?

Graf Westarp, der einstige Führer der Deutschnationalen, hält in der „Täglichen Rundschau“ Abrechnung mit Hugenberg. „Obstruktion dieser Art“ schreibt er, „die sich nicht durchsetzt, wird zur Niederlage und zur Säuerlichkeit.“ Er erklärt, daß in der Front Hitler, Thälmann, Hugenberg“ kein Platz für ihn sei. Den Verzicht auf Teilnahme an den Reichstagsarbeiten bezeichnet er als „Pflichtverhältnis“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat am 11. Februar unter der Ueberschrift „Polnische Sozialisten propagieren „Rüstung“ behauptet, der polnische Sozialist Ariszewski habe im Sejm für Rüstungen gesprochen. Der dies tat, war der nationaldemokratische Abgeordnete dieses Namens, ein Oberst a. D.

Vertrauensvotum für die neue estländische Regierung. Nachdem der Staatsälteste Paels kein Kabinett, dem auch die Sozialdemokraten angehören, im estländischen Parlament vorgeschlagen hatte, erhielt er mit 14 gegen 17 Stimmen das Vertrauensvotum. Die deutsch-schwedische und die russische Fraktion erklärten, sich einstweilen bis zur Regierungserklärung der Stimme enthalten zu wollen und bis dahin eine neutrale Haltung einzunehmen.

Wirth gegen die Flüchtigen.

Warnung vor puffschriftlichen Spielereien.

Am Donnerstagabend sprach Reichsinnenminister Dr. Wirth im Rundfunk über die politische Lage. Er betonte, daß die Regierung der Mitte mit ihrem Willen zur Staatsführung auf demokratischer Grundlage immer mehr anerkannt werde. Auch die Sozialdemokratie sei zu einer staatspolitischen Haltung eingeschwenkt und habe ihre große Mandatszahl zur Mehrheitsbildung zur Verfügung gestellt. Dies sei für den Radikalismus der Linken und für die nationalsozialistische Bewegung eine große Enttäuschung gewesen. Eine zweite Enttäuschung für die Nationalsozialisten sei die Betätigung im Reichstag gewesen, wo Schlagworte der Gefühlswelt durch vernünftige Erwägungen erledigt würden. Die Nationalsozialisten seien daher in die ersten Zeiten der Arbeiterbewegung zurückgefallen.

Ihre Flucht aus dem Parlament sei die Befundung reaktionärer Gesinnung.

Die Nationalsozialisten seien eben auf dem parlamentarischen Boden unsicher geworden. Sie hätten die Gefahr erkannt, vom deutschen Volke durchschaut zu werden. Wirth wandte sich dann gegen die Deutschnationalen und kritisierte ihren Auszug aus dem Reichstag. Wenn der Radikalismus der nationalen Idee glaube, so führte er aus, mit dem Radikalismus der Nationalsozialisten parallel manövrieren zu

müssen, so stünde es um die bürgerliche Ideologie sehr schlecht. Den Plan der Bildung eines Rumpiparlaments der Rechten nannte Wirth hierauf eine Kinderlei.

Gegen einen derartigen revolutionären Schritt werde jede Reichsregierung energisch vorgehen.

Im Reichstag müsse sich jetzt zeigen, was die im Reichstag verbliebenen Parteien, selbstverständlich ohne die Kommunisten, im Staatsinteresse zu leisten vermöchten. Die erste Schlacht sei im Reichstag gewonnen worden. Ruhe, Ordnung, politische Gestattung, wie sie jetzt in diesen Tagen in den Reichstagsansprachen zum Ausdruck gekommen seien, bedeuteten für das deutsche Volk und die Welt eine Mehrung der politischen Glaubwürdigkeit, bedeuteten Mehrung des ökonomischen Kredits, bedeuteten Fortschritt und Erfolg.

Mit deutlicher Wendung gegen die Nationalsozialisten betonte Wirth endlich, daß diejenigen, die einen neuen Abschnitt in der deutschen Geschichte einkleiten wollten, bei allem ihrem Tun bedenken müßten, daß sie erst vor kurzem die Legalität vor dem Leipziger Gerichtshof beschworen hätten. Man könne draußen stehen und legal bleiben. Man könne aber nicht auf Legalität pfeifen, indem man glaube, eine neue Welle der Unruhe in das deutsche Volk tragen zu dürfen.

Der Ratzikampf gegen das Zentrum.

Rundgebena der Nationalsozialisten im Sportpalast.

Unter dem Zeichen einer Protestkundgebung gegen das Verbot des Goebbelschen Heftblattes „Der Angriff“ veranstalteten gestern der Gau Groß-Berlin der Nationalsozialisten eine Kundgebung im Sportpalast, die eine scharfe Kampfanzeige an das Zentrum darstellte.

Der Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion Kube versuchte die Ausführungen des Reichsministers des Innern Dr. Wirth im Rundfunk zu widerlegen. Er sagte u. a.:

„Wenn Herr Wirth meint, daß die letzten Ereignisse den Weg zum Aufbau einer organischen Demokratie wiesen, so fragen wir ihn, was hat denn das Zentrum mit den ihm verbündeten Parteien zum Aufbau einer organischen Demokratie in den zwölf Jahren ihrer Reichswirtschaft getan? Herr Wirth war Reichsminister als der Tributplan von London 1921 unterzeichnet wurde. Herr Wirth hat weiter das Unrecht an Oberschlesien gebildet und ohne Eingreifen mitgemacht. Herr Wirth hat zum dritten bei seinem Ausscheiden aus dem Amte des Reichsministers so getan, als sei er 14 Jahre Reichsminister und nur ein Jahr Oberlehrer gewesen. In Wirklichkeit lagen die Dinge umgekehrt. Man könne wohl im Holzhandel die Rote la bekommen, aber doch in der Politik mit ungenügend abschneiden, auch wenn man Professor der Mathematik gewesen wäre.“

Wenn Wirth jetzt davon spräche, daß die Nationalsozialisten in Weimar ein Rumpiparlament aufmachen wollten, so müsse man diese Darstellung des Reichsinnenministers als ein Zeichen großer Unkenntnis in der Anatomie ansehen. Im Parlament von heute sind die Nationalsozialisten der Kopf, die Deutschnationalen der Rumpf, das Zentrum aber ist die Verlängerung des Rückens nach unten. Herr Wirth verlangte, daß man die Reden ruhig und den Kopf klar behalte, dazu müsse man aber zuerst einmal einen Kopf befestigen haben.

Als im Jahre 1874 Kuhlmann auf den damaligen Leiter der deutschen Politik, den Fürsten Otto v. Bismarck, durch ein Attentat umzubringen versuchte, hat der Zentrumsführer Bismarck, der trotz seiner kleinen Figur an geistigen Kräften die Brünning und Wirth meilenweit überroge, erklärt, daß man eine große Partei mit den Schritten einzelner verirrter Angehöriger nicht befallen könne. Bismarck aber sagte: „Er hängt sich doch an Ihre Rockschöße.“ Daraus ist zweierlei zu folgern: Einmal gehört das Zentrum, das heute mit gleichnerischer Biedermannsmaniene von einer Säuberung der politischen Sitten und einer Reinigung des öffentlichen Lebens im Verein mit den bürgerlichen Kampfparteien und der verlorenen Sozialdemokratie spricht und von der nationalsozialistischen Werdbege faßelt.

mit zu jenen Gruppen, die den Nord an Andersdenkenden in das politische Leben der Nation eingeführt haben.

Und zum zweiten wird die Politik, die jetzt vom Zentrum unter Brünning und Wirth betrieben wird, ihr gleichfalls unter allen Umständen an die Rockschöße gehängt werden wie feinerzeit der Nordanschlag auf den Reichskanzler Fürst Bismarck, was es sich noch so sehr sträuben. Die Regierung des Zentrums-Reichskanzlers Brünning hat im Falle abgewirtschaftet. Bei diesem Tatbestand ist es gleichgültig, ob sie richtig oder falsch handelt. Sie mag eine nationale Politik treiben, sie mag erspriechliche Maßnahmen treffen: wir Nationalsozialisten lehnen sie ab, wir haben genug.“

Als zweiter Redner sprach Dr. Goebbels. Es erübrige sich, die gewohnten Tiraden, die in oft gehörten Verleumdungen der Sozialdemokratie gipfeln, zu wiederholen. Bemerkenswert sei, daß er kundgab,

die Nationalsozialisten würden in diesen Reichstag nicht zurückkehren.

Weiter ließ er die Frage offen, ob man im Weimar des Herrn Reich ein Rumpiparlament bilden wolle oder nicht.

Hugenberg will sich gesund wählen.

„Vorwärts mit Gott . . . wie es weiter geht, wissen Sie ja schon“

Hugenberg hatte gestern sein Volk zu einer „flammenden“ Protestkundgebung in die Philharmonie gerufen. Er hatte hierzu alle nur erreichbaren großen Kanonen der deutschnationalen Reichstagsfraktion anfahren lassen, als schwerstes Geschütz den alten Januschauer. Von ein paar Stahlhelmsgruppen abgesehen, die sich in diesem Rat der Alten ziemlich überflüssig vorkamen, war Jugend überhaupt nicht vertreten.

Nach Herrn Oberfohren, dessen Phrasen nicht die rechte Wärme erzeugen konnten, ließ der Thüringer Graf alle demagogischen Winken springen. Es war herzerquickend, zu hören, wie gerade er sich gegen die angebliche Verfassungsverletzung durch die Reichstagsmehrheit ins Zeug legte und zum Kampf für die Wiederherstellung eines „verfassungsrechtlichen Zustandes“ rief. Brünning habe sich von Otto Braun gegen unerhörte Zugeständnisse eine Lebens-

versicherungspolice ausstellen lassen. Das sei eine widerwärtige Angelegenheit.

Man solle aber diesen Reichstag, dieses schäbige Rumpiparlament, gemähren lassen, denn die Deutschnationalen hätten den Kopf. Doch würden sie den Namen einer nationalen Opposition nicht verdienen, wenn sie die Vergewaltigung durch die Mehrheit nicht mit dem Aufbeantwortet hätten: „Raus da aus dem Haus da!“ „Wir müssen uns“, so rief Herr Graf aus, „nach dem Wort unseres verehrten Führers Hugenberg gesund wählen bis zu dem Tag, wo es heißt: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los.“

Was Herr von Freytagh-Loringhoven über die Ziele einer nationalen Außenpolitik verzapfte, war erschütternder denn je. Er besah die nicht mehr zu überbietende Unverantwortlichkeit, Deutschland bzw. den jetzigen Außenminister mit einem Hund zu vergleichen, dem man ansehe, daß er unter keinen Umständen beißen wird und dessen Belien man daher auch nicht ernst nimmt.

Der alte Januschauer, den man sich als große Zugnummer bis zuletzt aufbewahrt hatte, bekannte sich zunächst im Anschluß an die letzte Landtagskundgebung erst einmal wieder als alter Royalist. Seine Stellung zu den Nationalsozialisten möchte er nach dem alten Griechen in die Worte fassen: „Wenn er nicht Alexander wäre, möchte er gern Diogenes sein!“ Herr Fried schmeißte in Thüringen die sozialistischen Beanden heraus und Franzosen hänge wieder die Herzogsbilder auf. Dann werde ja die Zeit nicht mehr fern sein, wo wir in Preußen auch einmal wieder unsere Königsbilder aufhängen.

Was nun werden solle, könne er nicht sagen, da müsse sich die Versammlung an Herrn Geheimrat Hugenberg wenden.

Herr Hugenberg hatte aber offenbar keine Lust, der Versammlung zu sagen, was nun werden soll. Und erst auf stürmische Zurufe ließ er sich bewegen, einige belanglose Schlussworte zu sprechen.

Herr Lamerenz schloß die Versammlung mit dem Rufe: „Vorwärts mit Gott — hier stand er, und fuhr plötzlich mit gesenkter Stimme fort: — „na, wie es weiter geht, das wissen Sie ja schon!“

Wenn sie nur wirklich müßten, wie es weiter geht!

Den Glauben verloren.

Warum hat Herr Lamerenz nicht frisch und fröhlich hinausgeschmettert: „Hi Gott für König und Vaterland? Warum hatte er nach den ersten beiden Worten eine Hemmung, die ihn hinderte, die Parole für den König auszugeben, eine Hemmung, die tief innerlich bedingt sein muß, wenn sie so katastrophal in der feierlichen Schlussansprache austritt?

Aus Feigheit? Das kann es nicht sein, und es sei ferne von uns, Herrn Lamerenz der Feigheit zu beschuldigen!

Es gibt nur eine Erklärung: Herr Lamerenz hatte plötzlich Angst, sich lächerlich zu machen. Für den König — wer laßt da nicht! Es tut uns leid, Herrn Lamerenz festliche Geheimnisse entlocken zu müssen, aber er hat sie schließlich selber verraten. Seinen Glauben an den König hat die Stabilität der Republik aufgefressen!

Franzens Klage.

Vor der vierten Zivilkammer des Landgerichts stand gestern in der Unterlassungsklage des Ministers Franzzen gegen den „Volksstrom“ wieder ein Termin an, der jedoch auf Antrag der beiden Anwälte von Vorfrüherden auf Donnerstag, den 26. März verlegt wurde. Die Verlegung wurde beantragt, weil beide Parteien zunächst die Berufungsverhandlung in der Strafsache gegen den Landwirt Guth abwarten wollen, die am 26. Februar in Berlin stattfinden soll.

Der Auszug.

Goebbels aus dem Reichstag rannte.

Dies war sein „Hularenritt“.

Wlad Hugenberg lief stante pede aus Gemohnheit mit.

Draußen, etwas unbehaglich

Schauten sie sich an und um.

Hugenberg sprach: „Mir ist fraglich,

Ob dies Lug war oder dumm.“

Goebbels lacht: „Das ging am Schnürchen,

Jetzt nur viel Agitation,

Und ein kleines hinteririschen

Für die Rückkehr find' ich schon.“

Hugenberg, weit abgekühlter

Schaltete: „Hoffentlich recht bald!“

An der Türe tastend fühlt er:

Definet nirgends sich ein Spall?

Hörchend stand er auf der Bauer:

Rief man ihn? — „Ach nein, es sang

Grählend nur der Januschauer:

„Mang uns mang is keener mang!“

Jonathan.

Wirtschaftskrise und Sozialismus.

Reichstagsrede des Genossen Fritz Larnow.

Im Reichstag verwies zu Beginn der gestrigen Donnerstag-Sitzung Abg. Dr. Weber (Staatsp.) auf die Verhinderung des Abg. Graf Westarp, daß diejenigen Abgeordneten, die an den Sitzungen nicht mehr teilnehmen, ihren Pflichten als Abgeordnete nicht mehr nachkommen. Nach der Geschäftsordnung sind die Reichstagsmitglieder verpflichtet, an den Arbeiten des Reichstags teilzunehmen. Urlaub auf unbestimmte Zeit kann überhaupt nicht erteilt werden. Wir fragen den Präsidenten, ob die jetzt fernbleibenden Abgeordneten um Urlaub nachgesucht haben. Falls nicht, bitten wir, die Sache in einer der nächsten Sitzungen des Kellerrats zur Sprache zu bringen.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Wir haben immer Wert darauf gelegt, daß Alles vermieden werde, was geeignet ist, die Not der Erwerbslosen zu irgendwelchen egoistischen Zwecken zu mißbrauchen. (Unruhe der Kommunisten.) Aus diesem Grunde frage ich als Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses, ob und wann ein Schreiben des Abg. Dr. Frick eingegangen ist, und welche Summen er für die Erwerbslosen zur Verfügung stellen will.

Präsident Löbe:

Urlaubsgesuche sind von den Herren, die an unseren Arbeiten nicht mehr teilnehmen, nicht eingegangen. (Hört! Hört!) Aber daß Abgeordnete längere Zeit nicht an den Sitzungen teilnehmen, ist keine neue Erscheinung. Ich erinnere nur daran, daß der

Abg. Ludendorff lange Zeit, vielleicht Jahre hindurch, an unseren Sitzungen nicht teilgenommen hat, und daß auch die Abg. Frau Jeklin durch Krankheit und politische Aufträge in Russland sehr lange an der Mitarbeit verhindert war;

allerdings hat sie stets ordnungsgemäß Urlaubsgesuche von dort aus eingereicht. Wenn Dr. Weber darauf besteht, können wir die Frage im Kellerrats behandeln, nach der Geschäftsordnung und der Verfassung sehe ich allerdings nicht, daß irgendwelche Maßnahmen erlassen werden könnten.

Dem Abg. Aufhäuser antworte ich, daß die Nationalsozialisten allerdings unter dem 10. Februar folgenden Antrag eingereicht haben: „Die durch den Verzicht der nationalen Opposition auf Teilnahme an den Parlamentssitzungen ersparten Beiträge an Diäten usw. sind reiflos den Bedürftigsten unter den ausgesteuerten Erwerbslosen zuzuführen.“

Alle nationalsozialistischen Abgeordneten, Kranke und Gesunde, haben jedoch am 1. Februar ihre Diäten für den ganzen Monat erhoben. (Hört! Hört! und Heiterkeit.) Es wird also keine Mark — oder volkstümlich gesprochen — kein roter Pfennig durch diesen Verzicht zur Verfügung gestellt. (Echthafte Heiterkeit.)

Es folgt die Wahl des 1. Vizepräsidenten.

Abg. Leicht (B. Sp.) schlägt den Abg. v. Kardorff vor. Abg. Rippel (Chr.-Soz.) behauptet das Ausschneiden der Rechten, auch deshalb, weil dadurch in den Ausschüssen Entscheidungen herbeigeführt werden, die den wirklichen Mehrheitsverhältnissen nicht entsprechen. Um nicht durch Wiederbelegung des Vizepräsidentenpostens die Spannung noch zu verschärfen, wird sich der Christlich-Soziale Volksdienst an der Wahl nicht beteiligen.

Präsident Löbe:

Die Wahl ist angelegt worden, weil Herr Stöhr in einem Schreiben an mich sein Amt ausdrücklich niedergelegt hat. Es wird vielleicht noch eine weitere Wahl erforderlich werden, da auch ein anderer Vizepräsident an der Teilnahme verhindert zu sein scheint. (Gemeint ist der deutschnationalen Vizepräsident Graf. — Red.)

Abg. Stöhr (Komm.) schlägt seinen Parteigenossen Bied vor. Wenn die Kommunisten auch als stärkste Partei den Anspruch auf einen Vizepräsidenten haben, erkennen man ihren Anspruch doch nicht an, die Sozialdemokraten wählen lieber einen Vertreter der Schwerindustrie.

Abg. Dörrich (Landvolk): Durch den Auszug der Rechten sind die Geschäfte so vereinfacht worden, daß die vorhandenen Präsidenten durchaus genügen. Wir beteiligen uns daher nicht an der Wahl.

Abg. Dittmann (Soz.):

In der 2. Sitzung dieses Reichstags hat Abg. Lorgier für die Kommunisten erklärt: „Wir denken gar nicht daran, irgendeine Sozialistenerklärung für die Geschäftsordnung abzugeben. Wir befinden uns in striktem Gegensatz zu den Nazis, die gestern in der Fraktionsführerbekämpfung durch Frick und Stöhr ausdrücklich erklärt haben, daß sie diese Geschäftsordnung mit allen ihren Stringenzierungsbestimmungen selbstverständlich respektieren.“

Wenn die kommunistische Fraktion heute noch auf diesem Standpunkt steht (Zustimmung der Kommunisten), kann sie vom Reichstag nicht verlangen, daß er ihren Vertreter zum Vizepräsidenten wählt.

(Echthafte Widerspruch der Kommunisten.)

Abg. Dr. Dingeldey (D. Sp.): Die Wahl scheint uns nicht unbedingt notwendig zu sein, da aber die Mehrheit des Kellerrats sie beschlossen hat, legen wir allerdings Gewicht darauf, daß dieser Posten mit einem Mitglied einer bürgerlichen Fraktion besetzt wird.

Abg. Dr. Meyer-Berlin (Staatsp.) stellt gegenüber dem Vorsitzenden ausdrücklich fest, daß der Beschluß des Kellerrats einstimmig gefaßt worden ist.

Gewählt wird durch Stimmzettelausgabe
Abg. v. Kardorff (D. Sp.) mit 258 Stimmen.

Bied (Komm.) erhält 56, 32 sind leer, 1 lautet auf den Abg. Eisenberger (Heiterkeit), 2 sind ungültig und 4 Mitglieder haben sich der Stimmabgabe enthalten. — Auf die Frage des Präsidenten erklärt Vizepräsident v. Kardorff (D. Sp.): Ich nehme die Wahl mit Dank an.

Zu Schriftführern werden gewählt die Abg. Reyses (Zentrum) mit 262 und Schneider-Berlin (Staatsp.) mit 260 Stimmen. Auf die kommunistischen Kandidaten entfallen höchstens Stimmen, die übrigen sind gesplittelt.

Es folgen die Abstimmungen zum Etat des Auswärtigen Amtes. Auf Vorschlag des Ausschusses wird zunächst der Antrag Drewhil (Bürgerl.) angenommen, der die Veröffentlichung einer Denkschrift über alle bisher von Deutschland aufgetragenen Reparationsleistungen verlangt.

Der kommunistische Antrag auf sofortige Einstellung der Zahlungen aus dem Young-Plan wird in namentlicher Abstimmung mit 114 gegen 58 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Gleichfalls namentlich, und zwar mit 247 gegen 124 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dann ein Antrag Dörrich (Landvolk) abgelehnt, wonach die im Young-Plan vorgesehenen Schutz- und Revillionsmöglichkeiten sofort angewendet werden sollen und darüber hinaus auf die völlige Befreiung der untragbaren Reparationslasten hingewirkt werden soll.

Auf Antrag Erling (S.) soll über alle Anträge der abwesenden Deutschnationalen und Nationalsozialisten zur Tagesordnung übergegangen werden. — Die Abg. Hepp (Landvolk) und Stöcker (Komm.) widersprechen diesem Antrag. — Gegen die Stimmen dieser Fraktionen wird Uebergang zur Tagesordnung über alle diese Anträge beschlossen. Eine Ausnahme bildet nur der An-

trag auf Kündigung der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund. Dieser Antrag wird gegen die Kommunisten und das Landvolk abgelehnt.

Damit ist der Etat des Auswärtigen Amtes in zweiter Beratung erledigt. Es folgt der

Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums.

Stellvertretender Reichswirtschaftsminister Trendelenburg ergänzt seine Darlegungen über die Hilfsaktion für das Siegerland. Er spricht auch gegen die Zerstückelung in der Subventionspolitik.

Abg. Larnow (Soz.):

Das Unternehmertum behauptet, das deutsche Volk müsse seinen Lebensstandard an die bis zur Verkümmern zurückgegangene Wirtschaft anpassen; wir müssen uns einschränken und unsere Lebensgewohnheiten zurückschrauben. Mit ihrer ganzen Kraft hat die Reichsregierung bei all ihren Versicherungen, die Kaufkraft des Volkes wieder herstellen zu wollen, sich auf die Löhne geworfen. In dieser Zeit ungeheurer Arbeitslosigkeit sind die Löhne sowie die Kaufkraft gefährdet, die Reichsregierung hat aber noch ein übriges getan. Ein Preisabbau sollte dem Lohnabbau folgen und auf diese Art schließlich der Reallohn unvermindert erhalten bleiben. (Zuruf rechts: Die Preise sind doch herunter gegangen!) Nur dann, wo sie auch ohne Einschränkung der Regierung heruntergegangen wären.

Gegen ersten Widerstand der Unternehmer hat die Regierung die Preise nicht herabdrücken können.

Erst vor kurzer Zeit hat sie die Preisentzug für Markenartikel angeordnet, die an den Anfang der Aktion gehört hätte. Das gleiche gilt von einer Einwirkung auf die Preispolitik der Schwerindustrie, von wo aus das ganze Preisniveau zu beeinflussen wäre. Der Erfolg dieser Regierungspolitik ist, daß die Löhne stark gesenkt worden sind, die Preise aber nicht in gleichem Maße. Das hat nicht nur mit vollem Recht die Erbitterung der Arbeitermassen hervorgerufen, sondern damit ist auch der Wirtschaft selbst ein Bärendienst erwiesen worden.

Wir können aus der Wirtschaftskrise nicht herauskommen, wenn die Kaufkraft der Massen nicht erhöht wird.

(Zuruf der Wirtschaftspartei: Freie Wirtschaft!) Wir haben seit Jahren geholt, in denen die Wirtschaft ohne alle Fesseln nach ihren eigenen Gesetzen handeln konnte. Die Konjunkturforscher haben nachgewiesen, daß in dieser Zeit der Reallohn nicht gesunken, sondern gestiegen ist; damals ist bei Depressionen ein starker Preisdruck, aber eine weniger starke Lohnsenkung eingetreten, so daß bei den Lohnempfängern eine Erhöhung der Kaufkraft eingetreten ist. Es gibt keinen anderen Weg aus der Krise, als den Absatz an die Produktionsmöglichkeiten heranzubringen. Dadurch aber, daß mit Unterstützung der Regierung die Löhne so erheblich abgebaut worden sind, ist dieser Weg veriperrt worden. Nun bleibt nur der Weg einer radikalen Herabsetzung der Arbeitszeit, 5 Millionen Arbeitslose liegen auf den Straßen. Sie wissen nicht, wann sie wieder in ein Arbeitsverhältnis zurückkehren können. Hunderttausende und Millionen sind seit vielen Monaten aus dem Produktionsprozeß herausgeschleudert und haben

keine Hoffnung, in absehbarer Zeit wieder hineinzukommen. Es ist in hohem Maße ein freiliches Problem. Die Arbeitslosen gehen daran zugrunde.

Wenn wir früher oft hören mußten, die deutschen Arbeiter seien zu faul zur Arbeit, so erweist die gewaltige Krise von heute diesen Vorwurf als Verleumdung. (Sehr wahr! links.) Die Arbeiter wollen arbeiten, und man muß die Arbeitsmöglichkeit erweitern, damit alle Arbeitslosen die Hoffnung haben können, wieder Arbeit zu bekommen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht nur als Notmaßnahme, sondern als Dauerzustand unerlässlich. (Zuruf der Komm.: Bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne!) Selbstverständlich — soweit die Wirtschaft in der Lage ist, das zu tragen. (Zuruf rechts der Kommunisten:) Wir haben Ihre Anträge abgelehnt, denn Sie glauben ja selbst nicht, daß durch die Annahme von Anträgen im Reichstag die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden kann.

Immer wieder wird behauptet, daß die deutsche Wirtschaft durch zu hohe Steuern und Soziallasten erdrückt werde. Die Wahrheit ist ganz anders.

1923 hatten wir einen Aufstieg der deutschen Wirtschaft, wie er wahrscheinlich in der Geschichte der Volkswirtschaft nur dieses eine

Mal zu finden ist. Das gesamte Nationaleinkommen war 1925 noch unter 50 Milliarden, ist 1926 schon auf 56 Milliarden und 1929 auf über 70 Milliarden angewachsen. Der Produktionsindex ist von 1924 bis 1929 um 41 Proz. gestiegen. Diese Ausdehnung der deutschen Wirtschaft wäre nicht möglich gewesen, wenn aus dem Nationaleinkommen nicht eine außerordentlich starke Kapitalbildung für die Wirtschaft eingetreten wäre. Nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung ist die Kapitalinvestition in der deutschen Wirtschaft 1924/25 um 26,8 Milliarden für Neuanlagen, 26,2 Milliarden für Ersatzanlagen, 12,7 Milliarden für Vorräte und die Gesamteininvestition um 65,7 Milliarden gestiegen. Man behauptet, das sei die Wirkung unserer Auslandskredite, alles sei aufgebaut mit erborgtem Kapital und die Folge sei eine Schuldenwirtschaft gegenüber dem Ausland.

Die Zahlen aber beweisen, daß in dieser Periode die öffentlichen und privaten Auslandskredite insgesamt 27 Milliarden betragen, denen deutsche Guthaben im Ausland von 10 Milliarden gegenüberstehen, so daß die effektiven Auslandsschulden 17 Milliarden betragen — wobei die Milliarden, die aus Deutschland ausgegangen sind, ohne sich bei uns abzumelden (Heiterkeit), nicht eingerechnet sind.

Die Kapitalbildung war also außerordentlich stark — ein Beweis, daß es unserer Wirtschaft nicht schlecht gegangen ist. Daraus ziehen wir die Schlussfolgerung, daß die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft auf dem Boden dieser Wirtschaft durchgeführt werden können. Nicht die natürliche Kraft der produktiven Wirtschaft hat verjagt, sondern verjagt hat die wirtschaftliche Ordnung, in der wir leben. (Sehr richtig! links.)

Biel mehr als bei früheren Krisen war es diesmal das kapitalistische Wirtschaftssystem, das die Krise herbeigeführt hat. Die Abg. Stöcker und Dingeldey haben das vor einigen Tagen entschieden bestritten. Stöcker hat gemeint, man könne diese Schlussfolgerung nicht ziehen, weil das kapitalistische System nicht in der Lage gewesen wäre, nach seinen eigenen Gesetzen zu funktionieren, und zwar durch ausländische Bindungen, während Dingeldey das gleiche meint, aber mit Bezug auf innere Lasten.

Die völlig freie kapitalistische Wirtschaft existiert freilich nur noch in dem — Gummitempel des Hanjabundes, den er auf seine Ruinen aufdrückt, und worin er die Wiederherstellung der freien Wirtschaft fordert. Aber wer nun (zur Wirtschaftspartei) meint, daß nur dieser verruchte Marxismus die deutsche Wirtschaft fesselt, der steht doch ganz falsch.

Wenn die alte Wirtschaftsfreiheit verloren gegangen ist, dann ist das eine natürliche Folge der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft.

Die gewiß nicht marxistische Weltwirtschaftskonferenz in Genf hat festgestellt, daß gewisse Strukturänderungen in der Volkswirtschaft zwar durch den Krieg beschleunigt worden sind, aber schon vor dem Kriege vorhanden waren und sich auch ohne den Krieg durchgeführt hätten. Das sind

die monopolistischen Tendenzen in der kapitalistischen Wirtschaft, die niemand zurückdrängen kann, weil sie aus dem System selbst entstehen.

Diese Entwicklung hat die schwere Unordnung in die einzelnen Volkswirtschaften hineingebracht. Die letztere ist durch eine Reihe von Preisrevolutionen auf allen Gebieten, besonders bei den Rohstoffen und Lebensmitteln erschüttert worden. Innerhalb des letzten Jahres ist der Baumwollpreis um 40 Proz., der Weizenpreis um 64 Proz., der für Lute um 39 Proz., für Weizen um 49 Proz., für Mais um 37 Proz. gestiegen. Baumwolle hat heute die Hälfte des Vorkriegspreises, Weizen zwei Drittel, Gummi ein Fünftel des Vorkriegspreises. (Zuruf außerst links: Deshalb sind die Gummitruppel so blaug! — Große Heiterkeit.) Diese

plötzlichen und radikalen Revolutionen auf dem Weltmarkt wären nicht möglich gewesen ohne die monopolistischen Tendenzen und können auch durch deren Preisstärkungen nicht verhindert werden.

In Deutschland ist allerdings eine Preisrevolution durch die Monopole verhindert worden, die die Preise aufrecht halten konnten. Das ist aber auch wieder eine Störung im Kreislauf der Wirtschaft, die durch eine entscheidende und aktive Wirtschaftspolitik des Staates hätte verhindert werden können.

Wir beantragen die Einführung eines Monopol- und Kartellgesetzes, das eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik sein muß. Solange die Meinung aufrecht erhalten werden konnte, als ob die Wirtschaft von Gesetzen beherrscht würde, die für alle

So war's nicht gemeint!



„Was weint ihr Kleinen denn so?“
„Wir haben den andern gesagt, daß wir nicht mehr mitspielen, — und nun holen sie uns nicht wieder!“

gleichmäßig gossen, konnte sich der Staat mit der Nachwachserfolge gegenüber der Wirtschaft abfinden. Heute aber bestimmen starke Interessengruppen die Wirtschaft, und daher muß der Staat diese Monopolorganisationen unter Kontrolle nehmen, sie in das Interesse der Gesamtwirtschaft einfügen und damit die Wirtschaft überhaupt in höherem Maße als bisher unter die Kontrolle des Staates stellen.

Die Epoche der Trennung von Staat und Wirtschaft liegt hinter uns, beide müssen zusammenwachsen. Wenn Sie sagen, daß diese Entwicklung zum Sozialismus führt, so leben Sie, daß Sie diese Entwicklung, die aus der Wirtschaft selbst entspringt, nicht aufhalten können.

Unter dem Sozialismus verstehen wir allerdings etwas anderes als die Begriffe, die sich am Hakenkreuz emporranken. (Heiterkeit.) Wenn die Nationalsozialisten sich als die schärfsten Antimarktführer bezeichnen, dann möchten wir uns das auch ausgeben haben, damit da keine Verwechslungen vorkommen. (Heiterkeit.) — Zutun rechts: haben Sie denn das Monopol? Hier handelt es sich um ein Monopol, das jedem zugänglich ist, nämlich das Monopol der Dummheit. (Lebhafte Heiterkeit.)

Allerdings haben wir auch wenig gemeinsam mit den sozialökonomischen Experimenten, die in Rußland gemacht werden. (Ironische Zustimmung und Widerspruch der Komm.) Was in Rußland geschieht, hat viel Ähnlichkeit mit den börsartigen Karikaturen, die den Sozialismus als Zuchtstaat dargestellt haben. Gewiß ist das letzte Wort in der russischen Entwicklung noch nicht gesprochen, und

glauben Sie (zu den Komm.) nicht, daß wir nicht auch froh wären, wenn diese Entwicklung zu dem Ziele käme, das ihr notwendig ist. Aber damit wäre noch längst nicht erwiesen, daß dieser Weg auch möglich ist in Ländern mit höherer Kultur!

Wenn der Weg zum Sozialismus keine andere Linie kennen würde als die durch ein tiefes dunkles Tal der schwersten Verleumdung, demgegenüber das Glend in der kapitalistischen Wirtschaft noch als eine sonnige Höhe erscheinen muß, dann werden die Arbeitermassen anderer Länder diesen Weg nicht gehen; ohne die Arbeitermassen aber ist der Weg zum Sozialismus nicht möglich. Die deutsche Arbeiterklasse will einen solchen Weg wie in Rußland nicht gehen, wir sehen die sozialistische Gemeinschaft aus dem absterbenden Kapitalismus herauswachsen. Die Erkenntnis, daß das kapitalistische System den überquellenden Reichtum der Natur nur zu vermehrtem Elend für die Massen in allen Ländern umwandelt, diese Erkenntnis wird sich weiter ausbreiten und uns neue Anhänger zuführen. Hinter uns stehen die Massen der Arbeiterklasse. Wenn in dieser Zeit der Verzweiflung Teile der Massen sich einem politischen Wunderglauben ergeben, dann begreifen wir das. Aber die Konjunktur des politischen Wunderglaubens ist zeitlich begrenzt.

Wir vertrauen darauf, daß große Teile derjenigen, die heute noch dem Hakenkreuz und dem Sowjetstern nachlaufen, wieder zu uns stoßen werden. Wir bauen auf die Zukunft unserer Bewegung, wir bauen auf die Zukunft des Sozialismus.

(Lebhafte Beifall und Handklatschen bei den Sozialdemokraten.) Abg. Dr. Neubauer (Komm.) behauptet, daß in Rußland keine Arbeitslosigkeit bestehe und der sozialistische Aufbau unaufhaltsam fortschreite.

Abg. Dr. Dörsner (Z.): Die Arbeitslosen mit ihren Angehörigen machen fast ein Drittel des ganzen deutschen Volkes aus. Jeder Arbeitslose verliert monatlich etwa 100 M. an Einkommen, das sind im Jahre an Lohnsummenverlust 4-5 Milliarden. Um ebensolch wird die innere Kraft geschwächt. Der Redner widerlegt dann die agrarische Behauptung, daß die Industrie und die Städte auf Kosten der Landwirtschaft lebten, und wendet sich gegen die Verheerung der Landbevölkerung.

Deutschland hat das ausgebaute Agrarvolkssystem, und seit weit über 100 Jahren hat keine deutsche Regierung jemals für die Landwirtschaft getan wie die Regierungen der Deutschen Republik. (Lebhafte Beifall in der Mitte und links.) Um 19.15 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 13 Uhr vertagt.

Der Verleumder Stegmann.

Jetzt will er gegen Breitscheid nichts gesagt haben.

Jetzt, da dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Stegmann vor Gericht Gelegenheit gegeben werden soll, den Beweis für seine Behauptung zu erbringen, daß Genosse Breitscheid französische Gelder empfangen hat, wofür er während des Krieges die deutschen Pläne verraten habe, will er es nicht sein, der das behauptet hat. Er schickt dem „Fränkischen Anzeiger“, der die Verleumdung nachgedruckt hat, aus Berlin folgenden Schrieb:

Ihr Schreiben über meine Protestversammlung gegen marxistischen Terror entspricht leider den Tatsachen nicht ganz. Ich habe niemals behauptet, daß Breitscheid französische Gelder bezogen hat, sondern daß diejenigen

Snowden hat England aufgerüttelt

Erste Finanzlage. — Wo wird gespart werden?

London, 12. Februar. (Eigenbericht.)

„Seit 50 Jahren hat in England kein Finanzminister eine solche ernste Sprache geführt.“ schreibt am Donnerstag der „Daily Telegraph“ zu Snowdens Unterhausrede über die Schwere der finanziellen Lage.

Snowdens Warnung bildete am Donnerstag die große Senation und das Tagesereignis. In spaltenlangen Artikeln kommentierten die Zeitungen die Mahnung des Finanzministers, an der Börse, in allen Bank- und Wirtschaftstreffen findet sie ihren Widerhall.

Ganz England ist plötzlich aufgerüttelt,

als wäre es sich erst jetzt der ganzen Schwere der wirtschaftlichen und finanziellen Krise bemußt. Snowdens Bekanntheit und seine ungeschminkten Wahrheiten finden in allen Lagern restlos Anerkennung. Es erhebt sich jedoch gleichzeitig die Frage: wo soll gespart werden und wie?

Der englische Finanzminister besitzt die unumschränkte Vollmacht bei der Aufstellung seines Budgets, und es ist kein Wunder, wenn das Kabinettagung begonnen hat, wie der kommende Etat aussehen wird. Kennzeichnend für die Lage ist, daß das Unterhaus noch in der Nacht zum Donnerstag den liberalen Antrag zur

Einziehung einer Sparkommission

mit allen Stimmen gegen 21 der unabhängigen Arbeiterpartei angenommen hat. Die Konservativen allerdings verstoßen am Donnerstag bereits die Ansicht, daß Sparen mit Lohnkürzungen und mit dem Abbau der Arbeitslosenversicherung beginnen müsse.

Diesem Anschlag auf die Arbeiterklasse tritt der „Daily Herald“ in seinem Leitartikel scharf entgegen. Das Organ der Arbeiterpartei kann sich dabei auf Snowden berufen, der in seiner Rede ausdrücklich erklärte,

„es ist selbstverständlich, daß der größte Anfecht der notwendigen Opfer auf die stärksten Schultern gelegt wird.“

Leute, welche im Kriege mit französischem Geld die Revolution vorbereitet und die Front unterwühlt haben, heute noch in der S.P.D. als Führer sitzen. Ich habe von Breitscheid lediglich gesagt, daß er Armierungssoldat war und habe von der Partei der Löwe, Barmat, Dittmann, Breitscheid usw. gesprochen.“

Am 10. Januar hat der „Fränkische Anzeiger“ die Verleumdung Breitscheids durch Stegmann gebracht, die dieser ganz sicher auch gelesen hat. Man hätte annehmen müssen, daß er dann sofort dem „Fränkischen Anzeiger“ eine Berichtigung zugesandt hätte, wenn die Behauptung entstellte gewesen wäre. Stegmann hat gewartet, bis der Staatsanwalt auf Betreiben Breitscheids sich mit der Sache befaßte. Der Ablehnungsbescheid wird Stegmann nicht viel helfen. Es sind außer dem Berichterstatter noch Zeugen vorhanden, die vor Gericht bestätigen werden, daß er die verleumderischen Worte so gebraucht hat, wie sie der „Fränkische Anzeiger“ wiedergegeben hat.

Endlich!

Die Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln und Dr. Lehr-Düsseldorf haben jetzt ebenfalls auf 20 Proz. ihres Grundgehalts verzichtet. Das Grundgehalt beider Oberbürgermeister beträgt 36 000 Mark.

Wieder Hochspannung in Spanien.

Der König rechnet auf die Armee.

Paris, 12. Februar. (Eigenbericht.)

Wie die „Chicago Tribune“ mittelt, hat der König von Spanien am 11. Februar, zu derselben Zeit, als in Madrid die republikanische Partei öffentlich die Helden der fehlgeschlagenen Revolution vom Dezember feierte, einen geheimen Rat von hohen und als ehrgeizig bekannten Offizieren einberufen, um mit ihnen über die Lage zu beraten. Zur gleichen Zeit seien die Befehlshaber der Madrider Garnison ebenfalls zu einer außerordentlichen

Auf keinen Fall hat Snowden daran gedacht, daß der Weg zur wirtschaftlichen und finanziellen Befundung über Lohnverminderung und Abbau der sozialen Lasten führen müsse. Das beweist am besten die Tatsache, daß die Regierung am kommenden Montag im Unterhaus einen neuen Kredit von 20 Millionen Pfund für den Arbeitslosenfonds fordern wird.

Was allerdings die Rede Snowdens ankündigte, ist die Unmöglichkeit einer von den Liberalen seit langem geforderten Kriechenleihe für Notstandsarbeiten und Industrieunterstützung. Der Glaube an die Verwirklichung dieser liberalen Pläne ist zerstört und die Liberalen, die sich dadurch ein großes Agitationsmittel für die künftigen Wahlen an die Hand schaffen wollen, haben am Donnerstag schon auf ihre Lieblingsidee verzichtet. Sie sollte der Haupttrumpf in der von ihnen am Donnerstag im Unterhaus erzwungenen Arbeitslosenbehalte sein Macdonald, der dazu das Wort ergriß, zerstörte den liberalen Gedanken einer Anleihe, die außerdem in der Praxis niemals inlands gewesen wäre, die Arbeitslosigkeit dauernd zu beseitigen. Hingegen erklärte Macdonald, daß alle anderen Mittel zur Hebung des Arbeitsmarktes von der Regierung ergriffen würden.

Es wird sich bei der Staatsaufstellung zeigen, welche Sparmaßnahmen Snowden durchzuführen gedenkt. Bekannt ist einstweilen lediglich eine

Verminderung des Heeresetats um etwa 10 Millionen Pfund.

Eins hat Snowdens Rede allerdings schon jetzt bewirkt: eine Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeiterpartei und unabhängiger Arbeiterpartei. Die Gruppe um Marton steht mit ihren Anträgen und ihrer Agitation dort, wo in Deutschland die Kommunisten zu finden sind. Je schärfer die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit über England rast, desto klarer schält sich auch in der englischen Arbeiterbewegung die Kernfrage heraus: Opposition um jeden Preis, oder Verantwortung, die über den Tag hinauszieht.

Sitzung zusammengetreten. General Berenguer, der Bruder des Diktators, sowie sämtliche Truppen von Madrid, Sevilla und anderen Militärzentren hätten Befehl gehabt, die Kasernen nicht zu verlassen, um für jede Eventualität bereit zu sein. Die Polizei sei mit großen Mengen Tränengasbomben ausgerüstet worden.

Die boykottierten Wahlen.

Madrid, 12. Februar.

Sämtliche von der Stadtverwaltung Madrid nach einem automatischen System ernannten Distrikt-Wahlvorstände und Beisitzer haben ihre Ernennung mit der Begründung abgelehnt, laub zu sein und daher ihr Amt nicht ausüben zu können. Den wahren Grund ihrer Ablehnung sieht man aber in der Angst vor eventuellen Ereignissen am Wahltag.

Die gesamte Linkspresse in Spanien fordert offen die Republik, die die einzige Möglichkeit zur Rettung Spaniens darstelle. Ministerpräsident Berenguer erklärte, die Cortes würden voraussichtlich nur eine kurze Lebensdauer haben. Der Führer der Liberalen und ehemaliger Ministerpräsident Romanones will versuchen, im kommenden Parlament die Einberufung der versammelter Cortes durchzusetzen, um so die Spaltung Spaniens in zwei Gruppen zu verhindern.

In Cadix kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei, wobei die Beamten von der Schusswaffe Gebrauch machten. Während der Unruhen wurden Straßenbahnen mit Steinen bemorsen. Die Geschäftsläden haben geschlossen. Die Zusammenstöße forderten mehrere Verletzte.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geper; Wirtschaft: G. Altinghölzer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: A. D. Böcher; Colonial und Konflikte: Rich. Kersch; Anzeigen: Th. Glöde; sämtlich in Berlin. Berlin: Fortwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Fortwärts-Verlag und Verlagsanstalt Carl Zinner u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3, Seite 2 Beilagen aus „Stahlbeilage“.

WERTHEIM Billige Lebensmittel

Zusendung von 5 M an. Obst, Gemüse u. leicht verderbliche Artikel werden nicht zugesandt

Frisch. Fleisch		Obst u. Gemüse		Gänse gefroren, Pfd.		Wolgahühner		Wurstwaren		Kolonialwaren	
Kalbskamm . . . Pfd.	0.78	Amorellen . . . 3 Pfd.	0.95	76, 86, 96 Pf.		gefroren, Pfd. von an	92 Pf.	Blut-u. Leberw. ^{halbfalt.} Pfd.	0.70	Linsen . . . Pfd.	0.21 0.15
Kalbsbrust ^{und -Rücken} Pfd.	0.88	Musäpfel . . . 3 Pfd.	0.95	Suppenhühner		Brathühner frisch		Dampf- u. Fleischw.	0.88	Viktoria-Erbsen ^{Pfd.}	0.21 0.18
Kalbschnittel . Pfd.	1.80	Zitronen Dutzend	0.30 0.38	Pfd. von an	95 Pf.	Pfd. von an	1.15	Schinkenpolnische	1.10	Weißbohnen ^{Pfd.}	0.22 0.18
Suppenfleisch . Pfd.	0.74	Apfelsinen ^{Dydz.}	0.45 0.60	Hasen ^{gestr. u. aus-}		Hirsch ^{u. Wildschwein}		Landleber- u. Mettwurst	1.15	Haferflocken . . Pfd.	0.21
Rinderkamm ^{u. -Brust} Pfd.	0.84	Apfelsinen ^{(Halblut) Dutzend}	0.55	Pfd. von an	82 Pf.	Ragout ^{u. Bisler Rücken}	35 Pf. 82 Pf. 95 Pf.	Jagd-, Kümme!wurst	1.35	Weizengriech . . Pfd.	0.26
Schmorfleisch ^{ohne Kn.} Pfd.	1.20	Kalif. Äpfel ^{Kiste 100 u. 150 Stück}	0.38 0.48	Schellfisch		Kabeljau ^{und Seelachs}		Zerelat u. Salami	1.40	Eier-Schnit-Nud. ^{Pfd.}	0.42 0.44
Gulasch gemischt . Pfd.	1.04	Bananen . . . 3 Pfd.	0.88	Pfd. von an	16 Pf.	ohn. Kopf, ganze Fische, Pfd. v. an	18 Pf.	Leberwurst ^{feine u. Filetwurst}	1.45	Makkaroni ^{Bruch.} Pfd.	0.44
Lieser 0.68 Gehacktes	0.80	Rot-, Weiß- ^{u. Wirsing- kohl, Pfd.}	0.06	Rotbars		Fischfilet		Blut- u. Leberw. ^{frische Pfd.}	0.65	Bruchreis Pfd.	0.15
Rückenfett ^{bratfertig.} Pfd.	0.70	Möhren u. Zwiebeln, Pfd.	0.05	ohne Kopf, Pfd. von an	20 Pf.	Pfd. von an	25 Pf.	Speckwurst . . . Pfd.	0.72	Tafelreis . . . Pfd.	0.20
Hammel-Vorderfl.	0.96	Sellerie . . . Pfd.	0.06 0.09	Grüne Heringe		Zander gefroren		Knoblauchwurst	1.10	Gem. Backobst . . .	0.40
Kahler mild gesalzen, Pfd.	0.98	Blumenkohl ^{Kopf v. an}	0.25	Pfd. von an	38 Pf.	Pfd. von an	34 Pf.			Kalif. Pflaumen ^{Pfd.}	0.35 0.28
Schweinerücken ^{und -Schaufel}	0.78	Rhabarber ^{Bund ca. 3 Pfd.}	0.38 0.58	Leb. Karpfen		Lachs gefroren		Käse u. Fett		Konserven ^{%, Dose}	
Schweineschink. ^{und -Blatt}	0.86			Pfd. von an	85 Pf.	ganze Fische, Pfd. von an	95 Pf.	Ramadou Stück	0.22	Schnittbohnen	0.38 0.48
Nierentalg ^{ausgelassen} Pfd.	0.40							Harzerkäse ^{Rolle 15 Stk.}	0.26	Junge Erbsen	0.58
	5 Pfd. 1.75							Kümmelkäse ^{halbfalt.}	0.50	Haushalt-Gemüse . .	0.65
								Emmenthal. Art ^{6 Ringe 2 Block 0.95}	0.60	Gemisch. Gemüse ^{mittel-}	0.90
								Dän. Schweizer ^{ohne Rinde 2 Pfd.}	0.82	Spinat	0.40
								Tilsifer Art ^{ohne Rinde, halbfalt., Pfd.}	0.70	Bruchspargel ^{dünn}	1.35
								Limburger	0.48 0.84	Sellerie ^{%, Dose}	0.40 0.65
								Margarine Pfd.	0.40 0.52	Apfelmus	0.60 extra 0.75
								Tafelbutter Pfd.	1.62 1.70	Pflaumen ^{ohne Stein}	0.58 0.78

Stadtparlament holt auf!

Endlich wieder sachliche Arbeit — Es bleiben aber kuriose Dinge!

Die gestrige Sitzung des Stadtparlaments unterschied sich vortrefflich von der außerordentlichen Stadtparlamenversammlung am letzten Dienstag: es wurde wieder sachliche Arbeit geleistet. Dabei zeigte sich von neuem, daß die Kommunisten von Kommunalpolitik soviel verstehen wie ein Esel vom Einmaleins. Das wußte Phrasengelehrer über Dinge, die zu behandeln ganz und gar nicht zu den Aufgaben einer Stadtvertretung gehört, verhinderte eine starke Mehrheit der Versammlung durch Uebertragung zur Tagesordnung. Vielleicht würde es sich im Interesse der Arbeitsleistung des Stadtparlaments empfehlen, dieses Mittel mehr als bisher anzuwenden, wenn auf die Tagesordnungspunkte der § 35 der Städteordnung zutrifft, wonach nur Gemeindeangelegenheiten von den Stadtverordneten behandelt zu werden brauchen. — Es bleiben genügend kuriose Dinge! Soll man nicht lachen, wenn ein Parlament stundenlang Debatten über sich ergehen lassen muß, weil ein geistig ureifer Nazi-Jüngling das Bedürfnis empfindet, zu einer Rundfunkrede des Stadtverordnetenvorstehers, die dieser vor ungefähr einem Jahre hielt, alberne Bemerkungen zu machen? — Beleidigungen verdienstlicher sozialdemokratischer Kommunalpolitiker durch junge Leute der kommunistischen und nationalsozialistischen Fraktion wies der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Flatau in vornehmer und trotzdem entschiedener Weise zurück.

Zu Beginn der Sitzung wurde zunächst eine Vorlage des Magistrats, wonach durch Notstandsarbeiten auf dem Gebiete der Stadtenwasserleitung in Höhe von 6,5 Millionen Mark Arbeitsgelegenheit für die Erwerbslosen geschaffen werden soll, verabschiedet. Die Vorlage war bereits im Haushaltsausschuß einstimmig gutgeheißen worden; gestern stimmten im Plenum ebenfalls alle Fraktionen dafür. — Am Anfang dieses Jahres stellte die sozialdemokratische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag, wonach der Magistrat ersucht wurde, sofort das bereits seit Jahren verabschiedete

Ortsgefeh über Reichsheimstätten, Gartengebiete und Dauerkleingärten

zu verkünden, damit die bei den Kleingärtnern herrschende Ungewissheit endlich beseitigt wird. Die Aussprache benutzte der Stadtvorstand (Komm.) dazu, die Beseitigung aller Generalpächter zu fordern, auch wenn es gemeinnützige Genossenschaften, Kleingärtnervereine usw. sind. Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion stellte Stadtvorstand Reinhold fest, daß wohl 1920 das Reichsheimstättengesetz erlassen wurde, 1927 der preussische Staat als bisher erster das Gesetz verabschiedete, daß aber die Stadt bis zur Stunde das Gesetz im Amtsblatt zu verkünden vergaß. Gegenüber dem Vorredner erklärte Reinhold, daß einer Propagierung der Kleingärten als Wohngebiete in dem von den Kommunisten geforderten Umfange nicht zugestimmt werden könnte, sollten nicht eines Tages die Kleingärtner schwer enttäuscht werden. Kleingärten sollten keine Wohngebiete, wohl aber Erholungsstätten sein. Wenn sich das in Berlin noch nicht wie in anderen Städten durchgesetzt habe, so sei allerdings die Wohnungsnot dafür als Entschuldigung heranzuziehen. Grundsätzlich solle man aber die Kleingärten als erweiterte Wohnstätten betrachten. Die von den Kommunisten sonst noch aufgestellten Forderungen seien zum Teil durch die Tätigkeit der Sozialdemokraten längst verwirklicht, zum anderen Teil zurzeit nicht erfüllbar. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Bei der Abstimmung über die am Dienstag beratenen kommunistischen Anträge wurde abgelehnt die Forderung nach völliger Einfuhr von Getreide, weil ein solcher Antrag vor einiger Zeit bereits von den Sozialdemokraten eingebracht und vom Plenum angenommen wurde. Durch

Uebergang zur Tagesordnung

erwidigt wurden die Protestanträge wegen des Verbots des Kampfmittels gegen das Rot-Front-Kämpfer-Verbot, das Verbot des

Roten Front-Kämpfer-Bundes und der Antifaschistischen Jungen Garde und schließlich der nationalsozialistische Protestantrag gegen das Verbot des Uniformtragens. Die Kommunisten lärmten heftig bei dieser Entscheidung der Versammlung. Der Ablehnung verfiel auch die Forderung der Kommunisten nach der Aufhebung des Erlasses des Provinzialschulkollegiums über Maßnahmen gegen die politische Verhinderung der Schuljugend. Dabei vertheidigte Stadtv. Schubring (Komm.) die von den Kommunisten herausgegebenen „Schulzeitungen“, deren Inhalt allerdings mit „Aufklärung“ der Schuljugend wahrlich nichts zu tun hat.

Nazi-Engel blamiert sich!

Daß in der Lindenhalle Blumen auch an Private verkauft werden, sollte der Magistrat nach einem Antrag der Nationalsozialisten verbieten. Stadtrat Ortmann (Soz.) bemerkte dazu, daß ein solches Verbot den Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung entgegenstehen würde. Herr Engel von den Nazis begann seine Rede gegen die Ausführungen Ortmanns mit dem Satz: „Herr Stadtrat Ortmann beruft sich hier auf die Reichsgewerbeordnung und ihrer Paragraphen, die doch sicher aus der Zeit noch vor dem Kriege stammen...! Unbändiges Gelächter war die Quittung für Herrn Engels dummes Gerede. Schließlich empfahl Engel den Sozialdemokraten, die Reichsgewerbeordnung zu ändern. Dann gab es noch einige lebhafteste Momente in den Verhandlungen. Die im Frühjahr vorigen Jahres vom Stadtverordnetenvorsteher Genossen Hah gehaltenen Rundfunkrede über die Ober-

bürgermeisterfrage in Berlin hatte die Nazis veranlaßt, in einem Antrag dem Vorsteher das Mißfallen auszusprechen und ihn aufzufordern, in Zukunft solche Reden zu unterlassen. Die Nationalsozialisten erlaubten sich, zur Begründung des Antrags einen Stadtverordneten namens Wenzel vorzuführen, dem man zwar seine Jugend nicht zum Vorwurf machen kann, wohl aber, daß er sich berufen fühlte, durch seine Sachkenntnis beschwerf, alte ehrenamtliche Kommunalbeamte wie den langjährigen Vorsteher Hah, Verwaltungsmassregeln zu geben. Das wurde dem Wenzel auch in Zukunft mit aller Deutlichkeit gesagt. Ueber seine Ausführungen ist nichts zu berichten, wohl aber ist festzustellen, daß die Kommunisten sich mit den Nazis gegen Hah solidarisierten und daß Stadtv. Widniewski (Komm.) den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion, Flatau, einen Achtlosheitsantrag stellte. Gegen solche Beleidigungen steben dem Vorsteher leider nur Ordnungsrufe als Disziplinarmittel zur Verfügung. Schließlich brachten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen Hah ein. Auf die Beleidigungen antwortete

Stadtverordneter Flatau (Soz.):

Die Person des Herrn Widniewski gibt mir keine Veranlassung, mich mit ihm zu beschäftigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wir begrüßen es, daß der Rundfunk zu aktuellen Tagesfragen Stellung nehmen läßt. In dieser Hinsicht haben wir schwere Kämpfe mit der Rundfunkverwaltung und den Ueberwachungsstellen geführt, uns poht heute noch nicht die Ueberobjektivität, die vom Rundfunk von den Vortragenden verlangt wird. Deshalb werden Sie, meine Herren, begreifen, mit welcher Distanz wir der Sache gegenüberstehen. Bei der Rundfunkrede des Vorstehers hatte der Rundfunk die Wahl zwischen dem Bürgermeister Scholz und dem Vorsteher Hah. Vielleicht hat Laftgefühl den Rundfunk veranlaßt, von dem Kollegen des früheren Oberbürgermeisters Böß, dem Bürgermeister Scholz, Abstand zu nehmen und den Vorsteher der Stadtvertretung um die Rede zu bitten. Wer die Rede gehört und sich ein

Kein Tag ohne Wild-West!

Neuer Raubüberfall in Neukölln — Pistolen auf die Brust

In die Tabakgroßhandlung der Firma Plagke in der Bärnerstraße 6 in Neukölln drangen gestern Abend zwei mit Pistolen bewaffnete Burschen ein und raubten annähernd 1000 M. Die Täter flüchteten in einer bereitstehenden Autodroschke und entkamen.

Der Inhaber des Geschäftes, Max Plagke, war kurz nach 19 Uhr zusammen mit seinem Schwager mit der Tagesabrechnung beschäftigt. Der Eingang zum Laden war unverschlossen, da es häufig vorkommt, daß noch in den letzten Minuten Kunden Waren abholen. Die Tür wurde plötzlich aufgerissen und zwei Burschen im Alter von etwa 25 Jahren stürzten mit erhobenen Schusswaffen herein. Unter dem üblichen Ruf: „Hände hoch“ ging einer der Eindringlinge auf die Kasse zu, während sich der andere an der Tür postierte. Plagke und sein Schwager mußten mit ansehen, wie der eine Räuber das Geld zusammenraffte und in seine Manteltasche steckte. Unter weiteren Drohungen verließen die beiden Beträger das Geschäft und liefen nach der Ecke Hohenstraße und Sanderstraße, wo eine Autodroschke mit laufendem Motor hielt. Die Räuber sprangen in den Wagen, der sofort mit Volldampf davonfuhr.

Offenbar haben die Täter noch einen dritten Komplizen gehabt, der am Steuer saß und auf die Rückkehr der beiden Banditen schon wartete. Die Autodroschke durfte zu dem geplanten und gelungenen Raub irgendwo gestohlen worden sein.

Tobfuchtiger verlegt zwei Polizeibeamte.

Der Schulenburgring in Tempelhof wurde gestern nachmittag durch einen Tobfuchtigen in große Aufregung versetzt. Am Hause Nr. 126 wohnt der 42jährige Knechtmeister a. D. Hans

von Arnim. Kurz vor 17 Uhr erlitt Arnim einen Tobfuchtsanfall. Er bewaffnete sich mit einem Dolch, bedrohte seine Angehörigen und lief auf die Straße hinaus. Beamte des alarmierten Ueberfallkommandos verfolgten den Tobfuchtigen den Dolch zu entreißen. Bei dem Handgemenge wurde der Wachtmeister Ullrich durch einen Stich in die rechte Hand und der Wachtmeister Ullrich am Kopf erheblich verletzt. Mit Hilfe mehrerer Beamter des zuständigen Reviers konnte der Tobfuchtige dann überwältigt und ins Irrenkrankenhaus geschafft werden.

Im Betriebe der Bergmann-Elektrozitatzwerke in der Seeferstraße 63-67 im Norden Berlins platze gestern das Zuleitungsrohr eines großen Kessels, so daß die Dampfmenge unter großem Druck ausströmte. Drei in der Nähe beschäftigte Arbeiter erlitten erhebliche Verbrennungen an den Händen.

Voruntersuchung gegen die Arbeitermörder.

Gestern sind vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts III folgende Voruntersuchungen eröffnet worden: Gegen den Kraftwagenführer Paul Markowski und sieben Genossen wegen Beteiligung an der Schlägerei, durch die der Tod des Arbeiters Max Schirmers verursacht worden ist; gegen den Schlägler Paul Freyer und fünf Genossen wegen Totschlages an dem Arbeiter Otto Grüneberg, verurteilten Totschlages, Kaufhandels und schweren Landfriedensbruchs. In der ersten Sache sitzen sechs Personen in Haft, in der zweiten eine Person, sowie drei von den bereits in der ersten Sache Inhaftierten. Die Verfahren sollen in beiden Sachen so beschleunigt werden, daß nach Möglichkeit noch im März die Schwurgerichtsverhandlungen gegen die Nazis stattfinden können.



Eines Morgens brachte Andreas die erste Ladung Stubbenholz zur Stadt; als er gegen Abend wiederkam, fanderte schon von weitem aufgeregtes Geschrei durch die Stille der Wildnis: er hatte Hühner mitgebracht; morgen konnte man einen Stall zusammenschlagen und in wenigen Tagen, sobald das hysterische Volk sich eingewöhnt hatte, Eier haben. Das Holz hatte gutes Geld gebracht, das Geld gute Hühner; am Abend saßen sie in der Bauhütte und bewunderten die fette Voghenne.

Ueberhaupt diese Abende in der Bauhütte! Der kleine, eiserne Ofen bullerte, die Holzscheite platzten tosend in den Flammen, und der alte Arbeiter meinte, man höre wohl, daß dies eine Kanone sei; sie lächelten lustig und lachten herzlich, als es wieder donnerte und Andreas Korn wipfelte, dies sei schon eher eine ganze Batterie. Sie machten den Wig jeden Abend und freuten sich immer wieder darüber; aber es war auch jeder Abend gleichermassen gemühtlich, ob der Regen tausendfüßig über die Dachpappe trappelte oder ein weicher Wind auf Socken drüberschlich. Immer hieben die Flammen im Ofen, die man durch die breiten Ritzen im Ofen deutlich sah, die Kälte mit kleinen, spitzigen Schlangengebissen ins Dunkel zurück, immer verjagte das fröhlich erregte Durcheden des Bauplans die dunkle Stille der Wildnis.

Und sie war doch mächtig, diese Wildnis; mächtig und feindlich. Seit die letzten Holznechte sie verlassen hatten mit den logen ihrer Baumkinder auf den Wagen, rufend und schreiend wie taktlose Leichenwagenführer, die nach dem Begräbnis eilig nach Hause wollen und ihre Gänge antreiben und der Stätte des Todes nicht achten: seither hatte niemand diesen Kirchhof betreten, niemand den morschen Frieden der vieltausend Baumgräber gestört. Nun waren da wieder Menschen; Wesen also, die nicht bauen können, ohne zu zertrümmern. Einen Morgen Vand schon hatten Heidekraut und Wacholder, hatten Hasen und Kaninchen, hatten Singvögel

und Raubvögel an diese drei Menschen verloren; wie viele würden es noch werden?

An der erhöhten Stelle, die das Haus tragen sollte, nahm die Wildnis den Kampf auf. Hier hatten die ältesten, festesten Bäume ihre Heimat gehabt. Die Stubben klammerten sich mit ihren Wurzelkrallen aus aller Kraft in den Sand; manchmal gruben die Menschen einen vollen Tag, bis einer von ihnen wich. Es vergingen längere und längere Zeiträume zwischen den Vertaufsfahrten in die Stadt, es war Ende Mai geworden, und der Grundstein zum Hause war noch nicht gelegt.

Trotzdem blieben sie guten Mutes; man würde den Zeitverlust schon einholen, wenn man nur erst bauen konnte. Die Kartoffeln, die man in den künstlich gedüngten Boden des künftigen Gartens gesteckt hatte, gingen schon ins Kraut, und die Hühner gediehen und legten fleißig.

Die Wildnis wartete, bis Andreas wieder mit dem Wagen in der Stadt war; dann sandte sie den Habicht.

Der Habicht schlich nicht heran, er kreierte, jedem sichtbar, hoch oben im Blau und rief die helle Kampfanlage hinunter. Aber Luise stand in der Hütte und lachte das Mittagessen auf dem bullernden Ofen, und der halb taube Arbeiter grub sich an einen Stubben heran. Nur die Hühner hatten den Schrei gehört, liefen, leise piepend, dem rettenden Stalle zu, oder legten sich auf den Sand, den Kopf in den Flügeln, sahen erdgrau aus wie Maulwurfsbauten... umsonst.

Etwas wie eine fallende Kugel; ein Sausen von breiten Flügeln; ein schriller, todestoller Schrei: zwei scharfe Fänge gruben sich in den feststen Rücken der fettesten Heime, trugen sie nach oben, hoch hinauf, zerrissen sie noch in der Luft; als Luise vor die Hütte trat, flogen ihr blutige Fehgen vor die Füße; langsam schwebten die Federn herab, mit kurzem Knacken schlugen die Knochen in den Sand.

Sie erschrak: nicht nur des Verlustes wegen: ihr graute vor diesem unheimlichen, stummen Ausderluftfallen gemordeten Fleisches. Sie begriff etwas von dem Kampf, der da begann. Auch sie nahm ihn freilich auf: sie sah den Habicht auf den Wald zustreichen und merkte sich die Richtung. Dort mußte das Nest liegen, das man zerstören und vielleicht ausnehmen konnte.

Am Abend aber war alles Bedeufsame vergessen; ein trauriger Zufall war übrig geblieben. Andreas brachte eine Ziege mit; die fand noch Platz im Schuppen und würde Milch geben, wenn man das Futter auch vorerst kaufen mußte, ebenso wie den Hafer fürs Pferd; er hatte gleich davon mitgebracht.

Sie gingen noch einmal an den winzigen Bach, der blaß und schmal durch ein Wiesenthal in den See ging, und suchten sich ein Stück Wiese aus, das wollten sie pachten, um Heu und Futter zu haben; eng untergedacht kamen sie zurück, wie junge Leute... Ja, sie hatten Courage!

Der nächste Monat brachte eine ganze Reihe von Festen; Feste, die in der Welt draußen nicht bekannt waren und niemanden etwas angingen außer Kornis; das machte sie so schön. Da ist zunächst jene Frühe zu nennen, in der Luise durch ein Burgeln, Quetschen, Blüchen aus dem Schlam und ihrer Bauhütte gelockt wurde... ein Quetschen freilich, das für ihre Ohren dem Gesang der Lerche nicht unähnlich und bestimmt überlegen war: hatte der Andreas doch richtig schon den Kesselbrunnen fertig bekommen und pumpte eben das erste Wasser in die Eimer! Das war eines der großen Feste; denn es bedeutete nicht nur, daß Luise nicht mehr hinunter zum Bieckebach würde gehen müssen, um Wasser zu schöpfen; das Burgeln der Pumpe war auch der Hallodrsruf, der dem Hausbau voranging; Wasser war da für Röll und Rörtel, Wasser, mit dem man dereinst würde kochen und abwaschen und wieder kochen können in der künftigen Küche... Wasser! Und Andreas, und der Arbeiter tranken zu Ehren des Wassers einen Schnaps.

Als feierlich muß aber auch der Tag bezeichnet werden, an dem Andreas die große Entdeckung des Baumausrodens gelang. Bisher hatte man die Stubben ausgebuddelt bis fast auf den Grund, metertiefe, tagelang; wie aber, wenn man sie von vornherein ausdrehte? Eine Kette fest herumwand, einen Hebebaum durch eine Schlaufe mit der Kette verband, den Hans an den Hebebaum seilte und im Kreise herumführte?

Ah, was war doch der Hans für ein brauchbares Tier! Jedes andere Pferd, das mit auch nur bescheidenem Temperament gestraft war, wäre unweigerlich nerods, widerpenstlig, irre geworden über dem Stolpern, Fallen, Versinken in den Stubbenlöchern. Hans aber war in seinem bisherigen Leben bei einem Ruppiner Pastor bedienstet gewesen; und da vor Gott tausend Jahre sind wie ein Tag und wie eine Nacht, so war von solcher majestätischen Ruhe ein gerüttelt Maß wohl auch auf den geistlichen Herrn und sonderlich auf seinen Gaul übergegangen. Hans jedenfalls drehte stürzend, aufstehend, wieder stürzend und wieder aufstehend sich im Kreise und den Stubben um sich selbst, bis dem ein geslochterer Kopf gewachsen war aus wirrfröhigen Wurzeln und ein letztes Krachen seine Verbindung mit dem heimlichen Erdreich endgültig löste. (Fortsetzung folgt.)

objektives Urteil bewahrt hat, der muß die Objektivität der Rundfunkrede bestätigen. Die Sozialdemokraten haben seine Verantwortung, zu den Anträgen anders als durch Ablehnung Stellung zu nehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Für den Antrag stimmten die Nazis, die Kommunisten und die Deutschnationalen im traulichen Verein. Der kommunistische Mißtrauensantrag wurde, weil er als Zusatzantrag eingebracht war, als unzulässig erklärt.

Nazimann als Clown.

Der Nationalsozialist Engel hatte gestern offenbar das Bedürfnis, ein für allemal zu beweisen, daß er in der Versammlung die Rolle des weißgeschminkten Mannes aus dem Zirkus spielen will. Während der Begründung eines Protestantrags gegen die Krankenversicherungsreform der Reichsregierung meinte Engel, Hitler hätte das Schicksal Deutschlands in Händen! Das gab denn noch einmal ein homerisches Gelächter im Hause, in das selbst die Deutschnationalen mit einstimmten. Schallendes Gelächter überlebte Herrn Engels lautes Organ auch weiter und so mußte er abtreten.

Nach Behandlung einiger rein demagogischer Nazianträge, wobei ein Antrag auf Auflösung des Landtags durch Uebergang zur Tagesordnung sehr schnell erledigt wurde, vertagte sich das Haus gegen 21.30 Uhr.

Warum Rabliq mordete.

Schulden drückten ihn. — Suche nach der Brieftasche.

Der wegen Raubmordes verhaftete Händler Johannes Rabliq kann bis auf weiteres keinem neuen Verhör unterzogen werden, da die überstandene Operation ihn geschwächt hat. Es werden etwa zwei bis drei Wochen vergehen, bis er nach Auszuge der Ärzte kräftig genug ist, eine Vernehmung durchzuhalten.

Inzwischen ist von Kriminalbeamten bei Kamunroje nach der Brieftasche des Ermordeten gesucht worden, die Rabliq angeblich dort in den Chaussee-Graben geworfen hat. Da in der Gegend alles unter hohem Schnee liegt, war die Suche erfolglos. Das Motiv des Verbrechens ist darin zu suchen, daß Rabliq dringend Geld gebraucht. Am Tage vor dem Mord hatte er sich bereits von einem Bekannten etwas geliehen, denn nicht nur seine Frau bedurfte neuer Mittel, er hatte auch die Brotrechnung an die Fischer Lieferanten noch nicht beglichen. Das Darlehen reichte aber zur Deckung seiner Verbindlichkeiten noch nicht aus, er mußte daher sich mehr Geld zu verschaffen. Seine Schwiegermutter, eine tüchtige Geschäftsfrau, hatte bei der Einheirat des Rabliq in die Familie erwartet, von ihm leistungsfähige Unterstützung zu finden. Bald aber zeigte sich, daß seine Verschwendungssucht und sein Hang zum leichtfertigen Lebenswandel das Geschäft statt zu heben, zugrunde richteten. Seine Angehörigen haben sich durch sein sicheres Auftreten völlig täuschen lassen, niemand ahnte, in welchen Schulden Rabliq steckte.

Der Untersuchungsrichter des Landgerichts Potsdam hat heute gegen den Händler Johann Rabliq aus Berlin die Voruntersuchung wegen Mordes an dem Chauffeur Ponik eröffnet und außerdem gegen Rabliq, der sich zurzeit als Polizeigefangener im Staatskrankenhaus Potsdam befindet, Haftbefehl erlassen.

Auch ein „Stellenvermittler“.

Jede Personalschiebung für 100 M. — Das Geschäft blühte.

Eine kleine Nebenannahme hatte sich der Kanzleiangestellte beim Kammergericht M. dadurch zu verschaffen gewußt, daß er unter Einlegung seines Einflusses junge Leute aus seinem Bekannntkreis gegen Zahlung von 100 Mark in der Kanzlei unterbrachte.

Das war ihm seit 1926 in etwa vier bis fünf Fällen gelungen. Als Vorwand für die Bezahlung gab er an, daß er den Vorkäufer, der ebenso großen Einfluß wie er habe, bestechen müsse, eine Angabe, die sich später als falsch erwies und die dem smarten Kanzleischreiber jetzt eine Anklage wegen Betruges einbrachte. Es hatte sich nämlich auch der Vetter eines von ihm untergebrachten Bekannten mit derselben Bitte an ihn gewandt, und er hatte sich von diesem unter den gleichen Angaben 75 M. zahlen lassen. In diesem Falle scheiterte der Versuch aber, den jungen Mann in der Kanzlei unterzubringen, denn es war eine Sperre eingetreten. Aus Verger deckte der junge Mann den Fall auf. M. wurde vom Schöffengericht Charlottenburg wegen Betruges zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, erhielt aber Bewährungsfrist gegen Zahlung einer Buße von 75 M. an die Staatskasse. Ein mehr als mildes Urteil, wie uns scheinen will.

Auf Schupo-Übungsplatz erschossen.

Ein Zwanzigjähriger durch Kopfschuß getötet.

Kaiserslautern, 12. Februar.

Der 20 Jahre alte Schreiner Weil aus Kaiserslautern betrat mit einem Freund den Schießplatz der Bereitschaftspolizei. Trotz wiederholten Anrufs durch den wachhabenden Beamten, der die beiden zum Stehenbleiben aufforderte, flüchteten sie in den anliegenden Wald. Im Dickicht nahm Weil gegen den verfolgenden Beamten eine drohende Haltung an. Der Polizeibeamte machte von der Schußwaffe Gebrauch und verletzte Weil durch einen Kopfschuß so schwer, daß er bald darauf starb.

Todessturz vom Baum.

Beim Beschneiden der Straßendäume in der Gleditschstraße verunglückte gestern nachmittag der 63jährige Gärtner Hermann Kolbe aus der Krumme Straße 61 zu Charlottenburg tödlich. Kolbe stürzte aus etwa acht Meter Höhe auf den Bürgersteig hinab, wo er mit einem schweren Schädelbruch bewußlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde in das Elisabeth-Krankenhaus in der Bülowstraße gebracht, wo bei seiner Einlieferung nur noch der Tod festgestellt werden konnte.

Eröffnung der päpstlichen Sendestation.

Gestern nachmittag um 1/17 Uhr hat der Papst die vatikanische Radiostation mit einer Ansprache eröffnet. Die Station wurde ihm feierlich von dem Erbauer, Senator Marconi, mit einer Begrüßungsansprache übergeben. Der Erfinder betonte, damit werde der Papst zum erstenmal zur ganzen Welt sprechen können. In der Tat waren zahlreiche europäische und amerikanischen Rundfunkstationen an die vatikanische Sendestation angeschlossen. Der Papst sprach über eine Viertelstunde lang lateinisch. In seiner Botschaft wendete er sich an die ganze Welt, an alle Gläubigen und Ungläubigen, an die Regierungen und die Völker, Reiche und Arme, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Bedrängte und Retter. Der Papst ersuchte vor allem den Frieden Gottes.

Wüstlinge in den Parks

Helft die Anlagen schützen! — Rowdies am Werk

In den letzten Monaten mehren sich die Fälle, daß die für die Bevölkerung geschaffenen Einrichtungen in den öffentlichen Parkanlagen von unverantwortlichen Elementen in böswilliger Weise beschädigt oder vernichtet werden.

So sind im Treptower Park, Plänterwald und Volkspark Wuhlheide mehrfach Sitzbänke mit den massiven Sockeln aus dem Erdboden gerissen und umgeworfen worden. In einem Fall haben die Unzufriedenen im Plänterwald sogar eine Bank über die Heckenpflanzung der Spreepromenade in die Spree geworfen. Dittmals sind Wegweiser und andere Tafeln mit den Pfählen abgebrochen und über Fußwege gelegt worden. Ferner wurden vor Weihnachten insbesondere aus den Beständen des Volksparks Wuhlheide eine Anzahl der vor Jahren gepflanzten Douglasstannen abgeknippt und von besonders großen und schönen Exemplaren die Spitzen herausgesägt.

In einem Fall ist es gelungen, sieben junge Burschen auf frischer Tat zu ertappen, die einer empfindlichen Strafe entgegensehen.

Die Erneuerung der zerstörten Gegenstände und die notwendigen Wiederherstellungsarbeiten erfordern erhebliche Mittel, die sich bei der angespannten Finanzlage der Stadt doppelt bemerkbar machen und die ohnehin schon knapp bemessenen Gelder für die Unterhaltung der Parkanlagen einschränken.

Die wenigen mit der Aufsicht betrauten Wächter können bei der großen Ausdehnung der Parkanlagen nicht jede Sachbeschädigung verhindern und die Täter stellen. Sie sind in weitestgehendem Maße auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Helft daher unsere schönen Parkanlagen mit schützen und meldet jeden Fall, wenn unsaubere Elemente die mit öffentlichen Mitteln geschaffenen Einrichtungen beschädigen oder vernichten.

Planetarium bedroht!

Opfer der Sparmaßnahmen? — Schließung notwendig?

Die katastrophale Finanzlage der Stadt Berlin zwingt den Magistrat zu immer neuen Sparmaßnahmen. Auch vor den Kulturbedürfnissen wird nicht halt gemacht. Nach einem in der letzten Magistratsitzung gefaßten Beschluß soll veräußert werden, einen Weg zu finden, der die bisher notwendig gewesene Zuschußleistung für das Planetarium am Zoo überflüssig macht. Es schweben Verhandlungen mit einigen Stellen, die sich erbötig

gemacht haben, den Betrieb des Planetariums lukrativer zu gestalten. Ob man hier zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis kommen wird, ist aber noch ganz ungewiß. Scheitern die Verhandlungen, droht die völlige Schließung des künstlichen „Himmelsdomes“.

Vor wenigen Jahren wurde das Berliner Planetarium mit großen Erwartungen eröffnet und manche deutsche und außerdeutsche Stadt blickte voll Neid auf diesen interessanten, modernsten Bau, den sich die Reichshauptstadt da geleistet hatte. Leider hat das als Lehrinstitut für alle gedachte Haus nicht das Interesse bei den Berlinern gefunden, das man voraussehen durfte. Die Besuchsziffern sind von Jahr zu Jahr zurückgegangen. Trotzdem wollen wir im Interesse der Lehrgängigen hoffen, daß eine Schließung vermieden werden kann. Schließlich sind es ja auch nur Miniaturbeiträge, die bei dieser „Sparmaßnahme“ herauskämen.

„Berlin soll in den Reichsrat!“

Diese Forderung erhob gestern abend in diesen Bettern ein Spätabendblatt des Illstein-Verlages. Das Blatt berief sich auf einen Plan für die neue Stadtverfassung des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Dr. Kulert, des „ausichtsreichsten Bewerbers um das Amt des Berliner Oberbürgermeisters“, den dieser angeblich in nächster Zeit in einer Zeitschrift veröffentlichen werde. Entweder ist nun das Illstein-Blatt schlecht unterrichtet, oder der Berichterstatter hat den Präsidenten des Städtetages einfach nicht verstanden. Denn die Forderung Berlin in den Reichsrat zu lassen, kann Dr. Kulert bestimmt nicht erhoben haben, weil — nun weiß Berlin seit langem seinen Vertreter im Reichsrat zu sitzen hat! Die Reichshauptstadt ist in diesem Falle einer Provinz gleichgestellt. Sie entsendet einen Vertreter in den Reichsrat, der vom Magistrat gewählt wird. Zurzeit vertritt die Interessen der Stadt im Reichsrat Bürgermeister Schölk, als Stellvertreter fungiert der sozialdemokratische Stadtrat Wukly. Der erste Vertreter Berlins im Reichsrat war übrigens der Sozialdemokrat Ritter. Im preußischen Staatsrat ist Berlin mit acht Mitgliedern vertreten, die von der Stadtvertretung gewählt werden. Für die Sozialdemokraten arbeiten im Staatsrat Stadtverordnetensprecher Hah und der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetensfraktion Genosse Erich Plateu.

Betrügerische Bankdirektoren.

Es geht um acht Millionen Dollar.

New York, 12. Februar.

Der zur Untersuchung der Betrügereien bei der vor einigen Monaten geschlossenen (nicht staatlichen) Bank der Vereinigten Staaten eingesezte Ausschuss hat gegen acht leitende Persönlichkeiten der Bank schwere Beschuldigungen erhoben. Es handelt sich um insgesamt 30 Betrugsfälle.

Die Beschuldigten sind der Präsident der Bank, Bernard Marcus, der Rechtsanwalt und Direktor der Bank, Isidor Kresel, sowie die Direktoren Paul Singer, Henry Pollak, Simon Kugel, Stanley, Mitchell, Alexander White und Herbert Singer. Die Beschuldigungen hängen zusammen mit einer großen Transaktion über nicht weniger als acht Millionen Dollar (etwa 34 Millionen Mark). Bei der öffentlichen Untersuchung über die Schließung der Bank stellte sich heraus, daß eine ganze Wagenladung von Aktien der Bank der Vereinigten Staaten im vergangenen November in dem Hause eines der Beschuldigten verbrannt worden ist. Insgesamt wurden dabei 1000 Bündel Aktien vernichtet.

1930: 4 332 000 Berliner.

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin belief sich die Einwohnerzahl der Reichshauptstadt am 31. Dezember 1930 auf 4 332 034 Köpfe, was gegen den Anfang des Jahres ein Weniger von 14 403 Köpfen bedeutet. Dieses Weniger setzt sich zusammen aus einem Wanderungsoberfluß von 8537 und einem Sterbeüberschuß von 8866 Köpfen. Es waren nämlich im Jahre 1930 nach Berlin zugezogen 283 471, von Berlin fortgezogen 292 008 Personen, während die Zahl der Lebendgeborenen 42 810 (9,9 vom Tausend der Bevölkerung) und die der Gestorbenen 48 676 (11,2 vom Tausend) betragen hatte. Gestorbene im 1. Lebensjahr wurden 3172 (7,4 vom Hundert der Lebendgeborenen), Lebendgeborene 1576 (0,4 vom Tausend der Bevölkerung) ermittelt. Die Zahl der Eheschließungen endlich hatte 45 426 (10,5 vom Tausend der Bevölkerung) betragen.

Der neueste KPD-Schlager.

Wie tief im „Arbeiter“, dem Zentralorgan des Deutschen Reichsbundes K. P.:

Frohlockend und in sensationeller Aufmachung trompetet die KPD-Presse seit einigen Tagen die Mitteilung heraus, daß eine neue Korruption in unserem Verbands aufgedeckt worden wäre. 17 000 M. seien unterschlagen worden, und hieron hätte allein der Hauskassierer Haack 13 000 M. veruntreut.

Die Wirklichkeit sieht auch in diesem Falle wieder ganz anders aus. Tatsächlich haben zwei Berliner Hauskassierer, indem sie sich gegenseitig an Abrechnungsstagen Karten austauschten, durch ihr Zusammenarbeiten 2000 M. zu veruntreuen vermocht. Beide wurden sofort strafflos entlassen und Strafanzeige gegen sie erhoben. Der eine ist bereits zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Die materielle Schädigung des Verbandes konnte dadurch vermindert werden, daß uns eine Sicherheitshypothek auf ein Grundstück, die in monatlichen Ratenzahlungen amortisiert wird, übertragen wurde. Der Hauskassierer Haack hat weder 13 000 M. noch irgendeine Summe unterschlagen. Er hat lediglich dem einen der erwähnten Hauskassierer Beitragsmarken im Werte von 50 M. geliehen. Da das gegenseitige Auslösen von Beitragsmarken streng verboten ist, wurde ihm wegen dieser dienstlichen Infortretheit gekündigt. Das ist der ganze Sachverhalt, den die KPD-Presse in Ermangelung anderer Parolen jetzt sensationell aufzumachen versucht.

Besser würde sie allerdings handeln, wenn sie zunächst einmal die Korruption in ihrem eigenen Lager beseitigen würde. Koch steht an der Spitze der kommunistischen Partei der Reichstagsabgeordnete Thälmann, der sich immer noch nicht von dem Verdacht gereinigt hat, die Unterschlagungen seines Schwagers Bittorf geduldet, wenn nicht gar gefördert zu haben. An der Spitze der kommunistischen Partei steht auch immer noch der Reichstagsabgeordnete Beom, der es nicht wagt, die zu verlagen,

die ihm die Veruntreuungen von Arbeitergeldern vorwerfen und weiter vorwerfen, daß er diese veruntreuten Gelder in obskuren Nachtlokalen verprast habe. Vor Wochen erst wurde der Kommunistenführer Stolt als Kandidat für den Bürgermeisterposten von Leipzig genannt, und diesem selben Stolt wurde im Verleumdungsprozeß gegen Genossen Sievers erst vor einigen Monaten im Gerichtssaal nachgewiesen, daß er trotz Unterschlagung von Arbeitergeldern in seiner Kandidatur von der KPD nicht gehemmt wurde.

Wird in unseren Reihen ein unehrliches Subjekt festgestellt, so fliegt er. In der KPD kann ein solcher Mensch trotzdem die höchsten Ehrenposten bekleiden.

Sachen im Kabarett der Komiker.

„Musizierte Conferenzen“ ist der neue Coup, mit dem Kurt Kobitschek die Kurfürstendammler in sein Theater holt. Und er macht es, unterstützt von ersten Berliner Bühnenkünstlern, wahrhaft großartig und amüsant. Diese kurzen Szenen, die zwischen die eigentlichen Programmnummern geschaltet werden, sind ein Gewinn, weil sie geistvoll sind. Diesmal gibt es im Programm keine Miete! Elisabeth Grube, Daisy Spies und Rudolf Kölling müssen an ihrer Stelle genannt werden. Besonders markant, auffallend, der „Machinenmensch“ Köllings. Eine tänzerische Hochleistung! Somit gibt es viel zu lachen! Miller and Wilson, eine sehr gute exzentrische Darbietung; der Programmzettel verzeichnet stolz: Zum ersten Male in Berlin. Zwei sehr sympathische Künstler von drüben. Manny Zlener bringt neue Berliner Chansons lustig und anregend. Der Tanzkomiker Sherlott und nicht zuletzt Agar Young mit ihrem schlauen „Kob“, tragen viel zu der Galgenhumorstimmung bei, in der die Gedanken über fällige Wechsel, nicht bezahlte Rechnungen und über den bevorstehenden Besuch des besetzten Herrn mit den bekannten Worten schnell ins Unterbewußtsein geschoben werden. Zum Schluß bekommen wir noch zwei unserer besten Komiker vorgeführt: Hans Moser und Hans Bahmann, in einer Posse „Die große Attraktion“. Es bleibt eine Freude, wenn man die beiden Künstler auch lieber in dankbareren Rollen gesehen hätte.

Kreispruch im Potsdamer Brandstiftungsprozeß.

Im Berliner Reineidsprozeß wurden familiäre Angeklagten auf Staatskosten freigesprochen, da nicht festgestellt werden konnte, ob die Miete durch Menschenhand oder durch Selbstentzündung in Flammen aufgegangen war. Die drei angeklagten Arbeiter Senft, Kant und Lembke hatten in der Verhandlung den angeklagten Gutsbesitzer und den Kaufmann Herzberg auf das schwerste belastet. Hornemann möchte zugeben, daß die Arbeiter im ganzen 250 Mark Gelder von ihm bzw. von Herzberg erhalten hatten.

Branchen-Fernsprechbuch 1931. Wie der Verlag des BTB. Branchen-Fernsprechbuches für Groß-Berlin und Umgebung mitteilt, wird das Branchen-Fernsprechbuch Ausgabe 1931, nicht nur auf Wunsch, sondern ohne weiteres zusammen mit dem ähnlichen Fernsprechbuch durch die Bestenstellen an die Teilnehmer am Fernsprechbuch Groß-Berlin (Hauptanschlüsse) kostenlos abgegeben.

Paul Graek, der uns allen bekannte Künstler, veranstaltet am kommenden Sonntag, um 20 Uhr, im Beethoven-Saal, Köthener Straße, einen eigenen Vortragsabend unter dem Titel „Berliner Silberbogen“. Graek spricht unter anderem aus dem Wert von Arno Holz und Rehring, vor allem aber keine fröhlicheren Berliner Mittelständler, um die wir ihn schon lernten. Eintrittskarten sind von 1 M. an an der Abendkasse zu haben.

LICHONID schützt vor Grippe bei Husten Heiserkeit

und allen Erkrankungen der Atmungsorgane

erfrischend u. beliebt

4. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 13. Februar, 11 Uhr, im
 Clubhaus, Panziger Straße Ecke Prenzlauer Höhe, Pflanzgarten: "Wahl-
 tront 1934". Einisch ab 10 1/2 Uhr. Eintrittspreise 60 Pf. Größtenteils
 Parteimitglieder erhalten gegen Ausweis Freisitze an der Kasse.

- 16. Kreis Köpenick. Bildungsausschuss: Der Kursus des Genossen Gurland
 1931 heute aus. Nächster Kursusabend Freitag, 20. Februar, 20 Uhr.
 Achtung, Auswahlmittglieder! Heute, 20 Uhr, Sitzung, Schloßstraße, Bibliothek.
 Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig, da letzte Sitzung vor der
 Wahl.
- 17. Kreis Friedrichshagen. Soz. Ortsgruppe und Lehrer: Heute, Freitag, 13. Febr.
 um 20 Uhr, in der Schule Schornbergstraße, Sitzung im Zimmer 27.
 Vorhandenwähren.
- 19. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 13. Februar, 19 1/2 Uhr, im Bezirksamt,
 Etkunowgäßchen. Vortrag des Genossen Dr. Schumacher-Stutgart, R. d. R.

Heute, Freitag, 13. Februar.

- 15. Vst. Wannsee. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Lindenhof, Am
 Wilhelmshagen. Vortrag des Genossen Dr. Schumacher-Stutgart, R. d. R.

Morgen, Sonnabend, 14. Februar.

- 21. Vst. Ab 20 Uhr geschlossenes Beisammensein der Parteigenossen im Lokal
 unseres alten Parteimitglieds Wilhelm Goldschmidt, Stolpische Str. 26.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt

- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Freitag, 13. Februar, 19 1/2 Uhr, im Bezirksamt,
 Etkunowgäßchen. Vortrag des Genossen Dr. Schumacher-Stutgart, R. d. R.

Arbeiter-Bildungsschule.

- 10. Kreis Friedrichshagen. Der Kursus des Genossen Dr. Otto Wänders: "Gesetz-
 rüchlich" beginnt heute abend im Sonnenheim Schloßstr. 2. Neue Teilnehmer
 können sich hier melden.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

- Antworte Gemeindefürsorge mit Martin Kleiser jeden Freitag 20 Uhr
 Anbauhilfsstelle Dönhofsplatz, Berlin.
- Kreis Prenzlauer Berg. Unter Woche abends im Februar findet nicht am 20.,
 sondern am 26. Februar statt.
- Gruppe Weihen: Sonntag, 13. Februar, Fahrt Bernau-Weihen. Treff-
 punkt 7 1/2 Uhr Dönhofsplatz. Dienstag, 17. Februar, 20 Uhr, Beisammensein bei
 Matzner, Bernauerstr. 17.
- Kreis Köpenick: Sonntag, 13. Februar, um 17 Uhr, Beisammensein für alle
 Familien im Heim Gendarmenstraße. Preisliste mitbringen. — Gruppe Sicht-
 kämpfer: Heute, Freitag, um 17 Uhr, Turnabend für alle in der Turnhalle
 der Hochschule Panz. 126. Turnschuhe und -hände mitbringen.

Geburtstage, Jubiläen usw.

- 15. Vst. Unter Genosse Bernhardt Halle, Seinerländer Str. 102.
 Lokal, besuch heute seinen 60. Geburtstag. Wir wünschen ihm auch fernwärts
 Wohlergehen und beste Gesundheit. — Die Arbeitsgemeinschaft.
- 17. Vst. Schöneberg. Unter Genossen Gulland, Gulland, Hermann
 Tannenberg und Heinz Paulsch im Jubiläum des 25jährigen Partei-
 jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

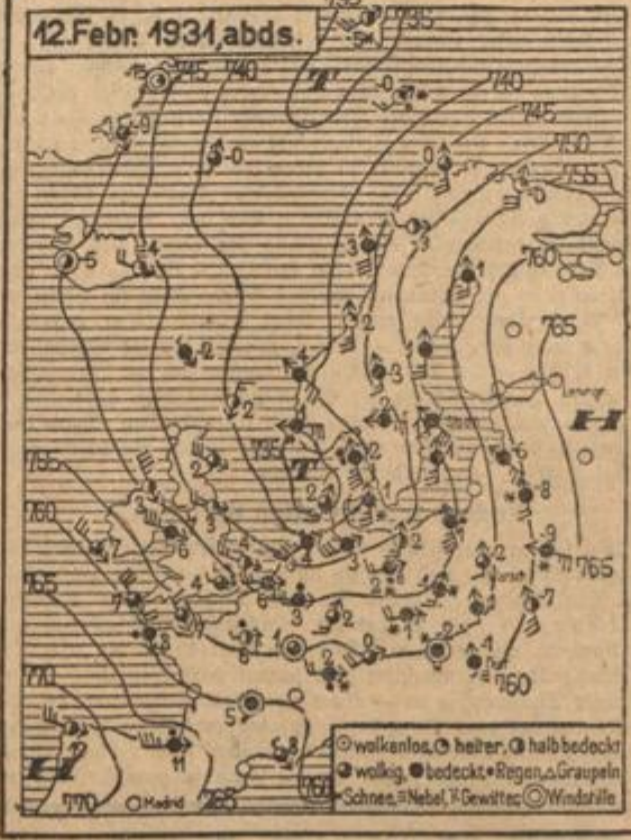
- 7. Vst. Die Beisammensein der WdO unseres verstorbenen Bezirksführers
 Otto Wänders ist Sonnabend, 14. Februar, 14 1/2 Uhr, auf dem Zentralfriedhof
 Friedrichshagen. Sie bitten um zahlreichste Teilnahme.
- 21. Vst. Unter Genosse Paul Dillig, Reinickendorfer Str. 21, ist im
 Alter von 41 Jahren verstorben. Erbe seinem Andenken! Die Einzelbestattung
 hat bereits stattgefunden.
- 23a. Vst. Mahlerstr.-Bld. Unter Genosse Genosse Schmitt ist am
 2. Februar nach langer Krankheit verstorben. Erbe seinem Andenken! Ein-
 bestattung Freitag, 13. Februar, 15 1/2 Uhr, Krematorium Baumhagenweg. Wie
 erportiert wird Bestattung.
- 23b. Vst. Reinickendorfer. Unter Genosse und Reichsbannerkamerad
 Gulland ist am 2. Februar verstorben. Erbe seinem Andenken! Be-
 stattung Sonnabend, 14. Februar, 16 Uhr, von der Leichenhalle in Reinickend.
 Wilmersdorf bei Genossen vom Genossen Wiesel um 14 1/2 Uhr. Reges Beisammensein
 wird erwartet.

Oeffentliche Versammlung

6. Abteilung. Montag, 16. Februar, 20 Uhr, in Hoffmanns Festsälen,
 Schwedter Straße 23. Thema: **Gegen den Faschismus!**
 Redner: Dr. Julius Moses, M. d. R.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Allgemeine Wetterlage.



Am Donnerstag stand das Wetter in Deutschland weiterhin
 unter dem Einfluss westlicher Winde. Fast überall im Reich kam
 es zu mäßigen Niederschlägen, die infolge des polaren Ursprungs
 der westlichen Winde meist als Schnee fielen. Die Temperaturen
 stiegen nirgends über 6 Grad C. Die westlich von Dänemark be-
 findliche Depression wird ihren Weg voraussichtlich langsam nach
 Ostwärts fortsetzen. Daher wird unser Bezirk auch in den nächsten
 beiden Tagen im Bereich des kühlen westlichen Luftstromes an
 der Südküste der Depression verbleiben, so daß wir zunächst mit
 ziemlich unbeständigem Wetter rechnen müssen.

Wetter für Berlin: Nachts, meist stark bewölkt mit einzelnen
 Schauern, Temperaturen am Tage nur wenige Grade über Null,
 böige westliche Winde. — **Für Deutschland:** Größtenteils ziemlich
 unbeständig mit einzelnen Schauern, nur im Südwesten des Reiches
 etwas Beruhigung des Wetters. An der Ostküste zeitweise
 stürmisch. Temperaturen nirgends wesentlich verändert.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**
 Geschäftsstelle: Berlin E. 14, Gedächtnisstr. 37-38, Hof 2. Etz.
 Freitag, 13. Februar. **Lieserles, Kameradschaft Wehen:** 20 Uhr
 Kameradschaftsversammlung mit Vorträgen bei Riedert, Greinewitz 26.
Referat des Kameraden Söllau über „7 Jahre Reichsbanner“: Friedrichshagen,
 Kameradschafts-Komitee: 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Wendel, Wilmers-
 dorf Str. 18. **Erdweihen Militär, Kämpfer (Kameradschaft):** 20 Uhr bei Schulz,
 Fährhofstr. 34. **Versammlung der Schulz, Wasserparteiabteilung, Aus Oberbrenn:**
 19 Uhr Generalsammlung im Restaurant am Schiller, Schillerstr. 136. **Wasser-
 partei:** 19 Uhr Generalsammlung in Ewalds Vereinshaus, Schillerstr. 136. **Wasserpartei-
 abteilung, Aus Oberbrenn:** 19 Uhr Treffpunkt Sportplatz, an der Gendarmen-
 straße, in Friedrichshagen zur Wanderung. **Aus Teget:** 16 Uhr Kaffee-
 versammlung im Posthaus, Wichtige Tagesordnung. Vortrag, Gäste will-
 kommen.
- Reichsbanner „Republik“.** Sportplatz Friedrichshagen: Sonnabend, 14. Febr.
 um 20 Uhr, 4. ordentliche Generalsammlung des R.R.G. Berlin-Osten bei
 Riedert, Weidenstr. 26. Die Parteimitglieder sind herzlichst eingeladen und
 die Besucherzahl für 1934 ist sehr hoch. Somit sehr attraktiv! Die Mit-
 glieder sind von den R.R.G.-Ortsvereinen eingeladen. — **Ortsrat Köpenick:**
 Sonntag, 13. Februar, ab 14 Uhr, Mitgliederversammlung im Wilhelmshof, Rabe
 Str. 17, Friedrichshagen. Anschließend Generalsammlung. Nachher gemütliches
 Beisammensein mit Angehörigen.

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Berlin.

- Geschäftsstelle: R. 24, Gr. Hamburger Str. 20. Tel.: B 1 Norden 3348.
 Vst. Spandau: Sonnabend, 14. Februar, um 20 Uhr, in Spandau,
 Lokal „Am Brühl“, Charlottenstr. 19, Mitgliederversammlung.
- Arbeiter-Kolonnen-Bund, Ortsgruppe Berlin, Bezirk Prenzlauer Berg.**
 Freitag, 13. Februar, 20 Uhr, Café Paradies, Panz. Str. 24. Referat des
 Genossen Charitz: „Der sozialistische Helfer in der Arbeitslosenfrage“.
- Band der revolutionären Sozialisten Deutschlands, Landesverband Preußen.**
 Geschäftsstelle: Karl Thiele, Berlin N. 56, Ausgrabung Freitag, 13. Februar,
 20 1/2 Uhr, im großen Saal der ehemaligen Bauakademie, Schloßplatz 6, über
 das das Christentum dem Arbeiter noch etwas zu sagen! Einleitung: Hans
 Franke, Hertzberg 1. 9.

- Reichsbund der Arbeitslosen, Kriegsbeschädigte und Kriegshinter-
 bliebenen, Ortsgruppe Berlin.** Bezirksversammlung um 20 Uhr im Schubert-
 Café, Willmannstr. 104. Filmvorführung der Firma Reichsbund mit Kaffeezeit.
- Tagungsstelle Ostberlin.** Vortrag Erich Schulz, Mitgliederversammlung jeden
 Freitag, 20 1/2 Uhr, „Reichsbund“, Reinickend., Weidenstr. 8.
- Volks-Kameradschaftsverein.** Beisammensein „Memento mori“ um 13. 13.
 19. Februar in nachfolgenden Berliner Kaffeehäusern: Filmplatz Schloß-
 hauer Tor (Hauptstraße); Eis-Lichtspiele am Hagedorn Markt; Etkunow, Berlin-
 Niederlehndamm.

- Beisammensein der Freunde von Religion und Kultur.** Die 10. Jubilä-
 umsfest der Vereinigung findet am Dienstag, 17. Februar, 19 1/2 Uhr, in der
 Berlin-Brandenburg-Schule, Charlottenburg, Schloßstr. 2. Ratz. Programm, die
 zum Eintritt berechtigten, lauten 30 Pf. Mitwirkende: Stadt, Musiklehrer Franz,
 Oratel, Frau Toni, Lehrer-Kühler, Gellert, Frau Kath, Relativität; Walter
 Meier, Fräulein; Wilm Schönbach, Bechtold, Wöhler über Sinn und Zweck
 dieser Vereinigung, erzieht Wilm Schönbach, Berlin-Steiglitz, Schönbach
 Straße 14 (Telephon: Steiglitz 4 2, 8170).
- Arbeitsgemeinschaft für Politik und Kultur.** e. V. 17. Wafkungs-
 wandern: Sonntag, 13. Februar, Besuch der Naturforscherversammlung am Kallien-
 damm. Treffpunkt 10 Uhr am Ausspann Stadthof Ausspann. Führung:
 Herr Wibel, Herr Dr. Gleditsch.

English Conversational Club founded 1873. Meetings every Friday 8 p. m.
 Café König, Leipziger Str. 117/118. Lecturer: Mr. Joseph on: „Shall the
 husband pay wages to his wife?“. Guests, Ladies & Gentlemen, are welcome.

Im neuen Niede erfindet das Götze, Kildemärkte. Und ein neuer Name
 wurde ihm auch gegeben. Nicht mehr, das ist bedeutend genug, darüber noch
 mehr zu erfahren. Besonders die Hausfrauen wird es interessieren, daß der
 allbekannte Niede Freund mit der Kaffeemühle den neuen, geschäftlich erfindeten
 Markenname „Niedes Freund“ und eine verbesserte, laubenswürdig schone Ver-
 packung erhalten hat. Der Grund für die Veränderung liegt darin, daß die echte
 Marke besonders deutlich erkennbar sein muß. Auch fühlte sich die Firma
 Niedes Freund schon verpflichtet, die Hausfrauen vor Nachahmungen ihres
 bekannten Erzeugnisses zu schützen. Die alte Kaffeemühle „Niedes Freund“ ist
 verfeinert und hat: Sie mischt, kühlt und verhilft beim Kaffeetrinken.

Der Niede-Freund-Fabrik hat zur heutigen Kaffeevollkornbestellung um
 4 1/2 Uhr keine Mühe zu sich erlassen, die zwar nicht die Kasse lösen, aber er-
 reichlich aber an dem handverlesenen Publikum gehören. weil sie nicht oft Gelegenheiten
 haben, Darbietungen eines so erstklassigen Niede-Freund-Programms zu sehen,
 es handelt sich um etwa 2000 Berliner Kaffeeliebhaber und Frau Paula Fuld
 hat das Verdienst, den Kleinen diese Freude zu bereiten.

Es gibt wieder KARSTADT-Reste!
 Freitag und Sonnabend Schlusstage der Weissen Wochen!

BESSER ESSEN • WENIGER DAFÜR AUSGEBEN DURCH KARSTADT-LEBENSMITTEL

WEINE u. SPIRITUOSEN		DELIK., RAUCHERWAR.		KOLONIALWAREN		KONFITUREN		KONSERVEN																																																																		
Frankfurter Apfelwein 10 Ltr. 0.85	Pfälzerwein 10 Ltr. 0.90 Ltr. 1.00	Moselwein 10 Ltr. 1.35 Ltr. 1.40	Utiel Sp. Rotw. 10 Ltr. 0.90 Ltr. 1.00	Dürkheimer 10 Ltr. 0.90 Ltr. 0.95	Johannisbeerw. 10 Ltr. 7.00 Ltr. 0.75	Tarragona 10 Ltr. 10.00 Ltr. 1.05	Samos 10 Ltr. 11.00 Ltr. 1.15	Malaga 10 Ltr. 11.50 Ltr. 1.20	Muskat 10 Ltr. 11.00 Ltr. 1.15	Rein. Weinband 1/2 m. Fl. 3.60	Weinbr.-Verschn. 1/2 m. Fl. 3.15	Rum-Verschn. 38% 1/2 m. Fl. 3.50	Alter Korn 1 Liter m. Fl. 3.75	Montagne (Rotwein) m. Fl. 1.00	Olssardinen 5 Dosen 0.95	Makrelenfilet in Öl 0.85	Brieslinge in Öl u. Tomat. Ds. 0.65	Krabben Ds. 1.25, 0.75, 0.45	Salm Ds. 1.50, 0.80	Japanischer Krebs Ds. 2.20	Brat-u.-Bismarckher. Ltr. Ds. 0.78	Gurkensalat 2 Pf. Ds. 0.85, 1 Pf. 0.65	Würstchen 5 Paar Ds. 0.88	Eisbeini, Gel. o. Kn. ca. 1 Pf. Ds. 1.20	Heringssalat m. May. 1/2 Pf. 0.45	la Mayonnaise 1/2 Pf. 0.50	Fettbücklinge an Pf. 0.26	Sprotten Kistchen ca. 1 Pf. 0.40	Schellfisch Pf. 0.40	Burma-Reis Pf. 0.20	Kronen-Patna-Reis Pf. 0.36	Weizenmehl 000 Pf. 0.22	Auszugsmehl Pf. 0.26	Haferflocken Pf. 0.24	Hartweizengrieß Pf. 0.28	Grüne Erbsen an Pf. 0.20	Viktoria-Erbsen an Pf. 0.18	Weißer Bohnen an Pf. 0.18	Linsen an Pf. 0.18	Sultaninen an Pf. 0.48	Korinthen an Pf. 0.45	Pflaumen, kaliforn. an Pf. 0.28	Mischobst, kalif. an Pf. 0.40	Kaffee frisch geröstet an Pf. 1.90	Brustkaramellen Pf. 0.50	Malzbonbon Pf. 0.50	Hustenmischung Pf. 0.60	Gef. Kaffeebohnen Pf. 0.50	Burgm. Vollm. Schok. 100 gr 0.25	Burgm. Vollm.-Nuß-Krok 100 gr 0.25	Bgm. Argenta Edel-Sah. 100 g 0.45	Burgm. Arg. Edel-Herb 100 gr 0.45	Burgm.-Kakao Pf. 1.00	Burgm. Schok.-Pulv. Pf. 1.00	Haushalt-Kakao Pf. 0.52	Teegebäckmischung Pf. 1.00	Kokosmakronen Pf. 1.00	Halbmondkek m. Schk. Pf. 1.00	Baumkuchenspitzen Pf. 1.60	Jg. Schnittbohnen 1/2 Ds. 0.36	Karotten gesch. 1/2 Ds. 0.27	Jg. Kohlrabi m. Grün 1/2 Ds. 0.35	Jg. Erbsen m. geschm. Kar. 1/2 Ds. 0.48	Gemüse-Erbsen 1/2 Ds. 0.47	Gemischt. Gemüse 1/2 Ds. 0.78	Jg. Erbsen 1/2 Ds. 0.54	Stangenspargel 50/60 1/2 Ds. 1.65	Heidelbeeren 1/2 Ds. 0.70	Kirschen m. Stein 1/2 Ds. 0.95	Ananas Ds. 0.98	Johannisb. Marm. ca. 2 Pf. -Eimer 1.00	Pflaumen-Marm. ca. 2 Pf. -Eim. 1.00	Himbeer-Konfitür, ca. 2 Pf. -Eim. 1.30	Orangen-Konfit. ca. 2 Pf. -Eimer 1.30
BUTTER UND KÄSE		GEFLÜGEL u. WILD		FRISCHE FISCHE		OBST UND GEMÜSE		WURSTWAREN																																																																		
Molkereibutter Pf. 1.58	Tafelbutter Pf. 1.70, 1.62	Dänische Butter Pf. 1.80	Bratenschmalz Pf. 0.69, 0.64	Margarine, Cocosfett Pf. 0.40	Pa. Bayr. Schweizer Pf. 1.18	Dän. Schweizer 30% Pf. 0.82	Görgonzola Pf. 1.40	Edamer u. Holländ. 20% Pf. 0.68	Steinbuscher vollfett Pf. 0.88	Limburger 20% Pf. 0.45	Briekäse vollfett Pf. 0.86	Camembert vollf. Schl. 0.25, 0.18	Harzer Käse Pf. -Pak. 0.35	Russ. Eier 10 Stück 0.95, 0.85	Suppenhühner an Pf. 0.92	Wolghühner an Pf. 0.92	Poulets gefr. an Pf. 0.98	Enten an Pf. 0.90	Mast-Puten an Pf. 0.95	Hirschbraten an Pf. 1.05	Hirschkeule an Pf. 1.15	Hirschrücken an Pf. 0.95	Rehkeule an Pf. 1.80	Rehblatt an Pf. 1.08	Wildschweinkeule an Pf. 1.10	Hasen gestr., ausgew. an Pf. 0.85	Schellfisch m. K. im Gz. Pf. 0.18	Kabeljau o. Kopf. im Gz. Pf. 0.18	Seelachs o. Kopf. im Gz. Pf. 0.18	Rotbars o. K. Pf. 0.20	Kabeljaufilet Pf. 0.34	Grüne Heringe 5 Pf. 0.65	Lebende Plötzen Pf. an 0.40	Apfelsinen 4 Pf. 0.82	Blutapfelsinen 4 Pf. 0.95	Jaffa-Orangen 3 Pf. 0.90	Amerik. Tafeläpfel Pf. 0.39	Bananen 3 Pf. 0.88	Mandarinen Pf. 0.32	Ananas an Pf. 0.88	Zitronen Dtzd. an 0.30	Rot. Weiß-, Wirsingkohl Pf. 0.06	Blumenkohl Kopf an 0.25	Möhren, gewaschen Pf. 0.05	Zwiebeln Pf. 0.05	Kohlrüben Pf. 0.04	Sellerie 3 Pf. 0.20	Schwarzwurzeln Pf. 0.22	Dampfwurst Pf. 0.88	Wiener Würstchen Pf. 1.15	Fleischwurst Pf. 0.88	Bauernleberwurst Pf. 1.18	Feine Leberwurst Pf. 1.25	Speckwurst Pf. 0.78	Streichmettwurst Pf. 1.18	Schinkenpolnische Pf. 1.10	Cervelat oder Salami Pf. 1.50	Tewurst, fein und grob, Pf. 1.50	Möhren, Schlackw. in Fett, Pf. 1.78	Schweinebacken Pf. 0.78	Speck fett Pf. 0.82	Speck mager Pf. 1.12	Schinkenspeck Pf. 1.52											

Unsere Frisch-Fleisch-Abteilung
 führt
 hochwertige Qualitäten
 zu billigsten Tagespreisen

Karstadt's
 Kinder-Kaffee-Klatsch
 Jeden Mittwochnachmittag
 im Sinesaal 3. Stock

Leichtverderbliche Ware ist
 vom Versand ausgeschlossen
 Zusendung nur bei Bestellung
 von Mk. 5.00 an

KARSTADT-Lebensmittel

Ein unwürdiger Streich.

Strafwürdige Kreditbeschädigung durch unwahre Behauptungen über die Preag.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat aus dem „Deutschen Handelsdienst“, der der Telegraphen-Union, also Hugenberg, nahe steht, im Zusammenhang mit der Schuldensolidierung Berlins durch öffentliche Wertbeteiligung Meldungen von großschlächtiger Unwahrhaftigkeit abgedruckt. Die Preußische Elektrizitäts-A.G., die bei den Berliner Verhandlungen führt, habe selbst kurzfristige Schulden von über 100 Millionen Mark, ihre innere Gesundheit sei in Zweifel zu ziehen, die Seehandlung müsse schon bis zur langfristigen Schuldenumwandlung stillhalten, man müsse sich fragen, was der Preag für die Berliner Verhandlungen in Legitimation gebe, und die Reichselektrowerke hätten unter Berufung auf einen Demarkationsvertrag die Beteiligung an den Berliner Elektrotransaktionen abgelehnt. So viel Behauptungen, so viel großschlächtige Unwahrheiten. Die Verwaltung der Preußischen Elektrizitäts-A.G. hat dazu folgendes festgestellt:

„Die Feststellungen der Preag-Verwaltung decken kaum fahrbare Widersprüche gegenüber der „D.A.Z.“-Meldung auf. Was die Preag feststellt, ist aber der „D.A.Z.“ und ist auch der Telegraphen-Union bekannt oder müßte ihr bekannt sein. Also dürfte die Preag recht haben mit der Vermutung, daß es sich um ein bewußtes Söldnermanöver handelt. Da die Folge einer Kreditbeschädigung wahrscheinlich bemußt gemußt ist, wäre das Nachstehende eine entsprechende Klage gegen die verantwortlichen Kreise.“

Der Streich ist um so unerhörter, weil gerade die Verhandlungen, die von der Preag geführt werden, nicht nur aussichtsreich sind, sondern der Erfolg der Verhandlungen auch im deutschen Gesamtinteresse gewünscht werden muß. Gegenwärtig haben sich die Voraussetzungen zur Wiederherstellung des Vertrauens im Ausland glücklicherweise erheblich gebessert, und der Erfolg der Preag-Verhandlungen könnte ein Markstein für den Umschwung in der deutschen Wirtschaftsentwicklung sein, da die ausländischen Kapitalmärkte dadurch allgemein wieder zur Anleihegewährung an Deutschland ermuntert würden. Es handelt sich im Falle Berlin auch um wichtigste Kommunalinteressen und im Gesamtkomplex gleichfalls um wichtigste deutsche Elektrointeressen. Die erfolgreiche Durchführung dieser Transaktionen wird jetzt von unerkannt bleibenden Stellen, die man aber wohl in der Nähe der westlichen Schwerindustrie zu suchen haben wird, unter Verleugnung des primitivsten Kaufmännischen Anstandes, wobei die Verantwortlichen ihrer bössartigen Handlungsweise voll bewußt sind, torpediert.

Wir wissen, daß auch andere privatkapitalistische Elektrokreise ein Interesse daran haben, in Berlin nachdrücklich zu stören und daß es auch Finanzkreise gibt, die um jeden Preis, und zwar lediglich um zu verdienen, sich bei allen großen Geschäften zwischenschalten möchten. Privatfinanzjargonismus und Profitwille sind also bereit, mitten in der schwersten Wirtschaftskrise Deutschlands wichtigste Gesamtinteressen ihrem Sonderinteresse zu opfern. Wer auf Selbstschädigung im Wirtschaftsleben Wert legt, muß wahrlich bemußt sein, sich von den Verantwortlichen für Methoden fernzuhalten, die öffentlich gebrandmarkt werden müssen.

„Eine Berliner Korrespondenz hat eine Meldung über die Finanzlage der Gesellschaft verbreitet, die augenscheinlich von interessierter Seite mit dem Ziele inspiriert ist, die eingeleiteten Verhandlungen mit der Stadt Berlin zu stören. Offenichtlich spielen bei dieser Meldung politische Interessen herein, für deren Verfolgung man sich nicht scheut hat, finanzielle Angaben in völlig verfälschter und entstellter Weise ohne Rücksicht auf die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaft zur Irreführung der Öffentlichkeit zu verbreiten. Insbesondere wird behauptet, daß die kurzfristigen Schulden der Gesellschaft sich auf 100 Millionen Mark belaufen und Erwägungen darüber schweben, wie man zu einer wenigstens teilweisen Konsolidierung gelangen kann. Hierzu ist festzustellen, daß die gesamten Schulden des Unternehmens rund 90 Millionen Mark betragen. Hierin sind die in der Bilanz für 1929 ausgewiesenen Sachwertanteile sowie die Auslandsanleihen von 1,2 Millionen Pfund (24 Millionen Mark) und 4 Millionen Dollar (17 Millionen Mark) enthalten, so daß annähernd die Hälfte der Gesamtschulden durch langfristige Anleihen gedeckt ist. Von der zweiten Hälfte der Gesamtschulden ist der größte Teil durch Darlehen, die auf mehrere Jahre fest gegeben worden sind, gedeckt. Es verbleibt dann eine kurzfristige Verschuldung von einigen Millionen Mark (?), die in voller Höhe durch liquide Forderungen gedeckt ist. Was die Frage einer Kapitalerhöhung betrifft, so beabsichtigt die Gesellschaft, ihr Kapital von 125 Millionen Mark um 30 Millionen Mark zum Kurse von 120 Proz. zu erhöhen. Dieser Plan hat die grundsätzliche Zustimmung des Aufsichtsrats gefunden. Die aus der Kapitalerhöhung eingehenden Mittel sind für die Finan-

die deutschen Beteiligungen dieses Unternehmens von 14,6 auf 16,3 Millionen Mark vergrößert haben und daß wahrscheinlich auch jetzt ein Teil der neuen Mittel zur Ausdehnung des Einflusses in Deutschland verwendet wird. Die Züricher Elektrobant ist an einer Reihe größerer deutscher Elektrizitätsgesellschaften beteiligt, z. B. an der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, die zum A.E.G.-Konzern gehört, und an der vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-Werk kontrollierten Elektrizitäts-A.G. vorm. Rahmeyer & Co. Auch an der in den letzten Jahren stärker entwickelten Brandenburgischen Elektrizitäts-, Gas- und Wasser-Werke A.G. ist der Trust beteiligt. Ferner beherrscht er die Kraftübertragungswerke Rheinleiden und einige weitere deutsche Elektrizitätsgesellschaften.

Daten zur Wirtschaftslage.

Pessimismus für den Baumarkt 1931.

Das Institut für Konjunkturforschung glaubt, daß die langfristigen Kapitalien, die dem Baumarkt im Jahre 1931 zur Verfügung stehen, weiter absinken werden. Im Wohnungsbau werden für 1930 nur etwa 1,9 bis 2,2 Milliarden langfristige Kapitalien erwartet gegen 2,7 Milliarden im Jahre 1929 (nur etwa 500 Millionen Hauszinssteuerhypotheken gegen 800 bis 900 Millionen im Vorjahre, kleinere Pfandbriefkäufe und Hypothekendarlehen bei Sparkassen und Versicherungen). Im gewerblichen Bau rechnet das Institut auf nur 2 gegen 2,4 Milliarden, da die Unsicherheit der Wirtschaftslage die gewerbliche Bautätigkeit weiter hindern werde. Bei den öffentlichen Bauten werden mit 1,7 Milliarden etwa gleich hohe Aufwendungen wie im Vorjahre erwartet, da schon die jetzige Einschränkung die Grenze des Möglichen wohl überschritten habe. Dazu komme die Tatsache, daß ein gewisser Teil der neuen Mittel besonders im Wohnungsbau zur Abdeckung der Vorfinanzierung bereits durchgeführter Bauten erforderlich wäre.

Wir glauben allerdings, daß man die Senkung der Baustoffpreise und die wohl bald zu erwartende weitere Zinsenkung als günstiges Moment für eine stärkere Ausnützung der verringerten Kapitalien in Anspruch bringen darf.

Produktionsrückgang vorlangsam.

Das Institut stellt für das ganze Jahr 1930 einen Produktionsrückgang von 15 Proz. fest. In den letzten Monaten sei aber eine erhebliche Verlangsamung des Produktionsrückganges eingetreten: die Rohleistungserzeugung sei seit September nur noch um 10 Proz. gesunken, gegen 40 Proz. in den ersten neun Monaten 1930, die Walzwerkserzeugung sei im letzten Quartal kaum mehr zurückgegangen, die Nichteisenmetallindustrie verharre auf dem gleichen Stand wie im Herbst, in der Textilindustrie (besonders Baumwolle und Leinen) sei der Produktionsrückgang zum Stillstand gekommen. Sehr empfindlich sei der Rückgang bei den Industrien des elastischen Massenbedarfs (der dann am stärksten leidet, wenn das nackte Nahrungsbedürfnis alles andere zurückdrängt — d. R.). In der Möbel-, Porzellan-, Lederwaren-, Schuh- und Wollindustrie seien erneute Produktionsrückführungen vorgenommen worden.

Rohleistungserzeugung im Januar fast unverändert

Die Zeitschrift „Stahl und Eisen“ teilt mit, daß die deutsche Rohleistungserzeugung im Januar 1931 gegen den Dezember von 614 844 auf 603 104 Tonnen (gegen 1 092 206 im Januar 1930) zurückgegangen ist. Die arbeitstätige Erzeugung war im Januar mit 19 455 Tonnen gegenüber dem Dezember mit 19 834 Tonnen nur geringfügig gesunken.

Gewinne in USA.

Die Vergnügungsindustrie verdient gut, trotz der Krise.

Die großen amerikanischen Konzerne der Vergnügungsindustrie, in erster Linie die großen Film-, Kino- und Funkgesellschaften, scheinen trotz der schweren Krise ein gutes Jahr gehabt zu haben. Schon für das erste halbe Jahr waren gegenüber 1929 gesteigerte Gewinne ausgewiesen worden.

Als erster dieser Großkonzerne schließt für das ganze Jahr die Paramount-Famous-Lasky-Corporation ab, eine Gesellschaft, die mittelbar und unmittelbar Hunderte von Kinobühnen in den Vereinigten Staaten beherrscht (1929 waren es etwa 400), deren internationale Bedeutung aber in erster Linie in der großen Filmproduktion und im Filmvertrieb liegt. Ihr Gesamtvermögen belief sich jetzt auf etwa eine Milliarde Mark. Ihr Reingewinn betrug 1928 erst 8,7 Millionen Dollar und stieg infolge der rentablen Umstellung auf die Herstellung und den Vertrieb von Tonfilmen auf 15,5 Millionen Dollar. Das Jahr 1930 brachte eine weitere Steigerung des Reingewinnes auf 18,4 Millionen Dollar, d. h. auf 77 Millionen Mark. Wie in zahlreichen anderen Ländern, besitzt der Konzern auch in Deutschland eine eigene Gesellschaft, die Paramount-Film-Vertrieb G. m. b. H. Andere amerikanische Filmkonzerne werden ähnliche Gewinnsteigerungen aufweisen.

Die Radio-Corp. of America, in der Funkindustrie, Rundfunk- und Filminteressen zusammengefaßt sind, zeigt dagegen, wegen der verschärften Konkurrenz auf dem Gebiet der Funkgeräteindustrie, einen Rückgang der Reingewinne, doch reichen die Uberschüsse zur Zahlung der Dividenden auf die Vorzugsaktien aus, und hinsichtlich der Weiterentwicklung im Jahre 1931 ist man bei dieser Gesellschaft wieder recht optimistisch.

Es ist bemerkenswert, daß die amerikanische Filmindustrie 1930 größer und auch wertmäßig ertragreicher gewesen ist als 1929.

Rückgängiger Verkehr bei der Reichspost. Im letzten Vierteljahr 1930 ist nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Deutschen Reichspost der Verkehr gegenüber dem Vorjahr in fast sämtlichen Dienstzweigen zum Teil sehr stark zurückgegangen. Kennzeichnend für die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist die Tatsache, daß nur der Nachrichtenverkehr eine Steigerung aufweist. — Auch der Postschwarzverkehr hat sich in der Berichtszeit leicht gehoben. Die Zahl der Postschwarzempfänger erhöhte sich um 4707 auf 992 356 Personen. Die Zahl der Rundfunkteilnehmer stellte sich Ende 1930 auf 3 509 509 und ist damit im letzten Jahr um 443 000 Personen gestiegen. Es entfallen jetzt in Deutschland auf je 1000 Einwohner 55 Rundfunkteilnehmer. In dem vorhergehenden Quartal Juli-September wurden 221 Schwarzhörere rechtskräftig verurteilt. Die Einnahmen stellten sich in der Berichtszeit auf 571,8 die Ausgaben auf 531,7 Millionen Mark.

Auslandskredit für Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk. Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke A.-G. haben sich einen fünfjährigen Kredit in Höhe von 7,5 Millionen Dollar bei ihrer amerikanischen Bankverbindung der National City Bank in New York zum Zinsfuß von 7 Proz. gesichert.

Lange Kleider und Textilexport.

Warum ist im Krisenjahr 1930 der Export von Wäsche und Kleidung gestiegen?

Wenn man die Ausfuhrziffern für Textilfertigerwaren für das Jahr 1930 mit den entsprechenden Ergebnissen des Vorjahres vergleicht, so kann man an einer seltsamen Erscheinung nicht vorbeigehen. Der Export fast sämtlicher Fabrikate ist zum Teil recht erheblich zurückgegangen und nur der Posten „Wäsche und Kleidung“ hat eine Zunahme zu verzeichnen, die sich im ersten Monat des Jahres 1931 noch keineswegs verringert hat. Im einzelnen ergibt sich folgendes Bild:

	Zunahme (+) oder Abnahme (-) der Textilfertigaufuhr	
	nach der Menge	nach dem Wert
Seide und Kunstseide	+ 6,4 Proz.	- 4,8 Proz.
Wolle und andere Tierhaare	- 7,9	- 12,5
Baumwolle	- 13,6	- 15,7
Leinen	- 5,8	- 10,2
Weichhanf	- 34,9	- 30,4
Jute	- 42,1	- 53,9
Wäsche und Kleidung	+ 3,9	+ 10,2

Man ist leicht versucht, angesichts dieser Entwicklung eine Parallele zu dem Krisenjahr 1925/26 zu ziehen, wo der Export von Wäsche und Kleidung bei sinkendem Inlandsbedarf ebenfalls eine ganz erhebliche Steigerung zu verzeichnen hatte. Bei dieser Erklärung, die man von vielen Seiten hören kann, sind aber einige

auszuschlaggebende Momente unbeachtet geblieben. Im Krisenjahr 1925/26 war der wirtschaftliche Niedergang auf Deutschland lokalisiert und innerhalb einer kapitalstarken Welt war es sehr wohl möglich, ein günstiges Ausfuhrergebnis zu erzielen, wenn man die nötige Energie dazu aufbrachte. Heute ist die deutsche Krise ganz wesentlich eine Auswirkung der Weltwirtschaftskrise, und der Wille zu exportieren genügt selbst bei der größten Energie nicht mehr, um ein günstiges Ergebnis zu erzielen. Die Exportsteigerung unserer Konfektionsindustrie muß also andere Gründe haben.

Diese Gründe sind nicht wirtschaftlicher, sondern mobiler Natur. Der Übergang vom kurzen zum langen Kleid und neuerdings vom kurzen zum langen Mantel ist natürlich keine Sondererscheinung in einzelnen Ländern, sondern ein von Paris aus erlassenes Diktat der Weltmode. Wie in Deutschland, so hat auch die Konfektionsindustrie anderer Staaten dadurch einen Auftrieb erhalten, und der Bedarf in den mehr auf die Einfuhr angewiesenen Gebieten wuchs. So konnte also auch die deutsche Konfektion im schwersten Krisenjahr ihren Export vergrößern, und nach dem Urteil der Fachwelt ist diese Entwicklung insbesondere für die Wäscheherstellung noch nicht abgeschlossen. Auch das Jahr 1931 dürfte eine Erhöhung der Ausfuhr von Wäsche und Kleidung mit sich bringen. Diese Einzelercheinung ist interessant genug, um festgehalten zu werden.

Betreibern der Industrie Silberberg und Kasli Uebereinstimmung darüber, daß auch bei dem erweiterten Plan der Osthilfe die Entscheidung über die Umschuldung bei den Landstellen liegen müsse, während für die Einshaltung der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung andere Wege in Betracht kämen.

China gibt Aufträge nach England.

In den weltwirtschaftlichen Konjunkturvorhersagen spielt die zukünftige Kaufkraft des chinesischen Reiches immer eine sehr große Rolle. China ist jetzt in England, und zwar zum Ausbau seines Eisenbahnwesens, im größeren Umfang auch als Auftraggeber erschienen. Zwischen der chinesischen und der englischen Regierung ist ein Abkommen über die Bogenentschuldigung getroffen worden, das am 7. Februar im englischen Unterhause zur ersten Lesung kommt. Unmittelbar nach Annahme des Abkommens erteilt die chinesische Regierung Lokomotiven-, Wagon- und Schienenaufträge im Werte von 600 Millionen Mark, denen in den nächsten Jahren noch Aufträge von 800 Millionen Mark folgen sollen.

Elektrorüstung der Schweiz.

Neue Erweiterungsabsichten der Züricher Elektrobant.

Die Züricher Elektrobant (Bant für Elektrische Unternehmungen), eine der großen internationalen Dachgesellschaften für Elektrizitätswirtschaftliche Beteiligungen in vielen europäischen Ländern, hat beschlossen, eine Anleihe im Betrage von 25 Millionen Schweiz Franken aufzunehmen (etwa 20 Millionen Mark), nachdem erst vor knapp einem halben Jahr das Aktienkapital von 75 auf 100 Millionen Schweiz Franken erhöht worden war. Wozu die neue Vergrößerung der Kapitalien dienen soll, wird nicht gesagt.

Man kann daran erinnern, daß sich im Laufe des letzten Jahres

Der Weg zur großen Osthilfe.

Noch kein Abschluß der Verhandlungen.

Die Ankündigung, daß sich das Reichskabinett schon bald abschließend mit dem auf dem Plane Silberbergs beruhenden Befehlentwurf über die große Osthilfe beschäftigen wird, eilt den Ereignissen noch etwas voraus. Man ist sich zwar, wie wir hören, zwischen den beteiligten Stellen des Reiches und Preußens über die meisten Punkte des Entwurfs einig, aber in der Frage der sogenannten Garantieverbände scheinen immer noch gewisse Differenzen vorzuliegen.

Was die Finanzierung betrifft, so sollen aus der Industriebeschäftigung in den Jahren 1931 bis 1936 500 Millionen für die Osthilfe bereitgestellt werden, und zwar 1933 200, 1934 150, 1935 100 und 1936 50 Millionen Mark. Die Erweiterung der Umschuldungsaktion soll aber nur nach Rahmgabe der vorhandenen Mittel in Betracht kommen, also davon abhängen, daß die späteren Raten der Aufbringungsumlage in dem benötigten Maß vorher käuflich gemacht werden können.

In die Meinungsverschiedenheit über die Garantieverbände, gegen die auf preussischer Seite von Anfang an die stärksten Bedenken bestanden, spielen bestimmte Forderungen der Landvolkpartei herein, die, wie man weiß, ihre Zustimmung zum Etat von der Durchsetzung solcher Forderungen abhängig macht. Nach ihren Wünschen, die offenbar auch bei einigen Reichsstellen Anklang gefunden haben, würden die Haftungsvorstände gewissermaßen zu einer zweiten Instanz über den zur Entscheidung über die Umschuldung berufenen Landstellen erhoben; die bedenklichen Folgen einer solchen Konstruktion, die gering verschuldeten Betrieben das Entschuldungsrisiko für hochverschuldete Betriebe auferlegte, liegen auf der Hand.

Sapient wir wissen, besteht übrigens zwischen dem Reichskanzler und der Preussischen Regierung sowie den

Herbert Jacques: Das Telegramm

In einer mitteldeutschen Provinzstadt sollte ich ein Telegramm aufgeben und ging zur Post. Es war ein Augusttag und Sonntagvormittag und in dem Amt war nur ein Schalter geöffnet. An diesem Schalter stand eine Schlange von Menschen, denen ich mich einordnen mußte. Der Beamte, dem man durch das Fenster hindurch auf die Stirn sah, schien nicht bei sonntäglicher Laune zu sein, denn er trug aus vielstelligten Listen Zahlen in ein Register ein und tat, als sähe er uns nicht.

Was stellte aber der alte, kleine und etwas schmutzige Mann an, der am Schreibpult des Amtes stand? Er schrieb ein Formular nach dem anderen, schob ein zerknülltes weg und nahm ein neues anderes, bis die Spitze des Federkiels zu einem Pinsel und schließlich dazwischen einmal auf, als ob er eine hölzerne Kugel aus den Lungen herausatmen müßte. Rund um ihn breitete sich eine Flut von beschriebenen und zerballten Telegraphenformularen aus, eine wahre Papierflut, und der kleine grauhäutige Alte sah sein merkwürdiges und unverständliches Werk fort.

Das ging so weit, daß der Hausknecht, der mit einem Formular inmitten des Rudels der Wartenden als Erster vergebens am Schalter gestanden hatte, zaghaft an die Scheibe pochte. Der Beamte fuhr hinter einem dicken Journal auf, wie aus einer anderen Welt heraus, und raste mit dem Schieberfenster in die Höhe.

Statt sein Telegramm aufzugeben, zeigte der Knecht auf den sonderbaren Alten und sagte: „Er hat schon wenigstens dreißig Depeschen so zerknüllt.“ Der Beamte bemerkte kurz angebunden: „Es steht nicht in meinen Instruktionen, ihm das zu verbieten.“ Das Fenster schloß wieder zu, wie ein griechisches Maul, das einmal heftig gegähnt hat, der Beamte, der Knecht, das Rudel der mit den Depeschenformularen in der Hand Wartenden, der ganze Raum fiel wieder in die träge Erstarrung, die von dem leeren Sonntagvormittagsplatz vor den Fenstern und aus der breiten Föhnschwüle des heißen Augusttages herinströmte.

Nur der grauhäutige Alte schrieb mitten in dem verschlossenen Brüten siederhaft neue Formulare, lehnte sich tief nieder, zerbiß den Federkiel und froh ihn immer weiter auf, las und schluchzte dazwischen einmal hart auf, wie ein Tier, das einen Fußtritt bekam, knüllte das Formular zusammen und schob es weg. Seine Hand bebte sofort über einem neuen. Sie bedeckte es langsam mit feinen Zeichen, immer nur eine Reihe, die von den Wartenden mit bößlicher Neugier als eine unordentliche, aufgereichte Kette von verzeichneten Ziffern angesehen wurde. Der Hausknecht gab seine Vorzugsstelle auf, die bisher freilich illusorisch gewesen, weil der Beamte immer noch hinter seinem großen Buch sah und den Telegrammtraher seinem Zweck entzog. Er näherte sich behutsam dem Alten, als ob er ihn ertappen wollte. Aber der merkte die Neugier. Er schob seinen breiten Budei weit über das Pult und rundete ihn wie das Schild einer Schildkröte abwehrend vor dem Fremden über das Geheimnis seiner Schreiberei. Kengstlich rastete er die zerknüllten Formulare zusammen und schichtete sie in einem Haufen auf, der wie ein Wall das Formular umgab, das er eben beschrieb.

Ich trat nun, von Ungeduld und Ärger gegen den anmaßenden Beamten gedrängt, ans Schalterfenster und klopfte latkräftig an das Glas. Das schloß auf, eine Hand riß mein Formular fort. Das aufrappelnde Fenster zog den Hausknecht mit einem Sprung wieder an seine Vorzugsstelle am Schalter zurück. Es entstand eine Bewegung in der Schaar der Wartenden. Mein Vorgehen hatte mißbilligende Bemerkungen hervorgerufen, die teils gegen den Beamten, teils gegen mich gerichtet waren, weil ich die ganze Reihe übergegangen hatte. Wer es hatte den Eindruck, daß der Beamte sich nun seinem Amt, dem Publikum und dem Bestverehr übergab, was er ohne Grazie tat.

Darüber vergaß man den Alten. Der hatte mit einem plötzlichen Entschluß das letzte Formular, das er gerade beschrieb, vom Pult gezogen. Heimlich und leise hatte er sich erst mitten in die Menge hineingezwängt, hatte aber gleich weiter nach vorn gedrängt und stand plötzlich neben mir, dessen Telegramm noch nicht erledigt war.

Der Hausknecht war jetzt zu sehen, wie er am Pult Blatt um Blatt der zusammengeknüllten Formulare glattstrich und sich das Geheimnis des Alten anzueignen versuchte. Ich selber war nun abgelenkt und der Alte reichte, statt des Telegramms, dem Beamten ein Fünfmärkstück hin. Er zeigte sich derart aufgeregt, daß er sein Formular, das er vor dem Hausknecht mit seinem Körper bedeckt hatte, offen hinlegte und es aller Blicke und Neugier ausliefern ließ.

Ich las darauf:
Geschwister Zaberle, Saargemünd.
Kommt gleich. Mutter hat sich — — —

Dann folgten mehrere Striche, schreckhaft hingeseht, und richteten sich jedesmal, von Intenstiprignern umgeben, aus der Waagerechten verzweifelt halb auf.

Die anderen lachten über die ruhelose Hast, mit der der Alte, statt des Formulars dem Beamten das Fünfmärkstück hingeschoben hatte, als dessen plötzliches Gesicht in dem Loch ihn wie eine verhängnisvolle Macht vor die entsehlische Entscheidung stellte. Denn der Alte mußte doch seinen Kindern das fürchterliche Geheimnis mitteilen, ohne es der entweihenden Fremdheit des Telegraphenamtes preiszugeben. Er hatte sein Hirn zermahlen lassen von seinen gepfeifchten Gedanken, um die Form zu finden, durch die er dies Doppelte erreichen konnte. So hatte er Formular über Formular beschrieben und war zum Schluß auf die Fassung zurückgekommen, auf die er zuerst gefallen war, auf die einfache, schwerfällige Fassung, in der sein Leid menschlich zu erkennen stand, wie eine nackte Seele, die kein Wort mehr zu sagen braucht, um sich zu verraten.

Der Beamte griff rasch und ungeduldig über das Fünfmärkstück hinweg zu dem Papier. Er riß es aus der schmutzigen Hand zu sich hinein. Dabei knitterte das Papier ein wenig mit einem leise feufzenden Laut. Der Beamte legte es vor sich und schlug es mit knallenden Schlägen des Handrücken glatt. Der Alte erschau. Mit febrigen Augen folgte er dem Gebaren des Beamten. Der schaute streng auf das Papier. Indem er mit der Spitze des Bleistifts die Worte zählte, setzte er unter jedes einen kleinen Haken. Dann geriet er an die Striche. Nun machte er bedenklich halt. Er hob den Kopf und sagte:

„Was wollen Sie denn damit? Was sollen diese Striche?“

Der Alte stammelte verwirrt; er brachte den Satz nicht zusammen. Er wollte doch nichts verraten. Er stotterte etwas von: „... sich denken ...“

Doch unerbitlich strich der Beamte mit seinem Bleistift durch die Striche und sagte:

„Ich bin nicht hier, um mir dabei etwas denken zu können, sondern um zu telegraphieren.“

Er schob das Blatt wieder hinaus, warf das Fünfmärkstück darauf und befahl: der nächste! Der arme alte Mann trat gebückt durch die Menge der Wartenden zurück und ging wie ein Blinder an das Pult. Der Hausknecht folgte noch immer Formulare auseinander. Aber das sah der Alte nicht. Er nahm den halb aufgegebenen Federkiel und stellte die Spitze aufs Formular. Es kam ihm vor, als ob er an einem fürchterlichen Angehasen festgebissen läge: wie sollte er es beginnen, das schreckliche Geheimnis seinen Kindern mitzuteilen, wo er sich nicht darüber eins werden konnte, es dem andern dort hinter dem Fenster auszusprechen.

Schließlich legte er sich über das Pult. Das trodene stoßende Schluchzen kam wieder. Er überließ sich ihm und begann zu weinen. Mit tiefen harten Schlägen stießen die Tränen und beides ließ aufs Formular nieder und löste die schwerfällig sich grad haltenden Buchstaben in die Schattenschreibungen von verrinnenden Bäumen, Tieren und Blumen auf.

Dann erhob sich der Alte und ging gebückt und gemortert aus dem Amt hinaus auf den prall glühenden Platz. Das letzte Formular blieb auf dem Pult liegen und ließ die zerfloßenen Intenrunen seines harten Leids Fremden, die jetzt kamen und es fanden, unverständlich in den trägen Raum leuchten.

Gigolo, um den sich die Damen rissen. Sein „Gesellschaftsförderer“ ist schon für Wochen hinaus mit Daten angefüllt, und, wie ganz selten erscheint er bei Doney. Dann muß es aber auch wirklich eine ganz große Sache sein... „Kolla“ ist ein ähnlicher Fall. Auch er ist heute als Gig prominent, da er es als Fünfstär nicht rasch genug werden konnte. Kolla hätte schon zweimal ganz ausgezeichnet heiraten können, aber er hat abgelehnt.

Gegen zweihundert junge Männer dürften bei Doney „organisiert“ sein. Zweihundert junge Leute, Aristokraten, Schauspieler, Offiziere, Kellner, Deutsche, Franzosen, Mexikaner. Zweihundert elegante, gesunde junge Leute, die davon leben, sich von Damen zwischen vierzig und fünfzig aushalten zu lassen.

Es ist natürlich ein „Salongeschäft“. Geht zwei, drei Jahre, dann muß der Gig wieder in die Casting Offices schleichen, wenn er es nicht verstanden hat, sich an eine Dame zu „hängen“. Manche gelingt es zwar, den Weg zum Film wieder zurückzufinden. Manche der heute prominenten Stars kommen aus den Kreisen der Hollywooder Gigs. Ricardo Cortez etwa, ehe er sich sein kongvolles spanisches Pseudonym zulegte, als Dase Kranz eine Akquisition Davers oder Rudolf Valentini, der ebenfalls als Gig begann.

Solange es unternehmungslustige ältere Damen in Hollywood gibt, wird dieser florierende Industriezweig nicht verschwinden. Der Himmel weiß, daß die Damen alt genug sind, um zu wissen, daß es nicht ihre Jugend und Schönheit ist, die die jungen Leute anzieht. Man darf ihnen aber nicht böse sein. Sie haben eine bittere „soziale Frage“ in Hollywood auf ihre Weise gelöst.

Erna Basing: Die Chinesin aus der Spree

Durch Naturereignisse und das Anwachsen der eigenen Art genötigt, haben im Verlaufe der Erdgeschichte Tiere sich genau so auf die Wanderschaft begeben müssen wie die Menschen. Die Menschen schufen Staaten, und die Tiere änderten auf ihre Weise das Landschaftsbild. Um den Grund und Boden aber sieht noch heute Mensch und Tier im Kampf. Da zertrampelt in Indien eine Elefantenherde Reiskfelder, da duftet man in Deutschlands rationiertem Walde keinen hohen Baum und nimmt den Höhlenbrütern die Wohnungsmöglichkeit. Zu all dem Suchen nach Nahrung und Nahrungsquellen, welche Einwanderungen und Abwanderungen aus sich heraus begründen, kommt die Einschleppung von Tieren.

Zur Zeit haben wir gerade einen eigenartigen Fall; denn eine Chinesin nimmt Wohnung in Deutschland. Es ist die Wollhandkrabbe, die ihren Namen — was sonst durchaus nicht immer bei Tieren der Fall ist — voll und ganz zu Recht trägt. Sie hat Wollpolster an ihren Händen. In China ist sie ziemlich verbreitet. Sie lebt dort sowohl in Reeren wie in Brack- und Süßwasser. Da sie wohlschmeckend ist, wird sie gerne gegessen.

Doch wie kommt diese Krabbe nach Deutschland? Das ist eine Frage, die bislang noch nicht geklärt ist und vielleicht auch nie geklärt werden wird. Einige Wissenschaftler meinen, sie ist mit dem Schiffsbewuchs in deutsche Gewässer gekommen. Wenn man Schiffsböden sieht, die gerade einer Reinigung unterzogen werden, ist man erstaunt über die vielen Lebewesen, die sich dort angesammelt haben. Jedoch weisen wieder andere Wissenschaftler darauf hin, daß die Krabbe wohl kaum der Strömung des fahrenden Schiffes standgehalten hätte. Wie würde sie sich von China bis hier haben festhalten können? Darum wird angenommen, daß womöglich ein Schiffer die Tiere mitgebracht hat, der zur Zeit der Inflation Deutschland erreichte. Gewohnt in Dollar zu rechnen, bot man ihm, nach seiner Meinung, ja gut wie gar kein Geld für seine Schätze, würdigen und er warf sie sandbarbar Krabben kurz entschlossen über Bord. Die Wollhandkrabben traten darauf durch Deutschland Gewässer ihre Wege an. Die ersten Krabben fing man 1922 bei Stenwerder an der Elbe. Sie gerieten Berufsfischern in die Netze, die den eigenartigen Fang sofort meldeten. Von diesem Dahre an wandert nachweisbar die Wollhandkrabbe und häuflert immer mehr Gewässer. Inzwischen hat sie sich angesiedelt in der Elbe, der Weser, der Jade, der Ems, der Havel und den Havelseen. Anfang 1930 fing man sie bereits im Tegeler See, und gegenwärtig zieht man sie in Berlin aus der Spree. Bei Anglern und Amateurfischern, denen die Bewohner der Spree genau bekannt sind, ruft der Fang Verwunderung hervor. Sie laufen dann oft ins Berliner Aquarium, haben die Krabbe in ein großes Tischtuch gebunden und jagen aufgeregt: „Ach, sehen Sie doch bitte einmal her, wir dachten, die Krabbe sähe voll Schlamm, aber, sie hat Handfüße an.“

Die kleine Berlinerin kommt dann in ein für Publikumsaugen ungeschicktes Eingemöhnungsbecken und wartet dort, bis an sie die Reihe kommt, wegen ihrer „Handfüße“ zur Schau gestellt zu werden. Die erlauten Spreefischer aber führt man vor ein Becken des Aquariums, zeigt ihnen große, prächtige Wollhandkrabben und erklärt ihnen zugleich, daß sie eine Chinesin aus der Spree gezogen haben.

Merkwürdige Storchennester in Marokko

Marokko ist, wie fast alle mohammedanischen Länder, reichlich, fast überreichlich mit Störchen besetzt. Die südl. Landeshauptstadt Marrakesch z. B. birgt deren eine Unmenge, und geradezu tolle Verhältnisse herrschen, als Dr. Floerke zur Erforschung der Vogelwelt um die Jahrhundertwende in Marokko war und sich in Alcazar zwischen Tanger und Fez aufhielt. Das Städtchen zählte sicher mehr rotbeinige als menschliche Bewohner. Zur Restanlage benutzten die Störche bald Agavenheden, bald Bausteinen, und besonders bevorzugt werden von ihnen die Kuppeln der zahlreichen Heiligengräber und Badehäuser, denn die flachen Dächer dienen so zumeist als Erholungsplatz für die Frauen. Schon mancher wird sich gewundert haben, daß die Storchennester auf den zwiebelartigen flachen Kuppeln festen Halt finden, ohne schon beim Bau abzurutschen. Dazu berichtet nun Georg v. Tschudi in seinem Buche „Aus 34 Jahren Luftfahrt“, daß er den Bau eines solchen Storchennestes genau verfolgte und dabei hinter das Geheimnis der Langbeiner gekommen ist. In der Mitte dieser Kuppeln steht ein vergoldeter Knopf, und die Storchennester werden auf dem halbkugelförmig gebauten Dach so angelegt, daß der Knopf in die Westseite eingemauert wird. Nun beobachtete v. Tschudi mit dem Fernrohr, daß zunächst einmal der paarungslustige Storch längere Zeit seine Nachtruhe auf dem goldenen Knopf hielt, in dessen Nähe sich dann alsbald protuberanzähnliche weiße Gebilde zeigten, natürlich die Auszubildungen des Vogels. Nun fing dieser an, fleißig Knäpfe beizutragen und sie fest auf dem Dach zu zementieren, also rings um den Knopf herum einen Korb zu bauen. Plötzlich änderte er immer die Front seiner Schlafstellung, um seinen Klebstoff gleichmäßig zu verteilen. Die Auszubildungen haben die Eigenschaft, trotz der marokkanischen Hitze mehrere Tage jährlässig und flebrig zu bleiben, bieten also dem Nestmaterial einen festen Halt, so daß es nicht abrutschen kann. So wird Schicht an Schicht gefügt, und in kürzester Frist wird ein Nest fertig, das jedem Sturm standhält. Auf flachen Dächern oder Kaktusheden gelangt dieses Nestverfahren nicht zur Anwendung. — Wenn die Störche das mit dem sogenannten Instinkt fertiggebracht haben, dann alle Achtung vor diesem Instinkt.

Randolph Edgerorth: Hollywood, die Stadt der Gigolos

Unlängst sagte bei „Henry“ eine ausländische Schauspielerin zu mir: „Ich wünsche mir nichts anderes, als — wenn ich einmal alt sein werde, in Hollywood oder Pasadena leben zu können. Denn jede Dame hier zwischen vierzig und fünfzig ist von einem schiden jungen Mann begleitet.“ — Wohlgerichtet: die von vierzig aufwärts, denn die jüngeren sieht man — und seien sie auch noch so hübsch — bei den Tanztees sehr oft allein, denn Hollywood ist im Grunde eine männerarme Stadt.

Aber in Hollywood und seiner Umgebung gibt es eine Menge reicher, romantischer Damen ungewissen Alters, und die Boulevards sind trotz der Männerarmut erfüllt von beschäftigungslosen und geldbedürftigen jungen Herren. Für den Fremden ist es ein ungewohnter Anblick, in den öffentlichen Lokalen diese jungen Herrchen mit ihren „mothers“ und „maidens aunts“ tanzen zu sehen, während die hübsche weibliche Jugend miteinander tanzt, da sie nicht engagiert wird. — Auf den Boulevards sieht man fast nur Luxusautos, die von jungen Herren, neben denen überreife Damen sitzen, chauffiert werden. Wir sind in Hollywood, der Stadt der professionellen „boy friends“, dem idealen Boad'round der „Glas“.

Die Hollywooder „Gigs“ leben, im Gegensatz zu ihren Pariser Stammvätern, nicht in Abhängigkeit von irgendwelchen Langakalen. Sie sind selbständig, „arbeiten“ auf eigene Rechnung. Ihre Arbeitsmethode ist sehr einfach. Sie zeigen sich in den frequentierten Lokalen, und das andere macht sich schon von selbst.

Selbstverständlich sind diese „Gigs“ alle ehemalige Fünfstär-aktanten. Junge Männer aus allen Weltteilen, die nach Hollywood kamen, um die Nachfolge Rudolph Valentinos anzutreten und die nach einigen Monaten Hungern einsehen mußten, daß das doch nicht ganz so einfach ist, wie sie sich's in Chicago, New York, Paris oder Berlin vorgestellt hatten. In den Casting Offices der verschiedenen Filmgesellschaften treiben sich Agenten der „Gig-Börse“ herum. — Jawohl, so etwas gibt es in Hollywood. — Und es fällt ihnen nicht schwer, den gut aussehenden jungen Leuten zu beweisen, daß es nämlich sei, tagelang auf die „große Chance“ eines Sieben-Dollar-Berdienstes zu warten, wenn man heute abend schon im „Montmartre“ souperieren und in einem eleganten Auburn noch Hause fahren könne...

Die „Gig-Börse“ versorgt die reichen reifen Damen von Hollywood mit Kanaktern — für alle Anlässe, für alle Tageszeiten. Die Gigolo-Börse befindet sich in einem kleinen Café am Hollywood Boulevard. Sie „tagt“ natürlich erst am späten Nachmittag, aber doch zeitig genug, um etwaige Bestellungen für Five-o'clocks noch effizienter zu können. Der Gig-Agent sitzt auf einem Barstuhl, um die Herrscharen besser übersehen zu können. Er trägt den besten Hut tief in den Nacken geklebt, hat stets eine Zigarre im Mund,

Er heißt „Doney“ und soll einmal ein begabter Charakteristiker gewesen sein. An kleinen Warmortischen sitzt die „greifbare“ Barce“. Einige Duzend gut angezogener junger Männer, die ihren Ice-Drink schlürfen und sich gelangweilt die glänzend polierten Fingernägel betrachten. Wenige sind über dreißig. Nur einer scheint älter, wegen des schneeweißen Haares, das ihn sehr interessant erscheinen läßt. Es ist ein ehemaliger österreichischer Offizier, Hocharistokrat, der aber merkwürdigerweise nur unter einem Pseudonym als Robby Smith auftritt.

Doney blättert in Aufzeichnungen. „Mrs. Angela Dughbride sucht für Premiere morgen Begleiter mit anschließendem Souper.“ „Der Graf“ ist der richtige Mann. Er hat einige Monate bei Goldwinn gearbeitet und kennt eine Menge Stars. Er hat eine unnoch-ahnlich lässige Art, zu grüßen und einen Gegengruß der Berühmten zu erzwingen. Das gerade ist es, was Mrs. Angela wünscht. Der Graf wird für diesen einen Abend — natürlich exklusive des Soupers — fünfzig Dollar erhalten. So hat es Doney bestimmt, der keine zehn Prozent erhält (von Mrs. Angela natürlich und — nachher). Die Gigs erhalten ihre „jobs“ spezialisiert. Ja, einige besonders „Gangbare“ erhalten von Doney sogar Kreditbriefe für den Schneider und sogar „Handgeld“, wenn sie zu zimperlich sind, sich das Geld für die Bekleidung der Jede von der Dame direkt zustellen zu lassen. — Doney blättert weiter in seinen Aufzeichnungen. Sechs Uhr bei „Henry“: Der Russe setzt sich an den reservierten Tisch und wartet. „Der Russe“ nicht. Er ist natürlich ein Großfürst wie alle emigrierten Russen in Hollywood. Sicher ist er aber ein Gardesoffizier gewesen, und er ist ganz besonders geschätzt, weil er fähig ist, seiner Dame eine Eiservuchszene zu machen, wenn sie in seiner Gesellschaft toilettiert (gegen erhöhte Honorar natürlich). Der Russe hat nur einen Fehler — er sault. Er sault sinnlos, wenn man ihn läßt, und dann schlägt er seine Dame (auch ohne Extrorantifikation). Deshalb ist er doch nicht so brauchbar, wie es bei seinen sonstigen Fähigkeiten anzunehmen wäre.

Einer nach dem anderen bekommt von Doney einen Auftrag und entfernt sich lässig. Ethelbert wird heute mit Mrs. X souperieren. Das ist eine ganz große Sache, aber Ethelbert ist auch ein „Gigstar“. Ethelbert kam vor zwei Jahren nach Hollywood, um die große Filmkarriere zu machen. Da er gut aussah, bekam er auch wirklich bald eine Hauptrolle als „leading man“ eines bekannten Stars. Dann ging es aber wieder langamer und Ethelbert verlor die Geduld. Bei ihm häuften sich die schriftlichen Einladungen älterer reicher Damen, Bäumen bekam er und Krawattenmodellen. Er sah bald ein, daß es viel gescheiter ist, sich von Damen beschenken und ausführen zu lassen, als wieder wochen- oder monatelang zu warten. Denn Ethelbert spielt natürlich nur mehr Hauptrollen. So wurde er ein



Vom Städter zum Landmann

Das Problem der Siedlung — Landhungrige Proletarier — Leicht ist die Umstellung nicht!

Einem parteigenössigen Stadtmann verdanken wir folgende wertvollen Ausführungen über das Problem der Siedlung:

Die Innenkolonisation, die die Siedlungsmachung von landwirtschaftlichen und der für die Landwirtschaft geeigneten städtischen Bevölkerungsschichten auf dem flachen Lande als Bauern, Gärtner und Landarbeiter umschließt, ist jahrzehntlang vor dem Kriege — ja fast ein ganzes Jahrhundert — stark ins Hintertreffen geraten. Erst nach dem Kriege brachten die jetzt neu und erstmalig an die Regierung teilnehmenden Bevölkerungsschichten dieser brennenden Tagesfrage, im Interesse des Staates, das ihr gebührende Interesse entgegen. Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich hierfür stark eingesetzt. Schon am 11. August 1919 konnte das heute noch maßgebliche Reichs-Siedlungsgesetz verabschiedet werden. Damit war der Weg zur Befriedung der hierzu genügend vorhandenen und der geradezu prädestinierten Gebiete des Deutschen Reiches gebahnt. Allen landhungrigen und sich eignenden Familien war von nun an Gelegenheit gegeben, auf eigener Scholle eine selbständige Existenz zu gründen.

Tausenden Familien aus allen Berufskreisen, insbesondere jedoch den aus den abgetretenen Gebieten vertriebenen Deutschen und aus den überfüllten Industriegebieten (Ruhrgebiet usw.) und den Großstädten, konnte mit Hilfe des Staates und den eigens zu diesem Zweck geschaffenen Siedlungsgesellschaften in der Nachkriegszeit ein Stück neues „Vaterland“ als Ackerfrucht zugeteilt werden.

Enttäuschungen blieben nicht aus.

Gewiß sind zur Klärung der interessierten Kreise über An- und Abwanderung usw. in den letzten Jahren unzählige und teilweise viele Bücher geschrieben worden, aber immer noch melden sich bei den zuständigen Stellen Interessenten, die über den Erwerb einer selbständigen Ackerfrucht bzw. über die Siedlungsmachung im Erwerb eines eigenen Heims auf dem Lande, noch nicht im entferntesten den richtigen Begriff erkennen lassen. Dadurch sind auch die in letzter Zeit aus Siedlerkreisen sich häufenden Klagen, die nicht zuletzt in der Hauptsache auf Enttäuschungen in ihrem neuen Beruf begründet liegen, zurückzuführen.

Im nachstehenden wollen wir daher auf die wichtigsten Punkte, die bei der Erwerbung einer selbständigen Ackerfrucht zu berücksichtigen sind, hinweisen. Wir hoffen dadurch einen wesentlichen Teil dazu beitragen zu können, die hierfür interessierten Kreise vor Enttäuschungen auf dem Gebiete der Siedlungserwerbung zu bewahren. Die wichtigsten Siedlungsmöglichkeiten, wie Schaffung von Bauern-, Kleinbauern-, Gärtner-, Wäldner- und Landarbeiterstellen und Geflückfarmen verlangen alle in der Anlage und in der Bewirtschaftung eine sehr individuelle Behandlung.

Nicht jeder ist geeignet!

Der Inhaber der Siedlerstelle muß nicht nur Lust und Liebe zu landwirtschaftlichen Arbeiten, sondern auch eine ganz bestimmte **Geignetheit** zu seinem neuen Beruf besitzen, die in der Hauptsache darin bestehen muß, daß er über ein stark ausgeprägtes **Kapazitätvermögen** verfügt und in seinem Wesen nicht wankelmütig ist. Notwendig ist auch, daß sich der Haushaltsvorstand vor der Übernahme einer Siedlerstelle gründliche **Fachkenntnisse** angeeignet hat. Wichtig ist, daß auch die Hausfrau ganz besonders befähigt ist, sich dem landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebe anzupassen. Sehr wertvoll für eine Siedlerstelle — gleich welcher Art — ist es, daß die Frau „die Seele des Ganzen ist“. Neben größter Wirtschaftlichkeit muß die Frau nicht nur unermüdet selbst im Betriebe tätig sein, sondern auch eine sogenannte glückliche Hand in der gesamten Wirtschaftsführung haben. Arbeiten auf dem Acker, im Garten usw. verlangen oft schwere körperliche Leistungen. Dem körperlichen Arbeit Entwöhnten, fällt es daher anfangs sehr schwer, die erforderlichen Arbeiten selbst auszuführen. Hilfskräfte sind aber teuer und belasten den Etat außerordentlich. Ein Eigenkapital von rund 10 Proz. des Wertes der zu erwerbenden Siedlerstelle — je nach Größe der Stelle ungefähr 1500 bis 10 000 Mark — ist als Anzahlung erforderlich. Darüber hinaus ist noch ein Betrag notwendig, der es ermöglicht, das erforderliche tote und lebende Inventar (Geräte) usw. zu beschaffen und über die ersten Jahre, in denen ja mit einer vollen Ausnutzung des erworbenen Geländes nicht gerechnet werden kann, ohne in Not zu geraten, auszukommen. Dieser Betrag, der sich ebenfalls nach der Größe der Stelle richtet, ist erfahrungsgemäß mit 2000 bis 5000 Mark zu beziffern. Fremdes Geld ist teuer und belastet ebenfalls außerordentlich den Etat, was sich ganz besonders in den ersten Jahren der Bewirtschaftung ungünstig auswirkt.

Da fehlt die nötige Vorbereitung.

Zu den vorstehend aufgeführten Punkten ist im allgemeinen noch folgendes auszuführen: Als nicht unwesentliche Rolle spielen die **Gründe**, die zur Übernahme einer Siedlerstelle führen, mit. Es ist absolut nicht gleich, ob eine Familie wegen **Arbeitslosigkeit** in einer Stadt oder im Industriegebiet und an sich mittellos, sich zum Wechsel seines Berufes entschließt, oder ob sie die Übernahme einer Siedlerstelle nur als Wechsel des Wohnortes unter gleichzeitiger Absicht das vorhandene Barvermögen als Kapitalanlage zu verwenden, unternimmt.

Im ersten Falle sind oft Enttäuschungen unermesslich und führen häufig nicht, jedenfalls oft erst sehr spät, zu dem erhofften Ergebnis. Beispiele hierfür gibt es genug. Auch die in den Jahren 1925 bis 1927 vom Reich und vom preussischen Staat durchgeführte **Ruhrumsiedlungsmachung**, ist nicht zuletzt durch die wenig vorhandene gewesene Geignetheit der umgesiedelten Familien, eine Fehlmachung geworden. Die Familien, ohne Zweifel von dem besten Willen als Pioniere in der Besiedlung des flachen Landes zu schaffen besetzt, mußten bald erkennen, daß das flache Land mit all den Nachteilen gegenüber eines kulturellen, hochentwickelten Industriegebietes nicht das richtige Betätigungsfeld für sie

sel. Deshalb verblieben z. B. in den in der Provinz Brandenburg aufgebauten Ruhrumsiedlungen mit insgesamt etwa 200 Wohnungen, wie Finkenheerd, Schenkenberg, Wittstod, Kyritz, Reumedel, Bernstein, nicht mehr als ein Drittel der übergehörten Bergarbeiterfamilien in ihrer neuen Heimat. In der Siedlung Finkenheerd bei Frankfurt a. d. O. verblieben von 80 übergeführten Familien nur fünf. Dieser Fehlschlag in der nun allen Beteiligten gutgemeinten Umsiedlungsmachung beweist, daß auch die mit der Durchführung einer Siedlungsmachung beauftragten Behörden und Siedlungsgesellschaften in ihrem eigenen Interesse, die Siedlungsinteressenten auf Geignetheit, vor dem Verkauf einer Stelle, einer gründlichen Prüfung unterziehen müssen. Es ist z. B. von einem Bergmann, der jahrelang im Industriegebiet unter den denkbar schwierigsten Wirtschaftsbedingungen unter der Erde gearbeitet hat und schon Bergbauarbeiter geworden war, wirklich nicht zu erwarten, daß er im vorgeschrittenen Alter noch als **Bahnbrecher** über der Erde, nämlich in der Besiedlung des flachen — und nicht immer gerade des besten — Landes, hervorragendes zu leisten vermag. Es ist daher unerlässlich, daß alle an eine Siedlungsmachung Beteiligten von Anfang an demüht sein müssen, die Bedingungen zum guten Gelingen einer Siedlungsmachung zu schaffen. Enttäuschungen, verbunden mit den Entbehrungen in den Siedlerkreisen, geben nur Veranlassung, die staatsnotwendige Siedlungsarbeit zu erschweren und bringen allen direkten Beteiligten nur Verger und Verdruß, wozu sich außerdem noch ein höherer Kostenaufwand hinzugesellt.

Siedlungsarbeit ist im wahren Sinne des Wortes Pionierarbeit und Pionier sein heißt bahnbrechend tätig sein.

was wiederum geschickte und zähe Arbeitskräfte erfordert. Wohl greifen Staats- und Siedlungsgesellschaften dem Siedler bei dem Aufbau der Siedlung hilfreich unter die Arme, insbesondere da, wo es heißt, den bis dahin oftmals vom Vorbesitzer stiefmütterlich behandelten Boden zeitgemäß zu kultivieren; aber die Hauptlast ruht doch immer auf dem Besizer der neu erstellten Siedlung. Hinzu kommt, daß — da der beste Boden naturgemäß seit langem in festen Händen ist — bisher meist nur Landflächen mit weniger gutem Boden zur Besiedlung zu erlangen waren. Auch hierin ist in letzter Zeit ein Wandel eingetreten. Ganz abgesehen davon, daß die zurzeit bestehende Weltwirtschaftskrise sich naturgemäß auch auf unsere Landwirtschaft auswirkt und daß dadurch zurzeit von meist mangelhaft bewirtschafteten Gütern usw. auch bessere Bodenklassen zur Besiedlung angeboten werden, haben sich die staatlichen und privaten Siedlungsunternehmungen die in Frage kommenden Geleise zunutze gemacht, indem sie darauf bedacht sind, nur gut in Kultur stehende Ländereien zur Besiedlung zu erwerben.

Anpassungsfähigkeit — die Hauptsache.

Dank der staatlichen Beihilfen wurden in dem letzten Jahrzehnt mehrere hunderttausend Siedlungen von den Siedlungsgesellschaften errichtet und mit landhungrigen Familien besetzt. Um

Das saubere Berlin

Die Hygiene der Großstadt

Wie die Stadtverwaltung den Schmutz des Tauwetters bekämpft

Selten wohl wird in den Straßen Berlins so viel gestäubt wie in der Zeit des Tauwetters. Als dieser Tage die strenge Winterkälte in ein plötzliches Tauwetter umschlug und statt welcher lustiger Schneeflocken ein lauwarmes Regen fiel und die Straßen unter Schmutz und Schlamm schle, Schimpfe der Fußgänger über die kotsprühenden Autos und der Chauffeur über die schlüpfreigen Straßen. Aber im Laufe des Tages setzte der Kampf gegen den Schmutz bereits ein, die Kolonnen der Straßenkehrer marschierten auf. Rehrmaschinen, Kehrichtabfuhrwagen trafen in Tätigkeit und nach einigen Stunden schon zeigte die Stadt wieder ihr gewohntes Gesicht und rechtzeitige ihren Ruf und das Lob der in- und ausländischen Besucher der Reichshauptstadt, eine der saubersten Städte der Welt zu sein.

Aber die Sauberkeit einer Stadt ist nicht nur eine Forderung der Keßheit, sondern vor allem der Hygiene. Die Stadt muß gesund bleiben, gesäubert und gekehrt werden, damit die Menschen gesund bleiben; leider wohnt der größte Teil der Bevölkerung, vor allem im Norden, Osten und Südosten, also den reinen Arbeiterbezirken, in dicht bebauten Gebieten, und hier sind saubere Straßen geradezu lebensnotwendig. Aber auch die Sicherstellung des Verkehrs wird durch die Straßenreinigung gewährleistet, ohne eine planmäßige Straßenreinigung würden die ohnehin großen Gefahren des Großstadtverkehrs ins Unermessliche steigen. Die Gesamtsäuberungsfläche Berlins beträgt etwa 42 Millionen Quadratmeter, die Straßen sind in fünf Klassen eingeteilt, von der belebtesten Verkehrs- und Geschäftsstraße, die täglich intensiv gereinigt wird, bis zur ruhigen, beinahe ländlichen Vorortstraße, die weniger Arbeit verursacht.

Wie Berlin jeden Tag geschrubbt wird.

Der tägliche Feldzug der Straßenreinigung wird mit einem Stammpersonal von 3500 Mann unternommen, aber bei außergewöhnlichen Witterungsverhältnissen, etwa nach starkem Schneefall, werden bis zu 6000 Hilfsarbeiter eingesetzt. Außerdem steht ein Maschinenpark von 1000 Reinigungsmaschinen zur Verfügung, Rehrmaschinen, Asphaltmaschinen, Sprengwagen, Kehrichtabfuhrwagen, Schneefüge usw. Auch hier wird das Pferdegespann mehr und mehr vom Motor verdrängt, etwas über 300 Maschinen werden bereits motorisch betrieben. Das Gros der Arbeiter ist tagsüber von 7 bis 15 Uhr tätig, ein kleiner Teil arbeitet nachmittags und abends und teilweise auch nachts, das Baggern der Gullis wird nur nachts vorgenommen. Im frühen Morgenrauschen bereits fahren die Asphaltmaschinen hinaus, auch die Hauptverkehrsstraßen werden um diese Zeit gereinigt — einige Stunden später brandet der Großstadtverkehr wieder, bringt neuen Schmutz und Dreck, täglich, jahraus — jahrein. Etwa 500 000 Kubikmeter Kehricht werden jährlich in den Straßen Berlins zusammengekehrt und entfernt. Dieser Kehricht vereinigt Pferdekot, Sand, Staub, Asche und von den Wochenmärkten alle möglichen Obst- und Gemüschabfälle. Soweit der Kehricht nicht im frischen Zustande an Laubentkolonisten, städtischen Park- und Gartenerwartungen und große Gärtnerreien als Düng abgesetzt werden kann, wird er auf besonderen Abfuhrwagen gesammelt und kompostiert und ergibt nach einigen Jahren eine ausgezeichnete Humuserde. So sind die herrlichen Anlagen der Rehberge auf tausenden Fußern von Straßenehrkräften entstanden, der Schmutz der Stadt verwandelt eine Wüste in frische, grüne Erholungsanlagen.

Merkwürdigerweise werfen die Berliner nicht nur gelebte Zeitungen, gebrauchte Fahrcheine und alle möglichen Werbe- und Flugblätter auf die Straße, auch alte Matrasen sieht man häufig in weniger belebten Straßen liegen, und es werden täglich etwa hundert durch die Straßenreinigung entfernt. Aber auch auf diesen

Uebelstand hat sich die Straßeneinigungsgesellschaft eingestellt, die neuen Kehrichtabfuhrwagen sind auf Abfuhr von Matrasen eingerichtet. Auch sonst werden ständig Verbesserungen eingeführt, eine der neuen Straßeneinigungsmaschinen kehrt gewissermaßen am laufenden Band: Reinigung, Aufladen — alles wird von der Maschine erledigt.

Leider ist die Sauberkeit nicht ganz billig, und wenn man die Kulturhöhe eines Volkes an seinem Seifeverbrauch messen kann, dann kann man die Sauberkeit einer Stadt gewiß schon von ferne an seinem Straßeneinigungsset feststellen. Für 1930 belaufen sich die Gesamtkosten der Berliner Straßeneinigungsarbeiten auf rund 10 Millionen Mark, durch Schneebeseitigung sind in diesem Winter außerdem noch etwa 200 000 Mark Sonderkosten entstanden. Aber es kann auch noch schlimmer kommen, vor zwei Jahren sind durch einen besonders starken Schneefall an einem einzigen Tage etwa 90 000 R. Sonderkosten entstanden. Wenn man die Winterfreude unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, scheint das kurze Vergnügen doch etwas reichlich teuer bezahlt...

Täglich 20 000 Riso Müll

Ein anderes wichtiges Gebiet der städtischen Hygiene ist die **Müllbeseitigung**. 1050 Arbeiter und ein Wagenpark von 250 bespannten und 100 Kraftwagen sind damit beschäftigt, täglich ungeheure Mengen Müll abzutransportieren. Ueberall sieht man die mustaföben braunen Männer die schweren Müllbehälter abtragen, von Haus zu Haus gehen sie, und welche ungeheuren Mengen da zusammenkommen, sieht man daraus, daß täglich etwa vier Eisenbahnzüge mit 140 Waggons, rund 20 000 Kilogramm Müll, aus Berlin herausfahren. (In fünf bis sechs Jahren könnte mit dem Berliner Müll der große Wannensee ausgefüllt werden.) Die Eisenbahnzüge fahren durchschnittlich 40 Kilometer weit in die Mark Brandenburg, dort werden Deponiehöfen, Sämpfe und Ziegelfeldgelände ausgefüllt. Diese Flächen werden damit erst nutzbar gemacht, teilweise acht bis fünfzehn Meter hoch aufgeschüttet, und dann der landwirtschaftlichen Benutzung übergeben. So wachsen auf dem Abfall der Großstadt wieder Lebensmittel, der Kreislauf ist geschlossen. Daneben jedoch untersucht man die unmittelbare Verwendung des Mülls als Dünger, bisher angestellte Versuche haben ganz gute Resultate ergeben. Die im Müll befindlichen Rohstoffe werden nach Möglichkeit der industriellen Verwertung zugeführt, als Brennmaterial an elektrische Zentrallen, Badeanstalten usw. geliefert. Eine eigene Versuchsanstalt der Berliner Müllabfuhrgesellschaft in Schöneberg prüft die Verwendungsmöglichkeit des Mülls, um eine möglichst billige Müllverwertung zu schaffen, denn der Transport nach außerhalb ist doch mit recht hohen Kosten verbunden.

...halb Bohnenkaffee,
halb Kathreiner, das
schmeckt wundervoll- und Sie
sparen schönes Geld dabei...

Aus der Arbeit der Bezirke.

Luisenstädtischer Kanal Erholungsstätte.

6. Bezirk - Kreuzberg.

Die beiden Bezirksversammlungen dieses Jahres waren Sitzungen, in denen — abgesehen von einem Zwischenfall bei Beratung eines kommunistischen Sportlerantrages — vor vollbesetzter Zuhörertribüne sachliche Arbeit geleistet wurde. Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl des Genossen Robinson zum ersten Vorsitzenden, zu Stellvertretern wurden gewählt die Bezirksverordneten Schubert (Arbeitsgemeinschaft der Mitte) und Kraatz (Soz.), zu Beisitzern die Genossen Köpfer und Frau Meyer, von der Arbeitsgemeinschaft der Mitte die Bezirksverordneten Heuß und Reimann. Durch eine glänzende „Taktik“ schalteten sich Deutschnationale und Kommunisten selbst von der Leitung der Bezirksversammlung aus. In längerer Aussprache wurden zwei kommunistische Anträge behandelt, die erneut die Frage der Kostenübernahme seitens der Stadt für die Uebungsstätten der nicht den Spitzenverbänden angehörenden Spalter im Arbeiterpark zum Gegenstand hatten. Bekanntlich haben die zentralen Körperschaften durch mehrmaligen Beschluß sich auf den Boden des Oberpräsidialerlasses gestellt, wonach die kommunistischen Sportverbände nicht als Jugendpflege treibende Vereine anerkannt sind. Genosse Barthelmann stellte fest, daß die Zahl der zum zentralen Arbeiter-Turn- und Sportbund zurückkehrenden ehemals kommunistischen Vereine und Einzelmitglieder in ständigem Wachsen begriffen sei, daher also keine Notwendigkeit vorliege, diese Bewegung aufzuhalten. Die Kommunisten bekamen wie immer Hilfe von den Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die in einem Folgeantrag verlangten, die Turnhallen in Zukunft allen Organisationen kostenlos zur Verfügung zu stellen und die bisher entstandenen Gebühren niederzuschlagen. Doch diese Hilfe nützte den Kommunisten gar nichts, da sowohl der Deutschnationale als auch die beiden kommunistischen Anträge mit Stimmgleichheit abgelehnt wurden.

Die Wohnung des Arbeiters

Besucht die Ausstellung der „Gehag“ im Architektenhaus, Wilhelmstraße 92-93.

Geöffnet täglich von 10 bis 19 Uhr. — Sonntags von 10 bis 15 Uhr. — Eintritt frei.

In einer Vorlage des Bezirksamts wurde die Zustimmung der Bezirksversammlung verlangt zur Bewilligung von Mitteln für die Fertigstellung der Grünanlagen im Luisenstädtischen Kanal, um einem längst gehegten Wunsche der Bezirkseinwohner zu entsprechen, damit endlich auch der restliche Teil — mit schönen Gartenanlagen und Sitzplätzen ausgerüstet — noch im Frühjahr 1931 der öffentlichen Benutzung übergeben werden kann. Die dazu notwendigen Mittel im Betrage von 12000 M. wurden einstimmig bewilligt. Zwei weitere Vorlagen betrafen eine durch den brüchig gewordenen Umbau des Wilms-Denkmal notwendig werdende Aenderung der Mittelanlage des Mariannenplatzes. Das gesamte Denkmal soll entfernt und durch Verbesserung der Grünfläche ersetzt werden. Die Wilms-Büste selbst wird vom Arantenhause Beibehalten übernommen und im Garten aufgestellt werden. Außerdem soll durch Schaffung von Wegen hinter dem Feuerwehrdenkmal Sitzgelegenheit geschaffen werden, so daß der Blick über den gesamten Mariannenplatz frei wird. Zugleich sieht diese Vorlage die Erweiterung von Buddelpflanzungen vor, die gerade in dieser vollreichsten Gegend des Bezirks besonders notwendig ist. Auch diesen Vorschlägen erteilte die Bezirksversammlung ihre Zustimmung.

In je einem Antrag verlangten die Deutschnationalen sowie die Arbeitergemeinschaft der Mitte, daß der von der zentralen Schulverwaltung vorgeschlagene Tausch des Leibniz-Gymnasiums sowie der Karl-Michaelis-Oberrealschule nicht durchgeführt werden solle. Die Karl-Michaelis-Oberrealschule ist die einzige Oberrealschule für einen außerordentlich ausgebeuteten Stadtteil und nur wenige Minuten vom Leibniz-Gymnasium entfernt, während das letztere in steter Schwärzungsentwicklung von einer Schülerzahl von fast 500 auf zur Zeit nur 250 zurückgegangen, hat die Karl-Michaelis-Oberrealschule ihre Schülerzahl im gleichen Zeitraum verdoppelt — sie beträgt zur Zeit 450 und wird noch im Laufe des Jahres auf über 500 steigen. Allein diese beiden Zahlenangaben rechtfertigen den Vorschlag der Zentrale, daß es nicht vernünftigen Erwägungen entspreche, wenn man die große Schülerversammlung in dem kleinen Gebäude und die kleine Schülerzahl in dem großen lassen würde. Wollte man jedoch den von den Begründern der beiden in der Bezirksversammlung vorliegenden Anträge vorgebrachten Argumenten, daß des Leibniz-Gymnasiums eine Tradition zu wahren habe, folgen, so müßten mehrere 100 000 M. für Aufstockungsarbeiten im jetzigen Schulgebäude der Oberrealschule verausgabt werden. Nach eingehender Aussprache wurde der Widerspruch gegen die Vertagung der beiden Schulen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wider Erwarten gestaltete sich die letzte Bezirksversammlung, die, außer der Wahl des Büros und der Deputationen und ständigen Ausschüsse, nur einen wichtigen Punkt, betreffend die Hilfsmittelmaßnahmen für Erwerbslose und Kollektende während des Winters, auf der Tagesordnung vorkam, recht lebhaft. Nachdem der Magistrat aus Sparmaßregeln die Zusammenlegung bzw. Schließung kleinerer Volksschulen angeordnet hatte, sollte für den Bezirk Wilmersdorf die Volksschule aus der großen, neuzeitlich eingerichteten Volksschule in Steglitz geliefert werden. Durch diese Maßnahme hätte sich die Möglichkeit ergeben, die Arbeitnehmer der Wilmersdorfer Volksschule zu den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Steglitz zu übernehmen. Aber das Bezirksamt mit seiner Rechtsmehrsheit beschloß anders. Man übertrug der „Evangelischen Frauenhilfe“ die Volksschule, die preiswert von dieser geliefert werden könne, als von den amtlichen Stellen. Von den sozialdemokratischen Rednern wurde ohne Widerspruch festgestellt, daß diese angebliche höhere Preiswürdigkeit zurückzuführen sei auf die Tatsache, daß die Arbeitsträfte in der Küche der „Evangelischen Frauenhilfe“ unter dem Tarif arbeiten. Diese Annahme ist auch an die bisherigen Arbeitnehmer bei der städtischen Volksschule für den Fall ihrer Übernahme gestellt worden. Außerdem wird Wert darauf gelegt, daß nur Arbeitsträfte die der evangelischen Landeskirche angehören bei der „Evangelischen Frauenhilfe“ beschäftigt werden! — Natürlich wurde von den deutschnationalen Rednern — um die unsozialen Maßnahmen zu befechteln — weidlich gegen den zentralen Magistrat und das Berliner Anschaffungsamt vom Leder gezogen —, in einer Art und Weise, die den sozialdemokratischen Rednern zu der Erklärung veranlaßte, daß die in gewissen Bezirken und Bezirksversammlungen sich entwickelnden Zustände die grundlegende Aenderung des Gesetzes Groß-Berlin geradezu herausfordern. Für die Wilmersdorfer arbeitende Bevölkerung ist der Verlauf dieser

Beamte gegen städtische Einrichtungen.

9. Bezirk - Wilmersdorf.

Wider Erwarten gestaltete sich die letzte Bezirksversammlung, die, außer der Wahl des Büros und der Deputationen und ständigen Ausschüsse, nur einen wichtigen Punkt, betreffend die Hilfsmittelmaßnahmen für Erwerbslose und Kollektende während des Winters, auf der Tagesordnung vorkam, recht lebhaft. Nachdem der Magistrat aus Sparmaßregeln die Zusammenlegung bzw. Schließung kleinerer Volksschulen angeordnet hatte, sollte für den Bezirk Wilmersdorf die Volksschule aus der großen, neuzeitlich eingerichteten Volksschule in Steglitz geliefert werden. Durch diese Maßnahme hätte sich die Möglichkeit ergeben, die Arbeitnehmer der Wilmersdorfer Volksschule zu den bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen nach Steglitz zu übernehmen. Aber das Bezirksamt mit seiner Rechtsmehrsheit beschloß anders. Man übertrug der „Evangelischen Frauenhilfe“ die Volksschule, die preiswert von dieser geliefert werden könne, als von den amtlichen Stellen. Von den sozialdemokratischen Rednern wurde ohne Widerspruch festgestellt, daß diese angebliche höhere Preiswürdigkeit zurückzuführen sei auf die Tatsache, daß die Arbeitsträfte in der Küche der „Evangelischen Frauenhilfe“ unter dem Tarif arbeiten. Diese Annahme ist auch an die bisherigen Arbeitnehmer bei der städtischen Volksschule für den Fall ihrer Übernahme gestellt worden. Außerdem wird Wert darauf gelegt, daß nur Arbeitsträfte die der evangelischen Landeskirche angehören bei der „Evangelischen Frauenhilfe“ beschäftigt werden! — Natürlich wurde von den deutschnationalen Rednern — um die unsozialen Maßnahmen zu befechteln — weidlich gegen den zentralen Magistrat und das Berliner Anschaffungsamt vom Leder gezogen —, in einer Art und Weise, die den sozialdemokratischen Rednern zu der Erklärung veranlaßte, daß die in gewissen Bezirken und Bezirksversammlungen sich entwickelnden Zustände die grundlegende Aenderung des Gesetzes Groß-Berlin geradezu herausfordern. Für die Wilmersdorfer arbeitende Bevölkerung ist der Verlauf dieser

Angelegenheit jedenfalls wieder ein lehrreiches Beispiel für das unsoziale und unduldsame Verhalten der Kreise, die im Berliner Westen noch immer auf Befolgigkeit aus proletarischen Volksschichten rechnen.

Erhaltet die Kinderfürsorge!

11. Bezirk - Schöneberg.

Die letzte Bezirksversammlung konnte verhältnismäßig ruhig und sachlich durchgeführt werden. Zu Anfang der Sitzung brachte die Rechte des Hauses ihre bekannten Beschwerden gegen die Berliner Anschaffungs-Gesellschaft wieder vor, was dem Genossen Buchholz zu einer Erklärung Veranlassung gab, daß die Sozialdemokratie die zentrale Bedarfsdeckung für die Stadtverwaltung als richtig und vorteilhaft halte, auch wenn hier und da einige kleine Fehler unterlaufen. Hierbei wurde auch eine Frage an das Bezirksamt gerichtet, ob die Preise der Schöneberger Kleiderstoffe höher sind, als der der Berliner Anschaffungs-Gesellschaft. Antwort steht noch aus. Dann bewilligte die Versammlung 6000 M. für den Unterhalt des Verhüllungsheims für weibliche Jugendliche in der Siedlung Lindenhof. Einige Verkehrs Wünsche der Schöneberg-Friedenauer Bevölkerung wurden an die Berliner Verkehrs-Gesellschaft weitergeleitet. Hierauf beriet man einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, in dem verlangt wird, daß sachkundige Beamte des Bezirksamts bei Streitfällen vor dem Mieteneinigungsamt kostenlos als Gutachter herangezogen werden. Genosse Bölle zeigte hierbei an Hand von Beispielen, wie oft die Höhe der Kostenrechnung von Sachverständigen in gar keinem Verhältnis zum Objekt steht. Der Antrag wurde mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen. Zum Schluß richtete die Verammlung das Ersuchen an den Magistrat, die Mittel für die Kindererholungs-fürsorge möglichst in der Höhe des Vorjahres wieder zu bewilligen.

„Oberkiefer“ für den Alex?

Straßenbahn rund um den Platz?

Nachdem jetzt die Untergrundbahnarbeiten am Alexanderplatz beendet sind, wird der Platz selbst auch demnächst seine endgültige äußere Gestaltung erhalten.

Mit der jetzt beschlossenen Freigabe der Neuen Königsstraße in beiden Richtungen ist für die vom Westen kommenden Fahrzeuge eine große Erleichterung geschaffen worden. Erst im Frühjahr wird die Verkehrsdeputation der Stadt Berlin endgültig beschließen, in welcher Weise die Verkehrsregelung auf dem Platz mit seinen vielen Zufahrtstrassen getroffen werden soll. Unter den vielen Plänen, die für die zukünftige Gestaltung vorliegen, befindet sich auch einer, der die Überquerung des Alexanderplatzes durch die Straßenbahnen vollständig beseitigen will und die Gleise rings um den Platz herumführt. Ob der seinerzeit gestiftete „Oberkiefer“, der auf der internationalen Polizeiausstellung in Berlin ausgestellt und ursprünglich für den „Alex“ bestimmte Verteilungstrahnen, der sich in einem städtischen Magazin befindet, zur Aufstellung kommen wird, ist ebenfalls noch ungewiß. Zur Durchführung soll das Projekt gelangen, das die schnellste Regelung des Durchfahrtsverkehrs ermöglicht und dabei das Ueberfahren des Platzes für die Fußgänger durch einfache Abriegelung des Verkehrs gestattet.

Um die Siedlungsgenossenschaft St. Joseph.

Zu dem vor einiger Zeit im „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel „Und wieder Siedlungsstempel“ sendet uns der Vorstand der Spar- und Siedlungsgenossenschaft St. Joseph e. G. m. b. H., Marienfelde, längere Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

Es ist unzutreffend, daß für die Geschäftsführung große Gehälter gezahlt worden sind. Aufsichtsrat und Vorstand der Genossenschaft arbeiten noch heute ehrenamtlich und unentgeltlich. Das Gehalt für den hauptamtlich angestellten Geschäftsführer der Genossenschaft erreichte niemals die von den Einsendern angegebene Höhe, sondern nur etwa die Hälfte. Auch der in dem Artikel genannte jetzige Geschäftsführer ist seit langen Monaten ohne jeden Gehaltsbezug für die Genossenschaft tätig. Zudem sind familiäre Regelungen ordnungsgemäß vom Aufsichtsrat bzw. von der Generalversammlung einstimmig beschlossen. Provisionen sind außer den unvermeidlichen bankmäßigen Sätzen für die Hypothekensicherung nie und in keinem Falle gezahlt worden. Die Kosten für den größten Teil eines Einfamilien-Siedlungshauses der Genossenschaft betragen im ungünstigsten Falle monatlich nicht 400 M., sondern vorübergehend im Höchstfalle etwa 180 M. Hierbei handelt es sich um einen Top von mehr als 100 Quadratmeter Wohnfläche mit einem Gartenland von rund 600 Quadratmeter. Die gesamte Finanzlage der Genossenschaft ist nach dem Status nur als gesichert und gesund zu bezeichnen. Der in dem Artikel erwähnte Bauart Bischof in Potsdam hat mit unserer Genossenschaft ebenso mit der Bauparlasse Gemeinschaft der Freunde nichts zu tun, und ist ohne den Einfluß auf unsere Geschäftsführung.

Mit der Veröffentlichung dieser Entgegnung auf unseren Artikel, der — wie ausführlich im „Vorwärts“ seiner Zeit vermerkt — lediglich die Meinung der sich in Rat befindlichen Siedler wiedergibt, ist die Angelegenheit für uns abgeschlossen. Wir vermögen weder die eine noch die andere Darstellung nachzuprüfen. Das wird die Aufgabe der aufsichtsführenden Behörden sein müssen.

„Die Zulassung der italienischen Diktatur“. Genossin Olga Döber, unsere langjährige italienische Korrespondentin, spricht am Sonnabend dem 14. d. M. 1931 um 8 Uhr im Rahmen der „Freien Sozialistischen Hochschule“ im ehemaligen Herrenhaus, Weimergasse 3, über „Die Zulassung der italienischen Diktatur“. Karten zum Preis von 50 Pf. sind in der Buchhandlung Dr. H. W. Dieß, Ruchstraße 2, und an der Abendkasse zu erhalten.

Das Reichsbanner im Sportpalast. Aus Anlaß des siebenjährigen Bestehens des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet der Gauverband am Freitag, dem 20. Februar, um 20 Uhr, eine große Kundgebung im Sportpalast. Die Ansprache hat der preußische Staatsminister Dr. Grimme übernommen. Eintrittskarten zum Preise von 1 M. sind schon jetzt bei allen Funktionären des Reichsbanners und auch in verschiedenen „Vorwärts“-Filialen zu haben.

Grippe, Erkältungskrankheiten

werden mit den herozerogen bewährten Logal-Tabletten erfolgreich bekämpft. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheitserscheinungen sofort. Ueber 6000 notariell beslaubigte ärztliche Gutachten, darunter viele von namhaften Professoren und aus ersten Kliniken und Krankenanstalten Ueberreichende Erfolgs-Logal besitzend die Krankheitsstoffe auf natürlichem Wege, es ist die härteste Frau. Sie Ihr. Arzt. Nachen Sie noch heute einen Versuch! Dr. H. W. Dieß, R. 1.40. 120 Lith., 6,46 Chinin, 7,13 Acid. acetic, 5,41, 100 amy.

häufigsten sind in den letzten Jahren die sogenannten gemischt-wirtschaftlichen Stellen oder auch Gärtnereistellen genannt, aufgebaut worden. Bei diesen Stellen ist erfahrungsgemäß die größtmögliche Anpassungsfähigkeit an die gegebenen Wirtschaftsverhältnisse gewährleistet. Grundsätzlich werden mit der Durchführung einer ländlichen Siedlungsmassnahme Gesellschaften, welche unter Staatsaufsicht arbeiten, betraut. Von solchen Gesellschaften sind bekannt: 1. die Landgesellschaft „Eigene Scholle“ in Frankfurt a. d. O. (sogenannte provinzielle Gesellschaft); 2. die Siedlungsgesellschaft „Deutsch-Land“ Berlin; 3. die Deutsche Gesellschaft für innere Kolonisation, Berlin; 4. der Ostbund, Berlin; 5. die Siedlungsgesellschaft der Hauptgenossenschaft landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, Berlin. Von diesen Gesellschaften hat insbesondere die Siedlungsgesellschaft „Deutsch-Land“ vielfach Kleinsiedlungen als selbständige Ackerbau- und Gärtnereistellen errichtet. So auch in unmittelbarer Nähe Berlins, wie Elisabethhöhe bei Hindow und Schenkenberg bei Brandenburg a. d. H. Im ganzen sollen, wie wir hören, von dieser Gesellschaft in den verschiedensten Provinzen Preussens insgesamt 456 Siedlungsstellen errichtet worden sein, die eine Gesamtfläche von rund 16 000 Morgen Ackerland umfassen. Erst in den letzten Wochen sind von dieser Gesellschaft 10 000 Morgen im Kreise Arnswalde (Neumark) angekauft worden, die in kürzester Zeit der Besiedlung nutzbar gemacht werden sollen.

Zusammenfassend möchten wir bemerken, daß die Erwerbung einer Siedlerstelle auf dem Lande, sei es als selbständige Ackerbau- oder als Arbeiter sehr im Interesse nicht nur des Staates, sondern auch für eine große Anzahl der deutschen Bevölkerung zu empfehlen ist, daß jedoch vor der Erwerbung einer Siedlerstelle alle Mittel erschöpft sein müssen, die notwendig sind, und Fehlschläge und Enttäuschungen in den Kreisen der Siedler zu verhüten. Wir weisen bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hin, daß wir jederzeit bereit und in der Lage sind, die Interessenten für Siedlungen für alle Siedlungsfragen eingehend zu beraten.

Wo Berlin am meisten baut.

Tempelhof und der Norden halten den Rekord.

Die Intensität der Berliner Wohnungsneubau-tätigkeit, die im Laufe des vergangenen Jahres zur Fertigstellung von insgesamt 43 354 Wohnungen führte, darunter 43 667 Wohnungen in Wohngebäuden, erreichte in den einzelnen Verwaltungsbezirken der Reichshauptstadt recht unterschiedliche Ausmaße.

Den größten Zuwachs an Neubauten hat zweifellos Tempelhof zu verzeichnen, wo nicht weniger als 5715 Neubauwohnungen oder 13 Proz. der Gesamtzahl der überhaupt fertiggestellten Wohnungen auf dem unbebauten Terrain im Süden Berlins errichtet wurden. Das zweite Neubauzentrum befindet sich im Norden der Stadt, im Verwaltungsbezirk Reinickendorf mit 4516 im Laufe des vergangenen Jahres hergestellten Wohnungen; nur wenig ist der Zuwachs in Treptow mit 4454 Wohnungen in gebrauchsfertig abgenommenen Neubauten. Die Zahl der errichteten Neubauwohnungen bewegte sich zwischen 4000 und 3000 in Neukölln (3994), Wilmersdorf (3350) und Steglitz (3080). Zwischen 3000 und 2000 Wohnungen wurden fertiggestellt in Pankow (2752), Spandau (2590), Charlottenburg (2321) und Lichtenberg (2172). Der Zuwachs bezifferte sich endlich auf weniger als 2000 Wohnungen in Weissenhof (1987), Köpenick (1265), Zehlendorf (882) und Schöneberg (827).

Im Vergleich mit diesen Randbezirken, die einzig und allein als Behausungsflächen für Siedlungen größeren Stiles in Betracht kommen, bewegt sich die Neubautätigkeit in den Innenbezirken in relativ engen Grenzen; nur die Bezirke Prenzlauer Berg und Wedding bilden mit einem Zugang von 2801 bzw. 1463 Neubauwohnungen eine Ausnahme. Welche außerordentlichen Fortschritte die Bautätigkeit im Laufe des vergangenen Jahres machte, nicht zuletzt dank der Gunst der Witterungsverhältnisse, die kaum eine Unterbrechung der Bauperiode brachte — geht daraus hervor, daß die Gesamtzahl der errichteten 43 667 Neubauwohnungen um 82,3 Proz. höher liegt als im Jahre 1929, das mit einem Gewinn von nur 23 952 Wohnungen abschloß. Wiederum würde das Hauptgewicht auf die Schaffung der so dringend benötigten Kleinwohnungen gelegt, die mit insgesamt 37 815 rund 86,2 Proz. der überhaupt errichteten Wohnungen ausmachen. Der Anteil der übrigen Wohnungsgrößenklassen ist dagegen gering: Auf Mittelwohnungen mit 5 bis 6 Wohnräumen entfallen 5147, auf große Wohnungen mit 7 und mehr Wohnräumen die restlichen 705 der 43 667 in Wohngebäuden errichteten Wohnungen.

Welche Ausdehnung und Veränderung das Berliner Stadtbild im Laufe des vergangenen Jahres erfahren hat, erhellt daraus, daß das Häusermeer der Viermillionenstadt um weitere 8804 buchstäblich aus dem Boden geschößend Gebäude einschließt, die für öffentliche, gewerbliche und sonstige Zwecke errichteten Bauwerke vermehrt worden ist, während sich die entsprechende Zahl für das Jahr 1929 nur auf 5610 Gebäude belief. Von besonderem Interesse ist die Zahl der im Jahre 1930 in Berlin mit Hauszinssteuermitteln errichteten Wohnungen, die sich auf 40 623 bezifferte gegenüber 29 809 im Jahre 1929.

Wie überwinden wir die Krise?

Die sozialökonomische Fachschaft der sozialistischen Studentenschaft hatte zu einem öffentlichen Vortrag in der Universtität geladen. Vor sozialistischen Studenten und zahlreichen Gästen sprach Fritz Kaphlali über das Thema: „Welche Aufgaben stellt uns die gegenwärtige Wirtschaftslage?“

Vor allen Dingen müsse die Arbeitslosenversicherung verteidigt werden. Die Arbeitszeitverkürzung sei zu fordern, doch müsse man sich darüber klar sein, daß dies eine sozialpolitische Maßnahme ist, die aber nicht zur Überwindung der Krise beiträgt. Wirtschaftspolitisch stehen zwei Aufgaben im Vordergrund: Durch Preisbeeinflussung ist der Mechanismus des Kapitalismus anzufahren. Hier geht der Kampf um die künstlich überhöhten Monopolpreise. Ferner muß das Vakuum der fehlenden privaten Unternehmungslust durch öffentliche Arbeitsbeschaffung (Wohnungsbau und dergl.) ausgefüllt werden. Hierzu sind aber Auslandsanleihen notwendig — man sieht wieder den engen Zusammenhang zwischen Wännen- und Außenpolitik und notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Ueber den Augenblicksaufgaben darf natürlich nicht das Ziel vergessen werden: Überwindung des Kapitalismus, Sieg des Sozialismus!

In der Diskussion sprach bemerkenswerterweise kein bürgerlicher Student, dafür desto mehr Kommunisten in der üblichen Art. Das gab dem Genossen Kaphlali Gelegenheit, in seinem Schlußwort mit der kommunistischen Demagogie abzurechnen. Nicht mit Phrasen kommen wir weiter, sondern nur durch hartnäckige langwierige Arbeit. Wir wissen: Sozialismus ist schwer — und gerade das ist uns ein Ansporn für unsern Kampf!